

**Ilko-Sascha Kowalczuk**

**Die Niederschlagung der Opposition an der  
Veterinärmedizinischen Fakultät  
der Humboldt-Universität zu Berlin  
in der Krise 1956/57**

Dokumentation einer Pressekonferenz  
des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957

**Berlin 2006, 3. Auflage**

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Band 6**

Copyright 1997 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

3., unveränderte Auflage, 2006

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN-10: 3-934085-07-5; ISBN-13: 978-3-934085-07-7

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

## **Inhalt**

Einleitung .....	4
Zur vorliegenden Edition .....	30
Verzeichnis der Dokumente .....	32
Dokumente .....	34
Literaturauswahl .....	126
Zum Autor .....	128

## Einleitung

### I.

Am 14. Mai 1957 lud der Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin, der Altphilologe Werner Hartke, die Mitglieder des Lehrkörpers zu einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz am 16. Mai um 11.00 Uhr in den Senatssaal der Universität ein. Das Thema lautete schlicht: *“Studentenfragen an der Humboldt-Universität”*. Nur die schriftliche Einladung berechnete zum Eintritt in den Saal.<sup>1</sup> Neben zahlreichen Mitgliedern der Universität erschienen *“Vertreter aus Berliner Betrieben”*, Eltern von Studenten und Pressevertreter aus Ost- und Westdeutschland. Im Präsidium nahm neben Universitätsvertretern auch ein hochrangiger Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit Platz, der die Öffentlichkeit über die *“feindlichen Umtriebe”* westlicher Geheimdienste an der Humboldt-Universität, speziell an der Veterinärmedizinischen Fakultät, aufklären sollte. Die SED-Führung und das Ministerium für Staatssicherheit hatten diese Veranstaltung organisiert.<sup>2</sup> Es war ihr Ziel zu beweisen, daß die seit dem Herbst 1956 andauernden Unruhen an der Universität von westlichen Geheimdiensten gesteuert worden wären.<sup>3</sup> Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit das schon seit Monaten vorbereitete Reiseverbot für Studenten und Oberschüler nach Westdeutschland und in andere Mitgliedsstaaten der NATO verkündet.

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und vor allem seit den Unruhen in Polen und Ungarn im Oktober/November 1956 war es an den Universitäten und Hochschulen der DDR zu vielfältigen Protesten gegen das SED-Regime und Solidaritätskundgebungen für die ungarischen Aufständischen gekommen. In der Logik der herrschenden Kommunisten konnten für diese Unruhen nur ausländische, westliche Mächte verantwortlich sein. So wie die ungarische Revolution angeblich von *“imperialistischen Kreisen”* organisiert worden war,<sup>4</sup> konnten auch die Proteste an den DDR-

<sup>1</sup> Einladungsschreiben vom 14. Mai 1957. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: BArch DY 30), DY 30 IV 2/904/338, Bl. 143.

<sup>2</sup> Vgl. die Dokumente Nr. 7 bis 10 im vorliegenden Band.

<sup>3</sup> Vgl. das Wortprotokoll der Pressekonferenz (Dokument Nr. 10) im vorliegenden Band.

<sup>4</sup> Vgl. aus einer Fülle von möglichen Belegen z.B.: Georg Stibi: Ich erlebte Ungarn. Hin-

Hochschulen nach Meinung der SED-Führung nur von westlichen Geheimdiensten inspiriert worden sein. Allerdings hatten sich die SED und ihr MfS seit dem Herbst 1956 vergeblich bemüht, Beweise dafür zu ermitteln. Die Pressekonferenz sollte diese nun vorlegen.

## II.

Die fünfziger Jahre waren für den Weltkommunismus nicht arm an Beben. Das Jahr 1953 brachte mit dem Tode Stalins, dem Aufstand von Plzen und den Juni-Ereignissen in der DDR Erschütterungen, die traumatische Folgen für die kommunistischen Machthaber bewirkten. Drei Jahre später, die Herrscher hatten sich von dem Schock von 1953 noch nicht richtig erholt, stürzte Chruschtschow den Gottvater Stalin vom Sockel bzw. schubste ihn vorsichtig einige Treppen hinunter. Seiner berühmten Geheimrede vom Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU folgte eine tiefe Krise des Weltkommunismus.<sup>5</sup> Dort, wo der Kommunismus an der Macht war, kam es teilweise zu Zerfallserscheinungen und Aufständen. Dort, wo die kommunistischen Parteien nicht die Macht ausübten, verlor die Idee des Kommunismus an Breitenwirkung, und mehrere westliche kommunistische Parteien begannen nach 1956 in einem zum Teil langwierigen und komplizierten Prozeß, sich von der Mutterpartei in Moskau zu lösen. Der Vorsitzende der KP Italiens, Palmiro Togliatti, verdeutlichte diesen Prozeß 1956, indem er ausdrücklich einen Weg zum Sozialismus beschwor, der nationale Eigenheiten berücksichtigen und auf parlamentarischen Wegen erreicht werden sollte. Freilich konnten auch er und seine westlichen Genossen den „*Stalinismus*“ nur als eine Entartung der Sowjetgesellschaften ansehen.

Im Gegensatz dazu hatten seine östlichen Genossen grundlegendere Probleme. Die ohnehin schwache Basis der kommunistischen Parteien in der Bevölkerung Ost- und Ostmitteleuropas einschließlich der DDR schwand unter dem Eindruck der Offenbarungen des XX. Parteitages der KPdSU

---

tergründe und Ziele des konterrevolutionären Aufstandes. Berlin 1957.

<sup>5</sup> Zum XX. Parteitag vgl. z.B. Jurij Aksjutin: Der XX. Parteitag der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 36-68; Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion. 8. Aufl., Stuttgart 1990, S. 508-516; Gert Robel: Vom Tod Stalins zur Ära Breshnew. Die RGW-Staaten seit 1953, in: Wolfgang Benz; Hermann Graml (Hrsg.): Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1982. Das Zwanzigste Jahrhundert II. 40.-41. Tsd., Frankfurt/M. 1994, S. 374-379; Vadim V. Zagladin: Der erste Erneuerungsimpuls. Eine Betrachtung zum 40. Jahrestag des XX. Parteitages der KPdSU, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 11-35.

noch weiter. Vor allem die Polen und die Ungarn nutzten 1956 die Führungskrise in der kommunistischen Weltbewegung und in ihren nationalen Regierungen aus und erhoben sich gegen die Diktatoren. Die blutige Niederschlagung der ungarischen Revolution im November 1956 durch die sowjetischen Truppen führte eindringlich vor Augen, daß die Moskauer Kommunisten keine *Satrapien* kampflos aus ihrem Machtbereich entlassen würden.<sup>6</sup>

Obwohl es in der DDR im Gegensatz zu Ungarn oder Polen auf den Straßen weitgehend ruhig blieb, war die Stimmung im ganzen Land auf einem Tiefpunkt angelangt. Es kam überall zu heftigen Diskussionen, es bildete sich eine innerparteiliche Opposition, der ohnehin bestehende Widerstand gegen die SED verstärkte sich zudem.<sup>7</sup> Die SED-Führung befand sich in einer desolaten Lage. Am meisten bereiteten ihr die Vorgänge und Diskussionen an den Universitäten und Hochschulen Probleme. Diese Institutionen waren von ihr als Kadernschmieden aufgebaut worden. Gerade aber das Jahr 1956 zeigte, daß der Neukonstituierungsprozeß noch lange nicht so weit gediehen war, wie sie es sich wünschte.

<sup>6</sup> Zum Krisenjahr 1956 in Osteuropa vgl. u.a. Dietrich Beyrau; Ivo Bock (Hrsg.): *Tauwetter und die Folgen. Kultur und Politik in Osteuropa nach 1956*. Bremen 1988; *Cold War Crises*, in: Cold War International History Project, Bulletin 1995/5; Reinhard Crusius; Manfred Wilke (Hrsg.): *Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen*. Frankfurt/M. 1977; Hans Henning Hahn; Heinrich Olschowsky (Hrsg.): *Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa*. Berlin 1996; Karel Kaplan: *Die Überwindung der Regime-Krise nach Stalins Tod in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn*. München 1986 (Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Studie Nr. 11); Inge Kircheisen (Hrsg.): *Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen*. Berlin 1995; György Litvan; János M. Bak (Hrsg.): *Die Ungarische Revolution 1956. Reform - Aufstand - Vergeltung*. Wien 1994; als knappe Zusammenfassung Robel: *Vom Tod Stalins zur Ära Breshnew*, S. 379-390.

<sup>7</sup> Zur Situation in der DDR vgl. Armin Mitter; Stefan Wolle: *Untergang auf Raten*. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 163-295; Karl Wilhelm Fricke: *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*. Köln 1984, S. 117-128; Martin Jänicke: *Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953*. Köln 1964, S. 104-160; sowie die Dokumentation: Ilko-Sascha Kowalczyk: *Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1997.

Sowohl in der älteren wie der jüngeren Forschung ist schon auf vielfältige Weise auf die Unruhen an den DDR-Hochschulen 1956 hingewiesen worden.<sup>8</sup> Deshalb kann sich die folgende Darstellung allein auf die Vorgänge an der Humboldt-Universität beschränken. Allerdings werden auch diese nicht komplex dargestellt. Statt dessen werden nur die wichtigsten Entwicklungen skizziert, um das im Anhang abgedruckte Wortprotokoll der vom MfS organisierten Pressekonferenz am 16. Mai 1957 und die anderen Dokumente historisch einzuordnen und auch für jene verständlich zu machen, denen die Ereignisse von 1956/57 an den DDR-Universitäten nicht geläufig sind.

### III.

An den Universitäten bezogen sich Anfang 1956 die Diskussionen *“im wesentlichen auf die Schaffung der Volksarmee”*.<sup>9</sup> Die Berichterstatter mußten konstatieren, daß *“die Mehrheit der Studenten von der Notwendigkeit einer obligatorischen militärischen Ausbildung”* nicht überzeugt sei.<sup>10</sup> Das war in der Tat für die Genossen ein Problem, das sie noch Jahre beschäftigen sollte.<sup>11</sup> Vor allem rief ihren Unwillen hervor, daß breite Bevölkerungskreise zwischen der Militarisierung Westdeutschlands und Ostdeutschlands keine Unterschiede ausmachten. Sie selbst wollten *“ihrer”* Jugend nicht zugestehen, was sie in großen Lettern auf der ersten Seite des SED-Zentralorgans bezüglich westdeutscher Jugendlicher feierte: *“Jugend trotz der Wehrpflicht”*.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Vgl. aus der jüngeren Literatur z.B.: Waldemar Krönig; Klaus-Dieter Müller: *Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR. 1945-1961*. Köln 1994; Mitter; Wolle: *Untergang auf Raten*, S. 228-237, 260-292; Ilko-Sascha Kowalczyk: *Legitimation eines neuen Staates: Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*. Berlin 1997, S. 138-145, 288-316.

<sup>9</sup> (SED-Parteileitung, HUB), Informationsbericht, 24.2.1956. BArch DY 30, IV 4/ 12/ 052. Am 18. Januar 1956 erließ die Volkskammer das *“Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung”*. Als Gründungstag der NVA galt der 1. März.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Vor allem an den Theologischen Fakultäten, aber nicht nur dort, gab es erhebliche Widerstände gegen die obligatorische Militärausbildung, wie sie 1958 eingeführt wurde. Das verschärfte sich nach dem Bau der Mauer noch mit der allgemeinen Wehrpflicht, der auch alle Studenten unterlagen.

<sup>12</sup> Neues Deutschland vom 23. Oktober 1956.

Die Diskussionen im Anschluß an den XX. Parteitag konzentrierten sich *“im wesentlichen auf die Rolle Stalins”*.<sup>13</sup> Vor allem an den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten wurde häufig die Meinung vertreten: *“Ich lasse nicht von Stalin!”*<sup>14</sup> Die Unsicherheit verstärkte sich nach Ulbrichts Beiträgen im *“Neuen Deutschland”*, wo er verkündete, Stalin sei kein Klassiker des Marxismus-Leninismus. Ulbricht wurde aus der eigenen Partei vorgehalten, er falle von einem Extrem ins andere.<sup>15</sup>

Die Diskussionen trugen in dieser Phase ganz wesentlich einen innerparteilichen Charakter. Das hängt damit zusammen, daß die *“Enthüllungen”* und *“Gerüchte”* vor allem die Genossen selbst verunsicherten, während oftmals diejenigen, die nicht der SED angehörten, sich schon vorher aus anderen Quellen und aus eigener Erfahrung Klarheit über die stalinistische Herrschaft verschafft hatten.

Obwohl in dieser Phase der aufkommende *“Revisionismus”* und *“Reformismus”* nicht unterschätzt werden dürfen, hatte die SED bis zum Sommer die Diskussionen noch weitgehend unter Kontrolle. Ihr gelang es zumeist, die Debatten zu kanalisieren. An den Universitäten sorgten vor allem Anordnungen für Unruhe, nach denen Studenten ohne Einwilligung der Hochschule nicht mehr nach Westdeutschland reisen dürften. Es kam zu Kundgebungen (Dresden)<sup>16</sup> und Unterschriftensammlungen gegen solche Anmaßungen.<sup>17</sup> Diese Anweisungen blieben vorerst jedoch noch ohne konkrete Auswirkungen für die Feriengestaltung der Studierenden.

Es war ein Semester voller Spannungen. Die Diskussionen waren freimütiger als in den Jahren zuvor. Das hing damit zusammen, daß kaum jemand wußte, was erlaubt und was nicht erlaubt war. Die Verunsicherung selbst hochrangiger Funktionäre wie Otto Grotewohl zeigte sich in einer Diskussionsrunde (mit ausgesuchten Teilnehmern) Ende April 1956 in der Humboldt-Universität. Der Ministerpräsident sprach unter anderem davon, daß *“wir als Sozialdemokraten”* darüber im klaren sein müßten, daß es das

<sup>13</sup> (SED-Parteileitung, HUB), Informationsbericht, 24.2.1956. BArch DY 30, IV 4/ 12/ 052.

<sup>14</sup> SED-Parteileitung, HUB, Informationsbericht über Diskussionen zum XX. Parteitag der KPdSU, 2.3.1956. Ebd.

<sup>15</sup> SED-Parteileitung, HUB, Informationsbericht, 21.3.1956. Ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Mitter; Wollé: Untergang auf Raten, S. 234-235.

<sup>17</sup> Vgl. auch die *“Argumentationshilfen”* des ZK-Apparats: Betr. Westreisen der Studenten in den Ferien. BArch DY 30, IV 2/ 904/ 56, Bl. 121-127.



Recht der Sowjetmacht war, innere und äußere Feinde niederzuschlagen.<sup>18</sup> Warum sich Grotewohl ausgerechnet in dieser Situation daran erinnerte, einmal Sozialdemokrat gewesen zu sein und zudem suggerierte, „wir“, also die SED, seien „Sozialdemokraten“, wird wohl ewig sein Geheimnis bleiben. Zumindest aber unterstellte er Differenzen zwischen den sowjetischen Kommunisten und „uns“ deutschen Sozialdemokraten. Aber immerhin äußerte er ebenso wie die anderen Politbüromitglieder mit Blick auf die Vorgänge in Polen, Bulgarien oder der Tschechoslowakei: *“Ich erinnere Euch an eines, wir haben doch 1953 erlebt, und was diese Länder zum Teil jetzt machen, das haben wir schon 1953 erledigt. (Beifall) Nach einer Wiederholung steht uns nicht der Sinn. Es gibt auch keinen Grund dafür. (Heiterkeit)”*<sup>19</sup>

Allein, daß Grotewohl es für nötig befand, an die Humboldt-Universität zu gehen und sich den Fragen von handverlesenen Studenten zu stellen, ist ein deutliches Indiz dafür, daß eine spannungsgeladene und kritische Stimmung herrschte. Und tatsächlich mehrten sich die Berichte über aufkommende Diskussionen, die neue Formen annahmen. Noch allerdings waren mit ihnen kaum Forderungen verbunden, sondern sie konzentrierten sich auf allgemeine Mißstände im politischen und sozialen System, konzentrierten sich an den Universitäten vor allem auf die militärische Ausbildung und die Westreisen. Die SED atmete auf, als im Juli die Semesterferien begannen und die meisten Studenten ins Praktikum fuhren. Das MfS hatte zum Ende des Semesters allerdings resümiert: *“An verschiedenen Hoch- und Fachschulen traten in jüngster Vergangenheit provokatorische Tendenzen an den Tag, die sich hauptsächlich gegen die Regierung und die Parteiführung der SED richteten.”*<sup>20</sup>

Die Semesterferien beruhigten die Lage an den Hochschulen nur scheinbar. Das war weder der SED- noch der MfS-Führung verborgen geblieben. Deshalb richtete die SED-Führung am 10. September 1956 an alle SED-Parteiorganisationen der Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen einen Brief, in dem sie nochmals die prinzipiellen Aufgaben für das kommende Semester umriß. Darin heißt es u.a., daß es gilt, *“die Ausbildung und Erziehung der Studenten zu verbessern, die eindeutig*

<sup>18</sup> Forum der jungen Studenten mit unserem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 27.4.1956. Ebd., IV 2/ 904/ 34, Bl. 14.

<sup>19</sup> Ebd., Bl. 20.

<sup>20</sup> Zit. in Mitter; Wolle: Untergang auf Raten, S. 236.

*darauf gerichtet sein muß, eine junge Intelligenz heranzubilden, die fähig und bereit ist, dem Sozialismus zu dienen.*"<sup>21</sup> Um diesem Auftrag nachkommen zu können, müsse jeder Genosse sein Verhältnis zur Partei so vertiefen, "daß er in jeder Situation für unsere Sache kämpft."<sup>22</sup> Dies sei in der Vergangenheit nicht so gewesen. Insbesondere die Diskussionen nach dem XX. Parteitag der KPdSU hätten gezeigt, "daß der derzeitige politisch-ideologische Zustand einiger Grundorganisationen noch unbefriedigend ist."<sup>23</sup> Es gebe überall "ernsthafte ideologische Unklarheiten und Schwankungen". Einige Genossen hätten "objektiv die vom Klassegegner organisierte Verleumdung unserer Partei und ihrer Führung" unterstützt.<sup>24</sup> Das Wesen und die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei sei noch nicht von jedem Genossen verinnerlicht. In der Zukunft komme es vor allem darauf an, die Versuche, "unsere Studenten vom Studium des Marxismus-Leninismus abzuhalten", entschieden zu unterbinden.<sup>25</sup>

In diesem Brief, den Albert Norden unterzeichnete, wurden in zumeist verklausulierter Form alle Probleme angesprochen, die im Frühjahr 1956 die Studenten heftig diskutierten und die sie auch im Herbst - allerdings verschärfter - debattieren sollten. Das ZK der SED wandte sich gegen die Reisen der Studenten nach Westdeutschland ebenso wie gegen die Angriffe auf das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium. Auf der Grundlage einer realistischen Einschätzung monierte das Zentralkomitee: "Gegenwärtig haben wir noch nicht den Eindruck, daß alle Studenten von dem Bewußtsein durchdrungen sind, unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu dienen und die Zukunft in einem einheitlichen, sozialistischen Deutschland sehen."<sup>26</sup>

Mit diesem Brief versuchte die SED-Führung, ihre Basis an den Universitäten und Hochschulen zu mobilisieren. Es war schon im Laufe des ersten Halbjahres 1956 offensichtlich geworden, daß sich an den Hochschulen Unruhepotential gesammelt hatte, welches die örtlichen Parteiorganisatoren

<sup>21</sup> ZK der SED an alle Parteiorganisationen der SED der Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen, 10. September 1956. BArch DY 30, IV 2/904/56, Bl. 81.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd., Bl. 82r.

<sup>24</sup> Ebd., Bl. 83.

<sup>25</sup> Ebd., Bl. 84.

<sup>26</sup> Ebd., Bl. 85.

kaum noch zu beherrschen wußten. Außerdem hatte sich sowohl in Polen als auch in Ungarn die Lage weiter zugespitzt. Dort wurden „von oben“ und „von unten“ Reformen des sozialistischen Systems diskutiert und eingefordert. Diese Debatten blieben gerade den jungen Intellektuellen in der DDR nicht verborgen.

Nach Beginn des neuen Studienjahres spitzte sich die Situation an den Universitäten rapide zu. Eine MfS-Information vom 28. Oktober 1956 faßte die bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten Diskussionen präzise zusammen. In dieser MfS-Analyse heißt es u.a.: *“Aus fast allen deutschen (sic!) Hochschulen zeigen sich Versuche der Studenten - teilweise unterstützt durch Professoren -, die Auseinandersetzungen in den Volksrepubliken Polen und Ungarn für Forderungen an die Führung der SED und an den Staat auszunutzen. In Versammlungen, Diskussionen und vereinzelt auch in Resolutionen und Schreiben wird - oft im Einverständnis mit den FDJ-Leitungen - verlangt: ‘Änderung im Hochschulbetrieb, nämlich vor allem Gründung einer unabhängigen Studentenorganisation, Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen, Abschaffung des obligatorischen gesellschaftlichen Grundstudiums und des Unterrichts in der russischen Sprache.’ Heftige Angriffe richten sich besonders gegen die Berichterstattung der demokratischen Presse und die Beschlagnahme der ‘BZ am Abend’ mit der Gomułka-Rede.”*<sup>27</sup>

*Die Mehrzahl der Studenten - auch die Mitglieder der SED - orientiert sich nach der Westpresse und vor allem nach den Meldungen des RIAS. Die Hochschulleitungen der SED und FDJ sind nur selten in der Lage, der feindlichen Argumentation entgegenzuwirken.*

*Wie nach dem XX. Parteitag der KPdSU verstärken sich die Äußerungen gegen das Führungskollektiv der SED, besonders gegen W. Ulbricht, dessen Rücktritt wiederholt gefordert wird. Im Zusammenhang berichtet, richten sich diese Strömungen gegen die führende Rolle der SED und den Aufbau des Sozialismus in der DDR, was besonders durch die ‘Unabhängigkeitsbestrebungen’, die oft versteckt geforderte ‘Meinungs- und Presse-*

<sup>27</sup> Am 20. Oktober, also nur einen Tag, nachdem Wladyslaw Gomułka zum Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gewählt worden war, verfügte der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Hermann Axen, daß kein Nachrichtenmaterial mehr aus polnischen Quellen zu verwenden sei. Deshalb wurden am Nachmittag des 22. Oktober 1956 200.000 Exemplare der “BZ am Abend” eingezogen. Dort waren ein Bild Gomułkas und einer kurzer Ausschnitt seiner Antrittsrede abgedruckt worden.

*freiheit' und vereinzelt durch offene Agitationen gegen die Sowjet-Union und den sozialistischen Aufbau deutlich wird.*"<sup>28</sup>

Die Zuspitzung der Lage hatte die SED und das MfS intern bereits zum Handeln veranlaßt. Am 23. Oktober 1956 veranlaßte die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda, daß sie täglich über alle Vorgänge an den Hochschulen und Universitäten unterrichtet wird. Es wurde ein Operativstab gebildet und außerdem eine tägliche Verbindung zu den entsprechenden Abteilungen im Ministerium für Staatssicherheit aufgebaut.<sup>29</sup> Das MfS reagierte am 3. November 1956 mit der Richtlinie *"über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen"*.<sup>30</sup> Darin wurde insbesondere beklagt, daß die bisherige operative Arbeit vollkommen ungenügend gewesen und es dringend vonnöten sei, das Netz der Geheimen Informatoren und der Geheimen Hauptinformatoren an den Universitäten auszubauen. Diese Maßnahmen konnten allerdings nicht verhindern, daß die Situation an der Humboldt-Universität Ende Oktober/Anfang November 1956 zu eskalieren drohte. In einer MfS-Analyse vom 2. November 1956 heißt es dazu: *"So ist auch an den Universitäten der DDR, insbesondere aber in der Humboldt-Universität Berlin zu verzeichnen, daß bestimmte Personen außerhalb der Universität, aber auch Personen in der Universität denken, ihre Zeit sei gekommen, auch hier umstürzlerische Tätigkeiten oder Umtriebe zu entwickeln. Der Gegner versucht hier, bestimmte Forderungen der Studenten für seine Zwecke auszunutzen, auszuweiten, um sie gegen Partei und Regierung zu hetzen. Dieses zeigte sich besonders an der Vet[erinar]-Med[izinischen] Fakultät der Humboldt-Universität."*<sup>31</sup> Spätestens ab dem 25. Oktober 1956 kursierten an der Humboldt-Universität Unterschriftenlisten, in die sich jene eintragen sollten, die für die Abschaffung des Russischunterrichtes oder auch des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums votierten. In den Seminargruppen, in denen solche Listen umgingen, sprachen sich zwischen fünfzig und neunzig Prozent der Studenten dafür aus. Das geschah nicht selten in kurzfristig einberufenen Versammlungen, so daß sogar am 31. Oktober 1956 zwei Hundert-

<sup>28</sup> MfS, Information Nr. 285/56. Betr.: Lage an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik (Zusammenfassung), 28.10.1956. ZAN, Allg. S. 83/59, Bd. 1b, Bl. 206-207.

<sup>29</sup> Vgl. das Dokument Nr. 1 im vorliegenden Band.

<sup>30</sup> Vgl. das Dokument Nr. 4 im vorliegenden Band.

<sup>31</sup> MfS, Analyse vom 2.11.1956. ZAN, Bestand Mielke, Ordner 297. Das Original trägt irrtümlicherweise das Datum 2.10.1956.

schaften der Kampfgruppen zusammengezogen wurden, um eventuelle Demonstrationen der Studenten niederknüppeln zu können.<sup>32</sup>

Obwohl es an den meisten Fakultäten und Instituten der Ostberliner Universität zu Unruhen, Protesten, Forderungen und heftigen Diskussionen kam, war der Oppositionsgeist an der Veterinärmedizinischen Fakultät nicht nur in Ostberlin, sondern in der gesamten DDR am deutlichsten ausgeprägt. Mitte November 1956 mußte auch die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda feststellen, daß es unter den Berliner Tiermedizinstudenten *“die negativsten Erscheinungen unter der Studentenschaft”* gibt.<sup>33</sup>

#### IV.

Der Aufbau des Hochschulwesens in der DDR vollzog sich nicht nur an den einzelnen Hochschulstandorten, sondern auch an den verschiedenen Fakultäten und teilweise Instituten sehr unterschiedlich. Das erklärte Ziel der SED-Führung, binnen kurzer Zeit eine *“sozialistische Intelligenz”* heranzubilden, erwies sich gerade in den medizinischen, naturwissenschaftlichen, agrarwissenschaftlichen und nicht zuletzt in den veterinärmedizinischen Fächern zumindest in den fünfziger Jahren als weitgehend illusionär. Die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität nahm dabei noch eine besondere Stellung ein. Die gesamten fünfziger Jahre hindurch zählte sie zu denjenigen Fakultäten, an denen es zwischen SED-Funktionären einerseits und bürgerlichen Hochschullehrern und Studenten andererseits zu den nachhaltigsten Auseinandersetzungen und Kontroversen kam. Die Hochschullehrer und ihre Studenten erwiesen sich als resistent gegenüber den Versuchen der SED, ihre Fakultät in eine sozialistische Hochschuleinrichtung umzuwandeln.

Bereits Anfang der fünfziger Jahre hatte deshalb die SED versucht, die Fakultät von Berlin nach Greifswald zu verlegen. Dies scheiterte trotz eines bereits am 6. März 1950 gefaßten Beschlusses der SED-Führung am erbitterten Widerstand der Fakultätsangehörigen.<sup>34</sup> Gleichzeitig verlor die Fakultät permanent Hochschullehrer und Studenten, die sich in den Westen absetzten. Allein im April 1951 gingen sechs Hochschulprofessoren, eine Reihe von Assistenten und rund 200 Studenten an die Freie Universität Ber-

<sup>32</sup> Vgl. das Dokument Nr. 2 im vorliegenden Band.

<sup>33</sup> Abt. Wissenschaft und Propaganda, Wir schlagen vor, an den folgenden Fakultäten bzw. Instituten Aussprachen mit Studenten durchzuführen, 20.11.1956. BArch DY 30, IV 2/ 904/ 433, Bl. 127.

<sup>34</sup> Bundesarchiv Potsdam (im folgenden: BAP), R 3/ 2366; BArch DY 30, I IV 2/ 3/ 90.

lin,<sup>35</sup> wo sie die Basis der Veterinärmedizinischen Fakultät der FU Berlin stellten.<sup>36</sup> Trotz dieser Verluste zählte die Fakultät der Humboldt-Universität mindestens in den gesamten fünfziger Jahren zu den wichtigsten Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Tiermedizin in Deutschland.<sup>37</sup>

Die SED war an der Veterinärmedizinischen Fakultät im Gegensatz zu anderen Fächern stets deutlich unterrepräsentiert. Bei den Studenten waren durchschnittlich gerade zehn Prozent in der SED. Vom Lehrkörper waren bis 1957/58 nur einzelne Ausnahmen in der SED, so daß sich der SED-Anteil nicht einmal in sinnvollen Prozentpunkten ausdrücken läßt.<sup>38</sup> Hinzu kam, daß von seiten der Fakultätsangehörigen auf die SED-Mitglieder Druck ausgeübt und ihnen unmißverständlich deutlich gemacht wurde, daß sie aus der Partei austreten müßten, wenn sie in ihrer wissenschaftlichen Karriere erfolgreich sein wollten. Die SED-Berichterstatter beklagten deshalb immer wieder, daß auch bei den Studenten eine hohe Austritts- bzw. Ausschlußrate zu verzeichnen sei.<sup>39</sup>

In den Tagen um den 17. Juni 1953 zählten die Veterinärmediziner zu jener Minderheit der Universitätsintelligenz, die sich deutlich auf die Seite der Aufständischen und Protestierenden stellte.<sup>40</sup> Zu einschneidenden Konse-

<sup>35</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 384.

<sup>36</sup> Vgl. 25jähriges Bestehen der Veterinärmedizin an der Freien Universität Berlin. Berlin 1976, S. 11.

<sup>37</sup> Zur Geschichte vgl. Tankred Koch: Zur Geschichte der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Sonderband 1965, S. 9-52.

<sup>38</sup> Der Anteil der SED-Mitglieder an der Gesamtstudentenschaft und am gesamten Lehrkörper war zwischen 1946 und 1961 erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Es ist hier nicht der Platz, diesen wechselvollen Prozeß nachzuzeichnen und ihn vor allem zu erklären. Vgl. aber Ausführungen bei: Ralph Jessen: Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Hartmut Kaelble; Jürgen Kocka; Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 225-228, 241-243; Kowalczuk: Legitimation eines neuen Staates, S. 91-94, 116-117.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. das Dokument Nr. 7 im vorliegenden Band.

<sup>40</sup> Vgl. allgemein zum 17. Juni und der Intelligenz: Ilko-Sascha Kowalczuk: Volkserhebung ohne "Geistesarbeiter"? Die Intelligenz in der DDR, in: Ders.; Armin Mitter, Stefan Wolle (Hrsg.): Der Tag X - 17. Juni 1953. Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1996, S. 129-169.

quenzen ist es damals noch nicht gekommen. Das änderte sich drei Jahre später, als es an allen Hochschulen und Universitäten zu reformerischen Debatten und widerständigen Aktionen gegen die SED-Politik kam. Insgesamt ging es dabei einem Teil um eine Reform des Sozialismus, wobei die Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus gerichtet waren. Ein anderer Teil dagegen war an der prinzipiellen Überwindung des gesellschaftlichen Systems interessiert und hatte zum Ziel, der SED ihr Machtmonopol zu nehmen, um über freie Wahlen zu einem geeinten Deutschland auf demokratischer Grundlage zu gelangen.<sup>41</sup>

Die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität zählte dabei zu jenen Hochschuleinrichtungen, an denen sich die Opposition gegen die SED-Politik am deutlichsten artikulierte. Wie an den meisten Hochschulen forderten die Studenten die Abschaffung des Russischunterrichtes und des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, erweiterte Möglichkeiten des Studentenaustausches in Gesamtdeutschland, die Beschneidung der Rechte der FDJ und die Zulassung einer unabhängigen Studentenvertretung. Das waren Forderungen, die überall erhoben worden waren und die die SED-Führung in Handlungsnoté brachte. Immerhin verabschiedete das SED-Politbüro sogar am 30. Oktober 1956 unter dem Druck der studentischen Forderungen einen Beschluß, der die Bildung eines zentralen Studentenrates vorsah.<sup>42</sup> Dieser Versuch, die studentischen Emanzipationsbestrebungen zu kanalisieren, ist allerdings bereits am 20. November 1956 wieder revidiert worden.<sup>43</sup>

An der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität kam es über diese Forderungen hinaus zu weiteren Aktionen, die die Situation in den Augen der SED-Funktionäre so gefährlich machte. Walter Ulbricht vermutete mit Blick auf die Vorgänge in Ungarn, daß diese Fakultät der Ausgangspunkt für die *„Konterrevolution in der DDR“* sein sollte.<sup>44</sup> Die Studenten forderten zum Beispiel weiterhin, daß der Fakultät ihr altes Gebäude, in dem sich jetzt das DDR-Außenministerium befand, zurückgegeben wird. Schließlich verbanden sie ihre Forderungen mit einem Ultimatum. Auf einer Vollversammlung am 2. November 1956 wurde eine Studenten-

<sup>41</sup> Vgl. die Flugblätter im vorliegenden Band (Dokument Nr. 5).

<sup>42</sup> BArch DY 30, I IV 2/ 2 A/ 528.

<sup>43</sup> BArch DY 30, I IV 2/ 2 A/ 534.

<sup>44</sup> Überarbeitetes Protokoll des 33. Plenum des ZK der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957. BArch DY 30, IV 2/ 1/ 187, Bl. 97.

vertretung gewählt (Zehnerrat), die die Forderungen gegenüber der Universitätsleitung und der Regierung vortragen sollte. Besonders bedrohlich stellte sich für die SED aber dar, daß sich ein großer Teil des Lehrkörpers mit den Forderungen der Studenten solidarisierte.

Die Situation an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität war auch deshalb im Gegensatz zu anderen Fakultäten und Hochschulen eine besondere, weil sich im Dezember 1956 mit Karl Schirdewan und Franz Dahlem zwei hochrangige Funktionäre an die Fakultät begaben, um dort mit den Studenten zu diskutieren.<sup>45</sup>

Auch wenn schon zum damaligen Zeitpunkt die außergewöhnliche Situation bei den Tiermedizinern der Humboldt-Universität allgemein bekannt war, gewannen die Ereignisse vom Oktober/November 1956 erst an Bedeutung, als sich im Winter/Frühjahr 1957 zeigte, daß die Forderungen der Studenten weiterhin Bestand hatten und daß die Mehrheit der Fakultät noch immer gegen die SED eingestellt war und daraus auch kein Geheimnis machte. Allerdings hatte mittlerweile die SED-Führung unter Ulbricht begonnen, ihre Macht erneut zu stabilisieren. Sie war ab Ende November 1956 zum Gegenangriff übergegangen und hatte mit zahlreichen Verhaftungen angefangen, ihre Parteibasis zu disziplinieren. Am 10. April 1957 faßte das Sekretariat des ZK einen Beschluß zur Veränderung der Lage an der Veterinärmedizinischen Fakultät, dessen zentraler Punkt darin bestand, sowohl den Lehrkörper als auch die Studentenschaft von oppositionellen Kräften zu säubern.<sup>46</sup> Dazu bedurfte es der Mithilfe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Ihm oblag es nachzuweisen, daß die Proteste an der Fakultät von westlichen Geheimdiensten gesteuert gewesen wären.<sup>47</sup> Dieser Nachweis sollte auch öffentlich erbracht werden, wozu die Pressekonferenz am 16. Mai 1957 einberufen worden war. Daß es sich um ein Konstrukt der SED und des MfS handelte, wird bereits daran deutlich, daß erst im März 1957, also Monate nach den stürmischen Ereignissen, die Auffassung vertreten wurde, es habe sich im November 1956 an der Veterinärmedizinischen Fakultät um "*konterrevolutionäre Forderungen*" gehandelt.

Die Pressekonferenz zielte außerdem darauf ab, die Fakultät und die gesamte Universität zu disziplinieren. Anfang Mai hatte die SED den Dekan der

<sup>45</sup> Vgl. das Dokument Nr. 6 im vorliegenden Band.

<sup>46</sup> Vgl. das Dokument Nr. 7 im vorliegenden Band.

<sup>47</sup> Vgl. die Dokumente Nr. 9 und 10 im vorliegenden Band.



Fakultät, Professor Schützler, fristlos entlassen, weil er nicht zu seinem Disziplinarverfahren erschienen war. Das wäre in der Tat auch sinnlos gewesen, weil schon vorher von der SED-Führung die Entlassung festgelegt worden war.<sup>48</sup> Die Studenten solidarisierten sich mit ihrem Hochschullehrer, woraufhin 122 Studenten beurlaubt wurden. Der Bericht der Westberliner Studentenzeitschrift *“colloquium”* schilderte die Ereignisse folgendermaßen: *“10. Mai 1957, die Morgenvorlesung ist beendet, und die Studenten des 3. und 4. Studienjahres an der Ost-Berliner Veterinärmedizinischen Fakultät haben sich wie üblich zur Arbeit in die Kliniken begeben, als kurze Zeit später die Angehörigen des 3. Studienjahres schon wieder in den Hörsaal beordert werden. Sie wissen, weshalb: Sie haben es heute zum zweiten Male abgelehnt, sich in die seit dem Vortage auf Befehl der Studienabteilung ihrer Fakultät zu führenden Anwesenheitslisten für Vorlesungen einzutragen.*

*Im Hörsaal tritt der Prorektor für studentische Angelegenheiten, Wolter, vor sie hin. Wolter ... ist als ‘Scharfmacher’ bekannt. Er wirft den versammelten Studenten vor, gegen die Anweisungen des Rektors, Prorektors und Dekans verstoßen und damit mangelhafte Studiendisziplin bewiesen zu haben. Und er verkündet kurz und bündig: ‘Als Strafe für ihr Verhalten sind die Studenten des 3. Studienjahres, die sich nicht in die Listen eingezeichnet haben, ab sofort beurlaubt.’ (...)*

*Die strafweise Beurlaubung von 122 Studenten verfehlte eine gewisse Wirkung nicht. Es kam hinzu, daß elf Studenten der Fakultät schon vorher nach West-Berlin geflohen waren, weil sie befürchteten, der SSD<sup>49</sup> würde erneut Verhaftungen vornehmen. So beantragten 109 der Beurlaubten ihre Wiedenzulassung, indem sie dem Prorektor gegenüber ihre Loyalität zum ‘Arbeiter- und Bauernstaat’ bekundeten. Er hob die Beurlaubungen zum größten Teil auf, lediglich in 30 Fällen erfolgte die Wiedenzulassung nicht kurzfristig. Gegen diese Studenten soll ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden.*

*Viele Angehörige der Fakultät glauben, es handele sich bei den Aktionen gegen die Studenten und den Dekan um eine gezielte Provokation, die den Beweis liefern soll, daß der Lehrkörper und die Studentenschaft an der Veterinärmedizinischen Fakultät aufsässig und politisch unzuverlässig seien und im fremden Auftrag gegen das Sowjetzonen-Regime gearbeitet*

<sup>48</sup> Vgl. das Dokument Nr. 7 im vorliegenden Band.

<sup>49</sup> SSD = Staatssicherheitsdienst, in den fünfziger Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch und in der westlichen Publizistik übliche Bezeichnung für das MfS.

*haben.*”<sup>50</sup>

In dem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 10. April 1957 hatte es u.a. unter Punkt 20 geheißen, daß diejenigen Studenten der Tiermedizin, die sich “*gegenüber der Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht*” ablehnend verhalten, “*vom Studium auszuschließen*” seien.<sup>51</sup> Ein Jahr später, am 16. April 1958, hieß es in einem internen Aktenvermerk lapidar: Der Punkt 20 ist realisiert.<sup>52</sup> Dahinter verbargen sich mindestens 75 Schicksale, denn so viele Studenten waren allein bis zum 15. September 1957 exmatrikuliert worden.<sup>53</sup> Davon sind die meisten Studenten in den Westen geflüchtet. Hinzu kamen Disziplinarstrafen.<sup>54</sup>

Auch in der Berufungspolitik an der Veterinärmedizinischen Fakultät galten fortan stärker parteipolitische Kriterien. Schließlich ist ein Teil der Assistenzenschaft ausgewechselt worden, was sich am unkompliziertesten erwies, weil der Widerstand der Professoren durch den Weggang von Schützler und anderen vorerst weitgehend gebrochen war. Die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität war auf den sozialistischen Weg gebracht worden. Dieser Weg war allerdings ein langer und mühevoller, denn auch in den nächsten Jahren wurde häufig Unruhe an dieser Fakultät laut.

Die Pressekonferenz vom 16. Mai 1957 hatte neben dem Ziel, die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität zu disziplinieren und die sozialistische Kader- und Rekrutierungspolitik durchzusetzen, noch ein weiteres, das letztlich bedeutungsvoller war, weil es alle Studenten der DDR betraf. Denn auf dieser Pressekonferenz verkündete der Staatssekretär für Hochschulwesen, Wilhelm Girnus, daß nunmehr ein Reiseverbot für alle Studenten der DDR in NATO-Länder bestehe.<sup>55</sup> Das war für die westlichen Medien der eigentliche Paukenschlag dieser Pressekonferenz.<sup>56</sup>

<sup>50</sup> P.H.: Der Staatssicherheitsdienst schaltete sich ein, in: colloquium 11 (1957) 6, S. 17.

<sup>51</sup> BArch DY 30, I IV 2/ 3/ 556, Bl. 42. Vgl. das Dokument Nr. 7 im vorliegenden Band.

<sup>52</sup> Erfüllung des Vet.-Med.-Beschlusses vom 10.4.1957, 16.4.1958. BArch DY 30, IV 2/ 904/ 314, Bl. 41.

<sup>53</sup> ZK-Abteilung Wissenschaften, Bericht über die Realisierung des Beschlusses vom 10.4.1957, 11.9.1957. SABArch DY 30, IV 2/ 904/ 314, Bl. 39.

<sup>54</sup> Abgänge aus der Vet.-Med. Fakultät Berlin, November 1956 - November 1957. BArch DY 30, IV 2/ 904/ 338, Bl. 172-173.

<sup>55</sup> Vgl. die entsprechende Anweisung im vorliegenden Band (Dokumente Nr. 8 und 12).

<sup>56</sup> Vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.5.1957, S. 3; Süddeutsche Zeitung

Bereits in früheren Jahren hatte die SED versucht, die Studenten an Reisen nach Westdeutschland und ins westliche Ausland zu hindern. Im Mai 1956 kam es deshalb an der Technischen Hochschule Dresden zu Demonstrationen von rund 1000 Studenten,<sup>57</sup> an anderen Hochschulorten sammelten Studenten gegen solche Anmaßungen Unterschriften. Schon vorher hatte die SED versucht, die Reisen nach Westdeutschland wenigstens zu kontrollieren, indem die Studenten sich bei der Volkspolizei (VP) vor ihrer Reise melden und eine Bestätigung der Universitätsleitung vorlegen mußten, um ihren Interzonenpaß ausgehändigt zu bekommen. Alle diese Versuche scheiterten jedoch bis zum Frühjahr 1957 einerseits an dem gegensätzlichen Verhalten der Studenten selbst und andererseits an der schwankenden deutschlandpolitischen Rhetorik der SED-Führung, die in bestimmten Zeiten von strikten Reiseverboten offensichtlich konterkariert worden wäre, weshalb die SED-Führung bis zum Frühjahr 1957 immer wieder von generellen Reiseverboten Abstand nahm.

Im Frühjahr 1957 hatte sich die Situation in dieser Hinsicht zwar nicht grundlegend geändert, aber mit Hilfe aufgedeckter *“Komplote gegen die DDR”* und der *“Wühltätigkeit innerhalb der Studentenschaft”* von westlichen Feindorganisationen war eine Argumentation geschaffen, die zumindest den Parteifunktionären das Reiseverbot plausibel machte. Als das Politbüro bereits am 23. April 1957 den entsprechenden Beschluß faßte,<sup>58</sup> hieß es ausdrücklich im Arbeitsauftrag für das weitere Vorgehen, daß das MfS dem Ministerium für Volksbildung und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen Material übergeben solle mit Fallschilderungen über erfolgte oder geplanten Agentenanwerbungen von Studenten und Oberschülern.<sup>59</sup> Insofern war die Pressekonferenz eine geschickte Inszenierung, die ihr Ziel nicht verfehlte, auch wenn nicht alle an die *“Tatsachen”* glauben wollten.<sup>60</sup> Allerdings erwies sich das Reiseverbot nicht als Mittel, um die Studen-

---

vom 17.5.1957, S. 1; Der Spiegel vom 17.5.1957.

<sup>57</sup> Vgl. Mitter; Wolle: Untergang auf Raten, S. 234-235.

<sup>58</sup> Vgl. das Dokument Nr. 8 im vorliegenden Band.

<sup>59</sup> BArch DY 30, I IV 2/ 2/ 538, Bl. 6.

<sup>60</sup> Vgl. das Dokument Nr. 11 im vorliegenden Band. Dieses Dokument ist nur ein Beispiel. Bei mehr Platz hätten längere Dokumente zum Abdruck gebracht werden können, die ausführlicher zeigen, daß sich sowohl viele von den *“Tatsachen”* erschüttert zeigten als auch viele schon damals die *“Tatsachen”* anzweifelten und alles nur als eine Konstruktion des MfS ansahen. Vgl. z.B. auch: Thomas Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Köln 1969, S. 100-101; Karl Wockenfuß: Streng Vertrau-

tenschaft an die SED zu binden. Vielen Studenten war es unverständlich, warum sie nicht in den Westen fahren durften, während dies für den Lehrling zumeist kein Problem darstellte. Dementsprechend dokumentieren auch die Stimmungsberichte, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten diese Restriktionen entschieden ablehnte.<sup>61</sup> Für einen Teil der Intelligenz und der Studentenschaft bedeutete das Reiseverbot sogar eine Bankrotterklärung des Systems.<sup>62</sup>

Im Oktober 1957 trafen sich die Mitglieder des SED-Zentralkomitees zu ihrer 33. Tagung, um erneut über das lange stürmische Jahr 1956 „zu beraten“. Das Jahr 1956 war ein „langes Jahr“, weil es z.B. an den Universitäten und Hochschulen erst mit der III. Hochschulkonferenz 1958 einen vorläufigen Abschluß fand. Auch die Entmachtung von Karl Schirdewan und Ernst Wollweber, die im Februar 1958 wegen „Fraktionstätigkeit“ aus dem ZK ausgeschlossen wurden, hing eng mit den Vorgängen von 1956 zusammen. Das 33. ZK-Plenum bedeutete aber einen Höhepunkt bei der Auseinandersetzung mit Abweichlern, Revisionisten und Oppositionellen. Das MfS hatte eigens für diese Tagung eine 89 Seiten umfassende Dokumentation unter dem Titel *„Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“*<sup>63</sup> erarbeitet. Darin heißt es bezüglich der Studenten der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität zusammenfassend: *„So wurde vom Ministerium für Staatssicherheit ein Komplott aufgedeckt, das von ausländischen Geheimdiensten und westberliner Agentenzentralen organisiert worden war, um unter den Studenten der Berliner Humboldt-Universität Unruhe zu stiften und sie zu Provokationen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu mißbrauchen. Die Organisatoren dieses Komplotts waren der amerikanische Geheimdienst, der französische Geheimdienst und das sogenannte ‚Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen‘, das von der Bonner Regierung finanziert wird. Feststellungen ergaben, daß die Studenten der Berliner Humboldt-Universität in*

---

lich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989. Rostock 1995, S. 33-34.

<sup>61</sup> Z.B. BArch DY 30, IV 2/ 904/ 427, Bl. 200-206; sowie die Dokumente Nr. 14 und 15 im vorliegenden Band.

<sup>62</sup> Vgl. Dokument Nr. 14 im vorliegenden Band.

<sup>63</sup> BArch DY 30, IV 2/ 1/ 182, Bl. 62-153. Die wichtigsten Passagen des Dokuments sind veröffentlicht, vgl. Kowalczyk: Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR.

den Tagen des November 1956 zu ähnlichen provokatorischen Ausschreitungen aufgewiegelt werden sollten, wie das durch ausländische Störzentralen in der Volksrepublik Ungarn geschah. Der amerikanische Geheimdienst beabsichtigte, durch einige als Agenten angeworbene Studenten schrittweise provokatorische Forderungen an der Humboldt-Universität zu Berlin zu verbreiten, dann zu Demonstrationen und schließlich zu offenen Provokationen überzugehen. Um unter den Studenten eine möglichst breite Plattform für diesen Plan zu finden, wurde von den Geheimdienststellen in Westberlin zuerst die Losung nach Abschaffung des Russisch-Unterrichtes und des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums aufgestellt. Zur Vorbereitung der geplanten Provokationen trafen sich auf Betreiben des Studenten der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät, Manfred S., am 1.11.1956 im Studentenheim Berlin-Biesdorf die Studenten S., T., D., H., H. und H. Das Ziel der Zusammenkunft bestand darin, die Durchführung einer Studentenversammlung an der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät der Humboldt-Universität zu besprechen. Die Versammlung sollte zu den Ereignissen in Ungarn Stellung nehmen mit der Perspektive, unter den Studenten der Humboldt-Universität Unruhen hervorzurufen, die als Solidarisierung mit dem konterrevolutionären Putsch in Ungarn ausgegeben werden sollten. Von dem genannten Personenkreis wurde auf Veranlassung von S. und T., die Agenten des amerikanischen Geheimdienstes sind und in dessen Auftrag handelten, zur Vorbereitung dieser Versammlung 5 Flugblätter entworfen. Da jedoch die erste Fassung dieser Flugblätter eine Reihe überaus scharfer Formulierungen und Forderungen enthielt, wurde sie verworfen, weil man befürchtete, unter der Studentenschaft dafür keine Zustimmung zu finden. Es wurde deshalb eine zweite Fassung der Flugblätter angefertigt, die dann unter den Studenten der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät vertrieben wurden. Es ist bekannt, daß es den Provokateuren nicht gelang, auf dieser Versammlung ihre feindlichen Absichten durchzusetzen. Es dürfte recht aufschlußreich sein, daß das damalige Mitglied des Zehner-Rates der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät, der Student R., vom amerikanischen Geheimdienst für das 'ungeschickte Auftreten' gerügt wurde. Nachdem den Provokateuren klar geworden war, daß ihre Versuche, Unruhe zu stiften, erfolglos bleiben mußten, führten sie ihre feindliche Tätigkeit unter den Studenten insgeheim fort. Vor allem aber versuchten sie, indifferente Studenten zum Verlassen der DDR zu bewegen. Gleichzeitig bereiteten sie auch ihre Flucht nach Westberlin vor. Es ist kennzeichnend, daß zum Beispiel der Student B. der Störzentrale 'Amt für Gesamtdeutsche

*Studentenfragen' schon vorher mitteilte, daß er und die Studenten M., W., F., S. und A. sich nach Westberlin begeben wollten. Nach dieser Vorbereitung setzten sich die Agenten gegen Ende April dieses Jahres nach Westberlin ab, wobei es ihnen gelang, einige schwankende Studenten der Vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät ebenfalls zum Verlassen der DDR zu bewegen.*

*Der Student Claus H., der sich mit nach Westberlin begeben hatte, kam jedoch rechtzeitig zur Einsicht und kehrte noch am gleichen Tage in den demokratischen Sektor zurück.*

*Im westberliner Flüchtlingslager Marienfelde sprachen die Rädelsführer erstmals offen über ihre Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten. T. und F. prahlten zum Beispiel mit ihren Beziehungen zu Offizieren des amerikanischen Geheimdienstes. Dabei verhehlten sie auch nicht, daß sie nach ihrem Eintreffen in Westberlin weitere Aufträge vom US-Geheimdienst erhalten hatten. So sollten sie zum Beispiel schnellstens Kontakt zu Studenten der Humboldt-Universität, insbesondere zu Angehörigen der Vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät und zu Bewohnern des Studentenwohnheimes Biesdorf anknüpfen, um auf diese Weise neue Untergrundgruppen an der Universität zu schaffen. Gleichartige Anweisungen erhielten B. und G. Sie erzählten im Flüchtlingslager, daß sie nunmehr den Auftrag haben, dem französischen Geheimdienst von Westberlin aus Studenten der Humboldt-Universität in die Hände zu spielen.*

*Sämtliche Studenten, die im Flüchtlingslager Marienfelde untergebracht waren, wurden von den Geheimdiensten außerdem aufgefordert, an Studenten und Angehörige des Lehrkörpers der Humboldt-Universität Briefe zu schreiben mit dem Ziel, durch die darin enthaltenen Gerüchte Unruhen und Unsicherheit auszulösen. Darüber hinaus mußten sie spionagetechnische Angaben über militärische Einrichtungen in der DDR machen.*<sup>64</sup>

*Das Dokument enthält außerdem eine Übersicht "über die im Jahre 1957 festgenommenen Wissenschaftler, Assistenten, Studenten, Lehrer, Schüler sowie Journalisten und sonstige Angestellte aus Redaktionen".*<sup>65</sup>

<sup>64</sup> Ebd., Bl. 67-69. Die zitierte Passage ist in der genannten publizierten Dokumentation nicht enthalten.

<sup>65</sup> Ebd., Bl. 75-76. Vgl. auch: Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 377.

	INSGESAMT	STAATSVER BR[ECHEN] UND VERRAT	UNTERGRU NDTÄTIGKEI T	SPIONAGE
Lektoren	4	4	-	-
Dozenten	3	-	1	2
wiss. Mitarb.	5	-	1	4
Assistenten	2	-	1	1
Aspiranten	4	1	3	-
Studentenpfar- rer	1	-	1	-
Studenten	48	2	33	13
Lehrer	6	-	2	4
Oberschüler	7	-	7	-
Schüler	2	-	2	-
Journalisten u. sonst. Mitar- beiter aus Re- daktionen	5	3	2	-
<b>insgesamt</b>	<b>87</b>	<b>10</b>	<b>53</b>	<b>24</b>

Allerdings ging es auf der 33. ZK-Tagung nicht nur um ein Resümee der *“Feindarbeit”* und ihre strafrechtliche Verfolgung, sondern vor allem sollten vom Plenum neue Anstöße zur Disziplinierung der Parteibasis ausgehen was stets ein Instrumentarium war, das von oben nach unten angewandt worden ist. Dabei war es typisch, daß einige Vertreter aus der engeren Parteiführung selbst harscher Kritik oder sogar der Verdammung ausgesetzt wurden. So mußte sich Kurt Hager auf der 33. ZK-Tagung kritisieren lassen, weil er im Oktober/November 1956 im Umgang mit den Veterinärmedizinern der Humboldt-Universität *schwankte*. Hager erklärte nun ein Jahr später: *“Aber ich war mir damals nicht darüber klar, ob die Methoden unserer Auseinandersetzung mit den Veterinärmedizinern voll und ganz richtig waren. (...) Ich war mir nicht darüber klar, ob es richtig war, daß in dieser Situation ein Kampfgruppenkommandeur sagte: ‘Wir schlagen euch den Schädel ein!’<sup>66</sup>(...) Es handelte sich damals nicht um die Frage,*

<sup>66</sup> Vgl. Dokument Nr. 2 im vorliegenden Band.

*daß man den Veterinärmedizinerinnen Demonstrationen oder Versammlungen ermöglichen soll, sondern darum, wie man die Demonstrationen und Versammlungen unterbindet. (...) Ich war nie dafür, daß man im gegebenen Augenblick den Leuten nicht wirklich die Knochen einschlägt, wenn sie gegen unseren Staat auftreten. Doch ich war an jenem Tage der Meinung, daß das noch nicht soweit ist. Das ist ganz offensichtlich mein Irrtum gewesen.*<sup>67</sup> Mit dieser Haltung hatte Hager, ähnlich wie Schirdewan<sup>68</sup> gegen die Auffassung von Ulbricht, Matern und Honecker verstoßen. Hinzu kam, daß das SED-Politbüro am 6. November 1956 einen Beschluß über *„Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“* verabschiedet hatte.<sup>69</sup> Damit reagierte die Parteiführung auf befürchtete Unruhen der Bevölkerung. Zugleich verdeutlichte er, daß man einer aufbegehrenden Bevölkerung notfalls mit militärischer Gewalt entgegentreten würde. Der Einsatz der Kampfgruppen an der Humboldt-Universität 1956 war dabei entsprechend des Beschlusses ein Teil der ersten Etappe militärischer Unterdrückungsmaßnahmen.<sup>70</sup>

Neben den Debatten und Auseinandersetzungen in der SED-Führung, an den Universitäten und Hochschulen hatten die Ereignisse von 1956/57 noch eine weitere Auswirkung, die wenigstens erwähnt werden muß. In der MfS-Richtlinie Nr. 1/56 *„über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen“* der DDR vom 3. November war u.a. festgelegt worden, daß das Netz der Geheimen Informatoren (GI) auszubauen sei.<sup>71</sup> Diese Richtlinie war ein Grundsatzdokument, das für jede MfS-Kreisdienststelle, MfS-Bezirksverwaltung und letztlich für die MfS-Zentrale selbst bindenden Charakter besaß. Alle mit Universitäten und Hochschulen befaßten Struktureinheiten hatten demzufolge entsprechend der Richtlinie verstärkt GI anzuwerben. Hinzu kam, daß das MfS ohnehin Mitte der fünfziger Jahre vom Territorialprinzip zur objektzentrierten Arbeit übergang. Außerdem war das Netz der GI allgemein noch nicht besonders wirkungs-

<sup>67</sup> Überarbeitetes Protokoll des 33. Plenum des ZK der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957. BArch DY 30, IV 2/ 1/ 187, Bl. 95r.

<sup>68</sup> Vgl. Karl Schirdewan: *Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik.* Berlin 1994, S. 116.

<sup>69</sup> Der Beschluß ist veröffentlicht worden, vgl. Joachim Krüger: *Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluß des SED-Politbüros vom November 1956,* in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 34 (1992) 4, S. 81-85.

<sup>70</sup> Ebd., S. 81.

<sup>71</sup> Vgl. Dokument Nr. 4 im vorliegenden Band.



voll entwickelt. Die meisten GI waren Mitglieder der SED, der Bildungsstand durchschnittlich relativ niedrig und die Aktivitäten der Masse der GI beschränkten sich auf kurzzeitige oder sporadische Mitarbeit. Insofern fällt die Richtlinie Nr. 1/56 mit den Bemühungen des MfS zusammen, mehr akademisch geschultes Personal zu gewinnen und gut funktionierende Standorte in Hochschulen, Universitäten, Akademien, Kultureinrichtungen und Großbetrieben auszubauen und effektiver zu gestalten. Über die tatsächlichen Erfolge dieser Bemühungen läßt sich bislang nur spekulieren. Gesicherte Forschungserkenntnisse liegen dazu noch nicht vor.<sup>72</sup> Allgemein läßt sich aber feststellen, daß das GI-Netz einen immensen Ausbau erfuhr, wofür es für die Humboldt-Universität nach 1956 ein weiteres Indiz gibt. In einem Kontrollbericht vom 26. November 1957 über die Arbeit einiger Struktureinheiten der MfS-Bezirksverwaltung Berlin heißt es: *“In der Bearbeitung der Humboldt-Universität wurde durch die richtige Initiative der Leitung der Verwaltung und der Abteilung V eine deutlich sichtbare Verbesserung der Bearbeitung erzielt. Das Referat wurde mit qualifizierten Mitarbeitern verstärkt, das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter an der Universität wurde mit der Übernahme dieses Objektes von der Hauptabteilung V des MfS beträchtlich erweitert.”*<sup>73</sup>

<sup>72</sup> Die Arbeiten, die sich bislang mit dem Verhältnis von MfS und Hochschule beschäftigen, konzentrieren sich zumeist auf die siebziger und achtziger Jahre. Vgl. bislang vor allem: Thomas Ammer, Hans-Joachim Memmler (Hrsg.): Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung. Köln 1991; Matthias Braun: Der Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf die Kaderpolitik an den Hochschulen der DDR, in: Deutscher Bundestag, Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission ‘Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit’ am 29. Februar 1996, S. 63-70; Rainer Eckert: Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 770-785; Ders.: Geheimdienst und Hochschulen in der DDR, in: Konrad H. Jarausch, Matthias Middell (Hrsg.): Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft. Leipzig 1994, S. 304-338; Ders.: Die Humboldt-Universität im Netz des MfS. Die Debatte um die Stasi-Akten, in: Dieter Voigt, Lothar Mertens (Hrsg.): DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit. Berlin 1995, S. 169-186; Gerhard Kluge, Reinhard Meinel (Hrsg.): MfS und FSU. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Erfurt 1997.

<sup>73</sup> Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle in den Abteilungen II, III, V, VII und XIII der Verwaltung Groß-Berlin sowie in den Kreisdienst-

## V.

Die Entwicklung von Opposition und Widerstand in der Geschichte der SBZ/DDR ist trotz einiger Forschungsergebnisse noch weitgehend unerforscht.<sup>74</sup> Es ist zwar mittlerweile sehr viel bekannt geworden, aber es bleibt zu vermuten, daß wir noch vieles bislang nicht wissen bzw. nicht zur Kenntnis genommen haben. Das wird sich in der Zukunft dann verändern, wenn die Arbeit mit Quellen ernst genommen wird und wenn es über die reine Deskription hinaus auch zur Analyse kommt. Gegenwärtig gibt es nicht einmal einen halbwegs akzeptierten Oppositions- oder Widerstandsbegriff, d.h., es herrscht keine Einigkeit darüber, was eigentlich Opposition in der DDR gewesen sei.<sup>75</sup> Diese theoretische Debatte sollte weitergeführt werden, wobei sie nur fruchtbar sein wird, wenn sie die empirischen Erkenntnisse und die harten Fakten berücksichtigt. Die vorliegende Quellenedition will dazu einen Mosaikstein beitragen. Die abgedruckten Quellen verdeutlichen sowohl einige Formen widerständigen Verhaltens in der DDR 1956/57 in einem spezifischen gesellschaftlichen Bereich als auch die Gegenstrategien der SED-Führung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die vorgelegten Dokumente in einem hohen Maße die Sicht der Machthaber wider-

---

stellen Pankow, Köpenick, Prenzlauer Berg und Treptow in der Zeit vom 15.10.1957 - 16.11.1957, 26.11.1957. BArch DY 30, IV 2/ 12/ 115, Bl. 277.

<sup>74</sup> Aus der bisherigen Literatur ist insbesondere auf folgende Werke hinzuweisen, die allesamt auch umfangreiche weiterführende Literaturangaben enthalten: Karl Wilhelm Fricke: *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*. Köln 1984; *Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur*, in: *Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. VII/1-2; Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*. Berlin 1995; Ehrhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*. Berlin 1997 (i.D.); Eberhard Kuhrt (Hrsg.): *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft - Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente.* (= Am Ende des realen Sozialismus, Band 3) Opladen 1997 (i.D.).

<sup>75</sup> Meinen eigenen Ansatz habe ich mehrmals öffentlich vorgestellt, vgl. dazu die in der Anm. 74 angegebenen Sammelbände, in denen sich meine eigenen, aber auch andere diesbezügliche Vorschläge finden lassen.

spiegeln. Allerdings verzerren sie wiederum das Bild nicht vollkommen, weil diese Dokumente nicht für Historiker und für die Nachwelt angelegt worden sind, sondern für die Arbeit des Partei- und Sicherheitsapparates selbst. Dennoch wird zum Beispiel an den Aussagen der beiden in die DDR zurückgekehrten Studenten auf der Pressekonferenz am 16. Mai 1957 deutlich, wie stark deren Aussagen im Vorfeld manipuliert worden sind. Sie schildern teilweise Beobachtungen, die sie nicht selbst gemacht haben können.<sup>76</sup>

Die Vorgänge an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zählen zum breiten Spektrum widerständigen Verhaltens in der DDR-Geschichte. Diese Vielfarbigkeit reichte von bewaffneten Untergrundgruppen in den fünfziger Jahren bis hin zu den vielfältig ausgerichteten oppositionellen Gruppen in den achtziger Jahren. Vor allem bis zum Mauerbau war dabei für den Widerstand in der DDR die Verbindung zu westdeutschen Unterstützern wie der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit", dem "Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" oder dem "Ostbüro der SPD" sehr wichtig, wobei deren Einfluß weder überschätzt noch unterschätzt werden darf. Das Beispiel der Studenten der Tiermedizin an der Humboldt-Universität zeigt, daß die aufgestellten Forderungen aus der eigenen Erfahrungswelt stammten. Die Studenten sind insofern auch typisch für den Widerstand in den fünfziger Jahren. Über spezifische Anliegen gelangten die Vertreter des Widerstands schnell zu solchen allgemeinen Forderungen (freie Wahlen standen dabei in den fünfziger Jahren stets im Zentrum der Forderungen), die letztlich das System massiv angriffen und deren Einlösung zu seiner Überwindung beitragen sollte.

Das Beispiel ist aber auch deswegen nicht untypisch, weil es die gegenseitige Bedingtheit von Opposition und Repression aufzeigt. Die Motivationen für widerständiges Verhalten konnten sehr unterschiedlich und heterogen sein. Aber sobald der Staat auf widerständiges Verhalten, auch auf widerständiges Verhalten im Alltag, mit Repressionen reagierte, setzten Solidarisierungseffekte ein, die Betroffenen radikalisierten sich und sie verschärften ihre Forderungen. Bis zum Mauerbau war der Weg über die "*grüne Grenze*", die auch damals schon nicht mehr "*grün*" war, eine Alternative, dem System zu entfliehen. Diesen Weg wählten Hunderttausende Menschen bis 1961. Als er abgeriegelt wurde, konnten zwar auch die potentiell oppositionellen Kräfte nicht mehr fliehen, aber zugleich setzte ein Rückzug ins Private ein, dessen eine Folge darin bestand, daß infolge des Mauerbaus ein Kon-

<sup>76</sup> Vgl. Dokument Nr. 10 im vorliegenden Band.

tinuitätsbruch im widerständigen Verhalten der DDR-Bevölkerung zu verzeichnen war. In einem mühevollen Prozeß kam es vor allem ab den siebziger Jahren zur Herausbildung einer neuen DDR-Opposition, die zumeist nicht nur nicht in den Traditionen des Widerstands der fünfziger Jahre stand, sondern oft genug von diesem Widerstand nichts wußte. Ihre Themen unterschieden sich, ihre Forderungen lauteten anders, ihre soziale Zusammensetzung hatte sich verändert, sie war insgesamt aus einer *Mittellage*, die der Widerstand in den fünfziger Jahren beanspruchen konnte, lange Zeit in eine *Randlage* gedrückt worden, ohne daß damit gesagt wäre, sie wäre wirkungsloser gewesen. Doch im Gegensatz zu den fünfziger Jahren war die Opposition nach dem Mauerbau stärker bestimmten Milieus verhaftet, war partikularer. Nach dem Mauerbau gab es eine Veränderung, die einschneidend wirkte: Der DDR-Opposition fehlten die freien Medien und die diversen Organisationen, die ungehindert in die DDR zurückstrahlen konnten. Bis 1961 gab es eine Reihe von Zeitungen und Journalen, die regelmäßig "aus der Zone" berichteten und die von jedermann und jederfrau relativ unkompliziert rezipiert werden konnten. Das entfiel nach 1961. Zwar haben der "Deutschlandfunk" und der "RIAS", um nur zwei bekannte Rundfunkstationen zu nennen, und teilweise auch die Fernsehsender weiterhin über die DDR, über die Opposition und die Repressionen berichtet, aber auch für sie war es nach dem Mauerbau zunehmend schwieriger geworden, an gesicherte Informationen heranzukommen. Schließlich veränderte sich das Informationsbedürfnis im Westen, so daß die behandelten DDR-Themen allgemein abnahmen bzw. es schon ein großes Interesse voraussetzte, die entsprechenden Sendungen abzuhören. Die DDR-Opposition der siebziger und achtziger Jahre schaffte es zwar teilweise, Gehör im Westen zu finden, aber dafür im Osten selbst aus den beschriebenen Gründen rückwirkend immer weniger.

Insofern gehört auch die dokumentierte Pressekonferenz des MfS in die Tradition der fünfziger Jahre. Das war eine Reaktion auf die Vorgänge 1956/57, die im Land den meisten Menschen bekannt waren, weil sie massiv über westliche Medien verbreitet worden waren. Wenn man so will, stellte die Pressekonferenz auch den Versuch der SED und des MfS dar, eine *Gegenöffentlichkeit* herzustellen.

Schließlich sei zum Schluß darauf hingewiesen, daß sich aus heutiger Sicht oppositionelle Forderungen aus den fünfziger wie den achtziger Jahren oftmals harmlos anhören. Dieser Eindruck könnte sich auch im Fall der Tiermediziner einstellen. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß sowohl die Herrscher, aber auch die Beherrschten die Spielregeln der Diktatur

zumeist sehr gut kannten. Die Forderung etwa nach Abschaffung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums stellte nicht weniger als einen Frontalangriff auf die herrschende Ideologie dar. Eine solche Forderung implizierte den Wunsch nach Weltanschauungspluralismus, womit die Basis des Staates allgemein untergraben und angegriffen wurde. Insofern sei darauf hingewiesen, daß man gerade bei der Beschäftigung mit Opposition und Widerstand in der gesamten DDR-Geschichte stets auf den historischen Blick, auf die historischen Zusammenhänge zu achten hat. In einer totalitär verfaßten Gesellschaft stellte der Angriff auf eine scheinbare Marginalie nicht nur für die Herrscher ein Sakrileg dar. Das haben die Beherrschten zumeist auch so aufgefaßt, gerade weil der Mehrheit der Bevölkerung das Herrschaftsprinzip aus eigener Anschauung geläufig war. Deshalb haben beide handelnden Seiten auch gewußt, daß die oftmals begrenzten Forderungen zumeist die prinzipiellen nach grundlegenden Veränderungen des Systems einschlossen.

## Zur vorliegenden Edition

In die nachfolgende Dokumentation sind fünfzehn Dokumente aufgenommen worden, die bis auf das Dokument Nr. 4 alle aus der *“Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv”* stammen. Die Dokumente enthalten in aller Regel eine Fülle von orthographischen und grammatikalischen Fehlern. Diese wurden stillschweigend korrigiert, wobei dann auf eine Korrektur verzichtet wurde, wenn sich daraus sinnentstellende Veränderungen ergeben bzw. wenn sie die Aussage des Dokuments verzerrt hätten. Einfügungen des Herausgebers, etwa wenn ganze Wörter fehlten oder Abkürzungen aufgelöst wurden, sind in eckige Klammern gesetzt worden. Aufgrund der unterschiedlichen Schreibweise in den Dokumenten bei Wörtern mit “ss” bzw. “ß”, was an den verwendeten Schreibmaschinentypen liegt, ist durchgängig der Dudenvariante gefolgt worden. In den meisten Dokumenten sind Eigennamen oftmals falsch geschrieben worden (z.B. Scheeberclaus statt Schäperclaus; Teerfeier statt Thaerfeier). Soweit es möglich war, wurde auch hier die richtige Schreibweise angewandt. Es sei allerdings darauf hingewiesen, daß die fehlerhafte Schreibweise von Eigennamen aus quellenkritischer Sicht Interesse beansprucht. Denn erstens verweist sie auf die teilweise unzulängliche Information der Berichterstatter und zweitens zeigt allein sie schon, daß in einigen Dokumenten ganz allgemein viele Sachverhalte falsch bzw. verzerrt dargestellt worden sind. Es ist bei der Lektüre zu beachten, daß diese Dokumente die Sicht der Machthaber darstellen und demzufolge entsprechend der Strategie und Taktik Konstruktionen geradezu zum Wesen solcher Archivalien zählen. Deswegen hat sich der Herausgeber auch entschlossen, die stenographierte Pressekonferenz vom 16. Mai 1957 nicht allein abzudrucken, sondern um dieses Dokument andere zu gruppieren, die für das Verständnis der Pressekonferenz wichtig sind. Insgesamt ist stets beim Umgang mit Dokumenten quellenkritische Sorgfalt geboten.

Das stenographische Protokoll der Pressekonferenz (Dokument Nr. 10) enthält eine Fülle von in Klammern gesetzten Fragezeichen. Diese haben die damaligen Stenographen eingefügt, wenn sie Sachverhalte bzw. Eigennamen nicht hundertprozentig richtig verstanden haben. Außerdem enthält das Dokument eine Reihe von Auslassungspunkten, wenn bestimmte Sätze bzw. Satzteile überhaupt nicht verstanden worden sind. Diese Fragezeichen bzw. Auslassungspunkte sind vollständig mit in die Dokumentation übernommen worden, da dem Herausgeber bis zum Zeitpunkt der Drucklegung lediglich

die verschriftlichte Form der Pressekonferenz zur Verfügung stand. Es ist unklar, ob von der Pressekonferenz überhaupt ein Tonbandmitschnitt existierte und wenn ja, ob es ihn heute noch gibt. Nachfragen in den einschlägigen Archiven ergaben bislang nur negative Antworten.

In den Dokumenten werden eine Fülle von Personen namentlich benannt. Sie wurden dann anonymisiert, wenn es sich um Studenten und Studentinnen handelt, die nicht als Personen der Zeitgeschichte angesehen werden können. In ganz wenigen Fällen wurde die Anonymisierung bei Personen angewandt, zu denen trotz Nachforschungen bis zum Zeitpunkt der Drucklegung für den Herausgeber keine näheren Angaben zu ermitteln waren.

Um das Verständnis für die Dokumente zu erleichtern, bemühte sich der Herausgeber, die erwähnten Personen in Fußnoten biographisch kurz vorzustellen. Außerdem sind bestimmte historische Sachverhalte, soweit sie erklärungsbedürftig erschienen, knapp erläutert worden. Im Interesse der Lesbarkeit war es allerdings nicht das Ziel, eine lückenlose Vollständigkeit aller denkbaren Kommentare anzustreben. Die Fußnoten sollen lediglich das Verständnis erleichtern. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß nur bei der ersten Erwähnung in der gesamten Dokumentation der Sachverhalt knapp erläutert oder die Person kurz vorgestellt wird. Wer also nur einzelne Dokumente lesen will, aber dennoch nicht auf die kommentierenden Fußnoten verzichten möchte, muß innerhalb der Fußnoten nach dem entsprechenden Eintrag suchen. Dies dürfte aber deshalb unproblematisch sein, weil sich der Anmerkungsapparat in vergleichsweise engen Grenzen bewegt.

Der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und ihren Mitarbeitern sei für ihre hilfsbereite und freundliche Unterstützung und nicht zuletzt für die Genehmigung, die nachstehenden Dokumente abdrucken zu dürfen, herzlich gedankt.

## Verzeichnis der Dokumente

1. ZK der SED, Abt. Wissenschaft und Propaganda, 23. Oktober 1956
2. Bericht von Kampfgruppenmitgliedern des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 1. November 1956
3. Entschließung der Vollversammlung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 3. November 1956
4. MfS, Richtlinie Nr. 1/56 über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, 3. November 1956
5. Flugblätter aus der Humboldt-Universität im Oktober/November 1956
6. Auszug: Bericht über die Veterinärmedizinische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 10. Januar 1957
7. Auszug: Zur Lage an den Veterinärmedizinischen Fakultäten der DDR und Maßnahmen zur politisch-ideologischen Festigung der Fakultäten, Protokoll des Sekretariats des ZK vom 10. April 1957
8. Auszug: Protokoll Nr. 18/57 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 23. April 1957, Anlage Nr. 3
9. ZK-Abteilung Wissenschaften, Information über die Lage an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin und die nächsten Maßnahmen zur weiteren ideologischen Auseinandersetzung unter den Studenten und dem Lehrkörper, 11. Mai 1957
10. Protokoll der Pressekonferenz im Senatssaal der Humboldt-Universität am 16. Mai 1957, hier auch: Offener Brief (des Ministeriums für Staatssicherheit) an die Angehörigen und die Studentenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin



11. ZK-Abteilung Wissenschaften, Information über Diskussionen und Erklärungen nach der Pressekonferenz an der Humboldt-Universität Berlin, 17. Mai 1957
12. Anweisung des Staatssekretariats für Hochschulwesen über die Befürwortung von Reisen der Studierenden der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in Mitgliedstaaten der NATO vom 24. Mai 1957
13. Fernschreiben-Telegramm, Büro Hager an die 1. Sekretäre der Bezirksleitung der SED, 28. Mai 1957
14. Auszug: ZK-Abteilung Wissenschaften, Argumente, die unter der wissenschaftlichen Intelligenz zur Zeit stark diskutiert werden, 31. Mai 1957
15. Auszug: ZK-Abteilung Wissenschaften, Erste Zusammenfassung der Analyse der Berichte der Hochschulparteileitungen über die Arbeit im Frühjahrssemester 1956/57, 22. Juli 1957

**Dokument Nr. 1****ZK der SED, Abt. Wissenschaft und Propaganda, 23.10.56<sup>1</sup>**

1. Zu den Bezirksleitungen (Büros bzw. Propaganda/Agitation) besteht seit heute täglicher Kontakt.
2. Es erfolgt eine regelmäßige Information des Sekretariats über auftauchende Argumente, Stimmungen und besondere Vorkommnisse an den Universitäten, soweit sie uns bekannt werden.
3. Die Abteilung Leitende Organe (Information) veranlaßt, daß die Bezirksleitungen über auftretende Stimmungen, Unklarheiten und besondere Vorkommnisse [an den Universitäten] besonders sorgfältig und ausführlich berichten.
4. Die Parteileitungen der Universitäten wurden über die Bezirksleitungen oder direkt über uns angeleitet, die wichtigsten ideologischen Unklarheiten laufend in Abteilungssitzungen zu beraten und eine entsprechend offensive Argumentation in den Parteileitungen der Grundorganisationen bzw. der Mitgliedschaft zu geben.
5. Die Abteilung Wissenschaft und Propaganda führt eine Aussprache mit allen Fachabteilungen durch, in deren Bereich Hoch- und Fachschulen liegen. Dort werden entsprechend der Lage besondere Maßnahmen festgelegt.
6. Im Staatssekretariat für Hochschulwesen kleine Gruppen bilden.
7. "Forum" ab jetzt sofort unter Kontrolle.<sup>2</sup>
8. Operativstab bei der Abteilung gebildet ...
9. Die Schwerpunkte Berlin, Halle und Jena werden durch Genossen der Abteilung unterstützt ...
10. Es scheint zweckmäßig, ab sofort eine tägliche Verbindung mit den für unseren Bereich verantwortlichen Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit zu gewährleisten, um weitere Maßnahmen festzulegen.

<sup>1</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 433, Bl. 1-2. Dieses Dokument enthält eine Reihe von handschriftlichen Bemerkungen, Präzisierungen und Ergänzungen, die aber unberücksichtigt bleiben, weil sie von der Sache her nichts wesentlich Neues bieten.

<sup>2</sup> "Forum" war im Januar 1947 als "Zeitschrift für das geistige Leben an den Deutschen Hochschulen" in der SBZ gegründet worden. Seit 1950 erschien die Monatszeitung als "Organ des Zentralrats der FDJ" für die Studenten. Im Jahre 1983 mußten sie ihr Erscheinen einstellen.

## **Dokument Nr. 2**

### **Bericht von Kampfgruppenmitgliedern des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 1. November 1956<sup>3</sup>**

Am 31. Oktober war unsere und eine weitere Hundertschaft des Kreises Mitte im Kino-Saal des Ministeriums des Innern zusammengezogen (gegen 18.30 Uhr) und lag in Bereitschaft für einen evtl. notwendigen Einsatz an der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin:

Der Gen. Kommandeur - es handelt sich dabei um Oberkommandeur Vogel, Kommandeur des Stabes der Kampfgruppen des Kreises Mitte - und Leiter des Einsatzes, ein Kommissar der Volkspolizei, erläuterte die Einsatzaufgaben vor den etwa 200 Genossen beider Hundertschaften folgendermaßen:

Bei den Medizinstudenten in Berlin gibt es Unruhen. Zur Zeit haben die positiven Kräfte noch die Oberhand. Wir wollen hoffen, daß es noch gut abgeht, aber anderenfalls sind wir qualitativ und quantitativ gut vorbereitet. Wenn sie demonstrieren sollten, werden wir sie zusammenschlagen, dann können sie sich ihre Knochen in ihren Krankenhäusern selbst zusammenflicken. Auf die Frage einiger Genossen, an die keine Gummiknüppel verteilt worden waren (in der Mehrzahl waren wir mit Gummiknüppeln ausgerüstet worden), sie hätten doch keine Knüppel bekommen, erwiderte der Gen. Kommissar, wir brauchten auch einige, die die Verwundeten zusammenlesen.

<sup>3</sup> BArch DY 30, IV 2/904/432, Bl. 62. Zu diesem Zeitpunkt gab es an den Universitäten selbst noch keine Kampfgruppen, obwohl es sowohl 1953 als auch 1956/57 Diskussionen über die Bildung von Kampfgruppen an den Universitäten gab. Dort sind sie erst in den siebziger Jahren gebildet worden.

### **Dokument Nr. 3**

#### **Entschließung der Vollversammlung der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin<sup>4</sup>**

Am 3.11.56 fand im Hörsaal der Anatomie der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät eine Vollversammlung der Studentenschaft der Fakultät statt, auf der über Probleme des Studiums und des studentischen Lebens gesprochen werden sollte.

Es hat uns jedoch mit Befremden erfüllt, daß von seiten der Staatsorgane und von Vertretern der SED der Versuch unternommen wurde, die Versammlung zu verhindern und aufzulösen.

Gleichzeitig protestieren wir gegen die Anwesenheit fakultätsfremder Personen, die offensichtlich mit dem Zweck erschienen waren, den ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung in Frage zu stellen.

Der Ablauf der Versammlung hat bewiesen, daß die Studentenschaft der Fakultät durchaus in der Lage ist, diszipliniert und sachlich zu Problemen der Studentenschaft zu sprechen, so daß wir für die Zukunft ausdrücklich fordern, von derartigen Maßnahmen abzusehen.

Ausgehend von dem Wunsche der Studentenschaft, deren Ausbildung in allgemeinbildenden Fächern ihrer persönlichen Entscheidung zu übertragen und das ganze Studium zu einer Sache der individuellen Initiative, Verantwortung und nicht durch ... Anordnung zu machen, übermitteln wir folgende Forderungen:

1. Einführung eines fakultativen Russisch-Unterrichtes mit fakultativer Prüfung.
2. Abschaffung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts und Einführung einer fakultativen Vorlesung über Philosophie und alle humanistischen Weltanschauungen.
3. Ermöglichung eines erweiterten Studentenaustausches innerhalb Gesamtdeutschlands und des gesamten Auslandes sowie eines ungehinderten Reiseverkehrs jedes einzelnen Studenten in die Länder der Volkdemokratien, der SU und nicht zuletzt in das westliche Ausland.
4. Rückgabe des Hauptgebäudes der Vet[erinär]med[izin] (jetziges Außenministerium) im Interesse der Beseitigung der unhaltbaren räumlichen Zustände, die durch die Immatrikulation einer die Kapazität übersteigenden Studentenzahl hervorgerufen wurde, eine Forderung, die seit

<sup>4</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 432, Bl. 32.

Jahren Professoren und Studenten stellten. Damit würde die Frage des Mensaproblems sowie die eines ausreichenden Leseraumes gelöst.

5. Verbesserung der Beschaffung von Fachliteratur westlicher Verlage. Die Versammlung erklärte eindeutig, daß die obengenannten Forderungen bereits seit langer Zeit diskutiert werden und in keiner Weise auf etwaige politische Machenschaften zurückzuführen sind. Es wird nochmals betont, daß diese Punkte mit dem Ziel gestellt wurden, die Studentenschaft auf ein höheres Niveau zu bringen.

Wir erwarten, daß bis zum 10. November positive Beschlüsse zu den angeführten 5 Punkten mitgeteilt werden.

Am 14.11.56 wird eine Vollversammlung der Fakultät stattfinden, auf der die Studentenschaft über die Beschlüsse orientiert wird.

## **Dokument Nr. 4**

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit  
- Stellvertreter des Ministers -

Berlin, den 3.11.1956  
Tagb.-Nr.: HA V/ 459/ 56

### **Richtlinie Nr. 1/ 56** **über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik**

Die Ereignisse in Ungarn, die neuerdings in eine gefährliche Phase getreten sind und Chaos und Anarchie ausbreiten, beweisen, wie die konterrevolutionären Elemente von der Durchführung der Agententätigkeit über einzelne Feindhandlungen zu blutigen Provokationen übergehen, um die alten kapitalistischen Verhältnisse wieder herzustellen.

Die

Mitarbeiter der Hauptabteilung V/8/II<sup>5</sup> sowie die zuständigen Mitarbeiter in den Bezirken und die Angehörigen der Arbeitsgruppen Universitäten in den Kreisdienststellen

müssen in der Auswertung der Vorkommnisse in Ungarn, wo die konterrevolutionären Aktionen von feindlichen Studentengruppen eröffnet worden sind, besonders die

Wachsamkeit erhöhen und die Ergebnisse der bisherigen operativen Arbeit überprüfen, des weiteren den jetzigen Arbeitsstil um ein Höchstmaß verbessern, so daß in der nächsten Zeit die Arbeitsintensität verdoppelt wird.

Es gibt an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik seit geraumer Zeit ebenfalls republikfeindliche Umtriebe.

Es werden von einzelnen Studentengruppen, denen auch Angehörige des

<sup>5</sup> Die Hauptabteilung V des MfS war für die Überwachung des Staatsapparates und die Bekämpfung der "Untergrundtätigkeit" zuständig. Die genannte Abteilung V/8/II beschäftigte sich innerhalb der Hauptabteilung V mit der Überwachung der Universitäten und Hochschulen sowie der Bekämpfung und Abwehr des "politischen Untergrundes" an den Universitäten und Hochschulen.

Lehrkörpers angehören, Versuche unternommen, die Vorkommnisse in Ungarn im feindlichen Sinne auszunutzen und an die Regierung ungerechte Forderungen zu stellen.

In Diskussionen und Versammlungen sowie in Resolutionen und Wandzeitungsartikeln und in einzelnen Fällen auch durch selbst angefertigte Flugblätter wird u.a. verlangt:

Die Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen

Gründung einer "unabhängigen" Studentenorganisation

Änderung im Hochschulbetrieb

Abschaffung des obligatorischen gesellschaftlichen Grundstudiums und des Unterrichts in der russischen Sprache usw.

Heftige Angriffe richten sich besonders gegen die demokratische Presse, wobei für die operative Arbeit beachtet werden soll, daß auch in der Volksdemokratie Ungarn gegnerische Elemente schon seit längerer Zeit vor Ausbruch der Provokation mehr Pressefreiheit gefordert haben und, nachdem solche Zugeständnisse gemacht worden sind, diese "Freiheit" ausgenutzt wurde, in massierter Form schädliche Ideologien zu verbreiten, wodurch die konterrevolutionären Kräfte nicht unwesentlich gestärkt worden sind.

Daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik zur Zeit ein großer Teil der Studenten aus der Westpresse und Meldungen des RIAS informiert, zeigen die feindlichen Argumente, die sie bei den Diskussionen verwenden. Dabei spielen auch eine gefährliche Rolle die "Kontakte", die viele Studenten mit Westberliner und westdeutschen Studenten unterhalten und so die Ideologien, wie sie in den westlichen Universitäten vertreten werden, über die "Kontakte" in die Deutsche Demokratische Republik hineingetragen werden.

Die bisherigen Ergebnisse der operativen Arbeit zur Aufspürung von Untergrundgruppen und Aufdeckung feindlicher Umtriebe zeigen, daß die Arbeit des Ministeriums, der Bezirke sowie Kreisdienststellen auf der Linie V/8/II<sup>6</sup> noch ungenügend ist und wesentliche Mängel und Schwächen bestehen.

Um aber den von der Partei und Regierung gestellten Aufgaben gerecht zu werden, müssen die bisher verwandten operativen Maßnahmen innerhalb des gesamten Systems der Abwehr gründlich überprüft werden, um zu er-

<sup>6</sup> Die Linie V/8/II betraf die Abwehr und Bekämpfung "*politischer Untergrundtätigkeit*" an den Universitäten und Hochschulen. Zum Linienprinzip vgl. den Artikel in: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur "*politisch-operativen Arbeit*". Hrsg. von Siegfried Suckut (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten; 5) 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1996, S. 234.

kennen, inwieweit die eigenen Maßnahmen den vom Gegner angewandten neuesten Methoden überlegen sind oder aber nicht mehr dem derzeitigen Stand des Kampfes entsprechen und deshalb verändert werden müssen. Aufgrund der Besonderheiten der Situation und Lage werden in dieser Richtlinie wichtige Prinzipien für die operative Arbeit gegeben, um zu helfen, daß alle Mitarbeiter auf dieser Linie die ihnen gestellten Aufgaben erfolgreich meistern.

- I. a) Die Planung und Durchführung der operativen Maßnahmen ist streng vom Standpunkt der Abwehr aller feindlichen Handlungen durchzuführen, dabei ist der Schwerpunkt auf die Sicherung der Objekte zu legen.
- b) Da aber die Verhinderung der feindlichen Tätigkeit nur durch das frühzeitige Erkennen aller gefährlichen Pläne des Gegners erfolgen kann, hat die Arbeit mit den GI/GM<sup>7</sup> in der heutigen Situation weit größere Bedeutung als es bisher der Fall war.
- c) Dazu gehört auch das Ausnutzen der Arbeit mit Kontaktpersonen, da sie, wie es die Erfahrung zeigt, in der Lage sind, brauchbare Informationen zu geben.
- d) Jeder Mitarbeiter auf der Linie V/8/II muß, wenn er die Lage auf seinem Verantwortungsgebiet beherrschen will, mit einer großen Anzahl qualifizierter GI arbeiten.

Um die Verbindung mit dem Netz der geeigneten Informatoren zu erhalten, ist es erforderlich, mit GHI<sup>8</sup> zu arbeiten.

Man kann allerdings nicht in jedem Fall mit dem GHI genauso arbeiten, wie das bei GHI in Betrieben und der Landwirtschaft usw. geschieht, da hier Besonderheiten zu berücksichtigen sind, die auf die Mentalität und den Charakter sowie verschiedene Eigenschaften der Studenten und der Angehörigen des Lehrkörpers zurückzuführen sind.

Die wichtigste Tätigkeit der Mitarbeiter der Staatssicherheit auf diesem Gebiet ist nicht einfach. Aber gerade deshalb interessant und für Regierung und Staat sehr wertvoll.

<sup>7</sup> GI = Geheimer Informator; GM = Geheimer Mitarbeiter.

<sup>8</sup> GHI = Geheimer Hauptinformator; dessen Aufgabe bestand u.a. darin, andere GI konspirativ anzuleiten und zu führen. Zur Problematik der GI/GM/GHI und den wichtigsten Dokumenten vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten; 3) 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1996.



Bei der Arbeit mit dem GI-Netz müssen die Aufgaben, die mit der GI-Arbeit zu erfüllen sind, in zwei Richtungen konzentriert werden.

1. Wertvolle Informationen zu erhalten über:

- Ausbreitung von feindlichen Stimmungen
- Konzentrationen feindlicher Elemente
- Vorhandensein von Agenten und Untergrundgruppen
- Schädliche Handlungen und feindliche Umtriebe usw.

2. Maßnahmen durchzuführen:

- um der Ausbreitung feindlicher Stimmungen zu begegnen
- Konzentrationen feindlicher Elemente zu zerschlagen
- um an Agenten anzusetzen und in Untergrundgruppen einzudringen
- und die feindliche Tätigkeit durch Festnahmen zu beenden, wobei die hierfür verwandten GI und GM eine Reihe in der operativen Arbeit besondere Maßnahmen zu erfüllen haben.

Während zu 1. die GI zum größten Teil sich so verhalten müssen, daß sie das Vertrauen dieser Kreise erringen, um die für Partei und Regierung sowie der operativen Arbeit wertvollen Informationen geben zu können. Wobei die Ausnutzung von Kontaktpersonen vor allem schon bei in Erscheinung tretenden feindlichen Umtrieben und Feindhandlungen Hilfe leisten kann, werden die zu 2. genannten Maßnahmen in der Mehrzahl von solchen GI und GM zu erfüllen sein, die sich durch Mut und Patriotismus auszeichnen, denn bei den Maßnahmen zur Vorbeugung werden diese Personen meist so offen auftreten müssen, indem sie sich inmitten feindlicher Stimmungen und Konzentrationen positiv zeigen und damit die schwankenden und weniger verhetzten Elemente auf unsere Seite ziehen und die Feinde von gefährlichen Handlungen abschrecken.

Im gesamten GI-Netz muß ein großer Teil solcher GI vorhanden sein, die in unserem Auftrag positiv auftreten, die Stärke der DDR und das Fortschrittliche unserer Entwicklung aufzeigen und dabei auch weitere zu uns stehende Angehörige des Lehrkörpers und [der] Studenten entdecken und um sich scharen.

Der Mitarbeiter für Staatssicherheit muß so mit dieser Methode solche kampfkraftigen Gruppen in allen Universitäten zusammenfassen, die dann mit besonderen Kampfaufgaben betraut werden können. Dabei ist so zu verfahren, daß immer nur ein Mann der Gruppe Verbindung mit der Staatssicherheit hat.

II. Um die Zusammenhänge der einzelnen feindlichen Handlungen und die Pläne und Absichten des Gegners insgesamt zu erkennen, ist es für die Leitung der Bezirksverwaltung dringend erforderlich:

- a) ständig über den jeweiligen Stand der operativen Arbeit sowie über die Lage an den Universitäten informiert zu sein. (...);
- b) muß die Leitung immer wissen, wo und worin die Schwerpunkte der feindlichen Tätigkeit bestehen, um rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen - falls sie größere Bedeutung haben, in Absprache mit der Leitung des Ministeriums - zu treffen;
- c) muß auf die Sachbearbeiter dieses Arbeitsgebietes so eingewirkt werden, daß wirklich zielstrebig nach der gegebenen Richtlinie gearbeitet wird.

III. a) Dem Leiter der Abteilung V obliegt es, zur Verbesserung der operativen Arbeit, sein Augenmerk auf die ständige Vervollständigung der Objektvorgänge zu richten und die Übersicht der zur Universität gehörenden Objekte (...) zu schaffen.

Die operative Arbeit ist zu konzentrieren auf die Sicherung der Institute, Wohnheime, Klubhäuser, Gaststätten und Vergnügungsorte, wo Konzentrationen von Studenten bestehen, wobei auch die Ausnutzung aller Möglichkeiten der operativen Technik als wichtiges Hilfsmittel verwendet werden kann.

b) Bei den vorhandenen GI ist zu überprüfen, inwieweit sie in der Lage sind, den Erfordernissen entsprechend zu arbeiten. Hierbei ist zu beachten, daß der Einsatz oft auf Stellung und Person gebunden ist und daß deshalb nicht Aufträge erteilt werden können, die aus diesen Gründen auch bei bestem Willen des GI nicht erfüllt werden können. Die zur Zeit wichtigste Forderung ist die politisch-moralische Erziehung der GI und besonders der GHI.

c) Für die Suche, Auswahl und Werbung von neuen GI und GHI sowie für den Einsatz der GHI ist der größte Teil der Arbeitszeit zu verwenden.

Für Neuwerbungen dürfen nur solche Personen vorgesehen werden, die aufgrund ihrer Stellungen und Verbindungen und vor allem aufgrund des eigenen Willens in der Lage sind, wertvolle Informationen zu geben.

Den neuangeworbenen GI und auch solchen, die wir noch nicht völlig überprüft haben, dürfen auf keinen Fall Aufträge erteilt werden, andere Personen zu charakterisieren, sondern ihre Aufgaben beschränken sich in der ersten Zeit nur auf Informationen, welche sie hören und was sie sehen sowie selbst feststellen.

d) Jeder Werbung ist erst immer eine Kontaktaufnahme voranzugehen. Durch das Kontakthalten mit dem Kandidat ist eine Vertrauensba-

sis herzustellen, aus der heraus dann alle weiteren Maßnahmen der Gewinnung und späteren Werbung zu erfolgen hat.

Bei Professoren ist von einer schriftlichen Verpflichtung Abstand zu nehmen. Hierzu müssen die nötigen Faustpfänder erarbeitet werden. Die Werbung von Dozenten darf nur mit Genehmigung des Leiters der Bezirksverwaltung erfolgen.

Durch den Leiter der Bezirksverwaltung ist festzulegen, welche befähigten Mitarbeiter zu welchen einflußreichen Professoren, Rektoren, Prorektoren, Dekanen usw. offizielle Kontakte herstellen können, um zu erreichen, daß eine Vertrauensbasis zu dem Lehrkörper der Universitäten und Hochschulen hergestellt wird und damit diese unsere Politik an den Universitäten und Hochschulen vertreten.

e) Da bis jetzt an den Universitäten keine GHI-Gruppen vorhanden sind, sind die inoffiziellen Mitarbeiter zu schulen, um sie für die Tätigkeit als GHI vorzubereiten.

Die Suche nach GHI ist unter den Angestellten des Prorektorats für Studentenangelegenheiten, Mitarbeitern des Prorektorats für das Grundstudium, sowie Personen aus dem mittleren Lehrpersonal aller Fachrichtungen durchzuführen. Die Auswahl der GI, die durch einen bestimmten GHI angeleitet und kontrolliert werden, ist in jedem Fall so zu treffen, daß es sich um gute bewährte GI handelt, die den GHI nicht dekonspirieren.

Es darf nicht vorkommen, daß GI an den GHI übergeben werden, die in der bisherigen Zusammenarbeit mit dem operativen Mitarbeiter versagt haben.

Durch die Schaffung von GHI-Gruppen muß erreicht werden, daß der operative Mitarbeiter entlastet wird, um die Durchführung größerer Aufgaben, wie die Suche nach neuen GI und die Arbeit an Vorgängen, zu gewährleisten.

f) Die Treffdurchführung zeigte in der Vergangenheit besondere Mängel auf und es wurde festgestellt, daß einige operative Mitarbeiter in den Objekten der Universität Zusammenkünfte mit GI organisieren. Das führte so weit, daß durch diese unqualifizierten Maßnahmen GI dekonspiriert wurden und dadurch das Vertrauen zu den Organen der Staatssicherheit wesentlich geschwächt wurde.

Grundsätzlich muß darauf geachtet werden, daß für die Durchführung eines Treffens ein Plan vorliegt über die Fragen, die beim Treff behan-

delt werden sollen. Es ist unbedingt erforderlich, daß jeder operative Mitarbeiter eine Anzahl KW<sup>9</sup> besitzt.

g) Die Suche nach GI an den Theologischen Fakultäten wurde in der Vergangenheit vernachlässigt. Dabei ist die Arbeit hier besonders wichtig. Bei den Werbungen von GI ist darauf zu achten, daß diese nach Abschluß des Studiums von größerem Wert sind.

IV. a) Die operativen Vorgänge, Überprüfungsvorgänge und anderes operatives Material müssen ständig kontrolliert und weiter entwickelt werden. Ein höheres Maß an Verantwortung muß bei der Bearbeitung dieser Vorgänge und Materialien gefordert werden, um zu verhindern, daß negative Personen ihre feindlichen Einflüsse auf längere Zeit ausüben können, daß es zur Zersetzung unter den Studenten und des Lehrkörpers führen kann.

b) Mit allen operativen Mitarbeitern sind in gewissen Abständen Arbeitsbesprechungen durchzuführen, damit die so gesammelten Erfahrungswerte auf alle Mitarbeiter übertragen werden, um neue Wege zu finden, schnellstens die operative Arbeit zu verändern.

c) Die operativen Mitarbeiter sind ständig anzuhalten, sich besonders mit den Verhältnissen der Universität vertraut zu machen, um auch bei Aussprachen mit Angehörigen des Lehrkörpers einen Kontakt zu finden, der mit dazu beitragen muß, das Ansehen des Ministeriums für Staatssicherheit zu heben.

Dazu ist [es] notwendig, daß jeder Mitarbeiter äußerst sauber und korrekt in seinem Arbeitsgebiet in Erscheinung tritt.

d) Die Berichterstattung ist ein wesentlicher Teil der operativen Arbeit. Sie dient zur Koordinierung der Arbeiten und der Anleitung von bestimmten Maßnahmen.

Des weiteren dient sie der Feststellung des jeweiligen Standes der operativen Arbeit im Bezirk.

Sie hat entsprechend der Dienstanweisung vom 15.10.1956 über die Berichterstattung der Bezirksverwaltungen an das Ministerium für Staatssicherheit - Hauptabteilung V - zu erfolgen.

Beater<sup>10</sup>

- Oberst -

<sup>9</sup> KW = konspirative Wohnung.

<sup>10</sup> Bruno Beater (1914-1982), im Juli 1944 zur Roten Armee übergelaufen, 1945 KPD, seit 1945 VP, ab 1950 MfS, 1955 Stellvertreter des Ministers, 1964 1. Stellvertreter des Ministers, Mitglied des ZK der SED, 1980 Generaloberst.

**Dokument Nr. 5**  
**Flugblätter aus der Humboldt-Universität zu Berlin im Oktober/November 1956**

**I.**

“Studenten! Ungarn ruft SOS. Unterstützt nicht die Passivität, den Terror der Sowjets. Ruft auf zum europäischen Freiheitskampf!”

**II.**

“Ulbricht muß weg!”

**III.**

**KOMMILITONEN**

geben uns die Ereignisse in Ungarn nichts zu denken?

Dieser selbstlose, opferbereite patriotische Kampf der ungarischen Studenten, Arbeiter, Bauern und Soldaten

für nationale Souveränität,  
 für Recht und Freiheit,  
 gegen Willkür, Bevormundung und  
 Rechtlosigkeit,  
 gegen die Unhaltbarkeit der Zustände  
 sowie  
 gegen die fremdländische Einmischung

muß unsere tiefste Hochachtung finden!

Wir Studenten der Humboldt-Universität wollen diesen umwälzenden Ereignissen nicht blind und abseits gegenüberstehen!

Wir fordern daher:

1. Schluß mit allen Vorbehalten, Verschleierungen und Lügen in Presse und Rundfunk unserer DDR!
2. Einberufung einer Großkundgebung aller Studenten unserer Universität, auf der durch frei zu bestimmende Redner zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung genommen wird!
3. Offene Aussprachen sowohl mit allen Kommilitonen als auch mit jedem einzelnen, der sich um eine klare Einschätzung der eingetretenen Situation bemüht!

Scheuen wir die Wahrheit nicht! Ergreifen wir Partei - denn wer sollte nicht angesichts des ungarischen Freiheitskampfes seine Solidarität bekunden?

Studenten der Humboldt-Universität zu Berlin

#### IV.

##### Aufruf an alle Studenten!

Der Ernst der Lage macht es erforderlich, an das politische Verantwortungsgefühl aller Studenten zu appellieren.

Die Entwicklung ist so weit vorangeschritten, daß wir den Bestrebungen der Großmächte, das deutsche Volk für immer am Boden zu halten, nicht mehr ohne unsere Antwort zusehen dürfen. Das bewußte Scheitern der beiden Genfer Konferenzen dürfte wohl jedem Deutschen die letzten Zweifel an diesen Bestrebungen genommen haben. Es gibt keine Macht der Welt, die daran interessiert ist, dem deutschen Volk seine Freiheit, Unabhängigkeit und sein geeintes Vaterland zurückzugeben. Allein wir Deutschen selbst können und müssen dieses große Ziel erzwingen. Eine politische Passivität kann keiner unter diesen Umständen gegenüber seinen Mitmenschen und Nachkommen verantworten. Wir rufen daher jeden Studenten auf, gegen das ausländische Joch sowohl im Westen als auch im Osten zu kämpfen. Die letzten Ereignisse aus Polen und Ungarn zeigen mit aller Deutlichkeit, daß dieser Kampf nicht aussichtslos sein wird.

Der Bestand der deutschen Nation ist sehr gefährdet. Studenten! Verweigert die Tätigkeit in der kommunistischen Zwangsorganisation FDJ. Nutzt die Gelegenheit der Ausbildung an Waffen der GST<sup>11</sup>, aber denkt an eure Sicherheit. Zieht die Lehren aus dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953! Die Masse der Bevölkerung wartet nur auf eine Initiative von oben. Studenten! Gebt den Anstoß zum deutschen Freiheitskampf!

<sup>11</sup> GST = Gesellschaft für Sport und Technik. Die GST, eine paramilitärische Massenorganisation zur vormilitärischen Ausbildung und wehrsportlichen Erziehung, ist 1952 gegründet und 1990 aufgelöst worden.

## **Dokument Nr. 6**

### **Auszug: Bericht Vet[erinär]med[izinische] Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, 10. Januar 1957<sup>12</sup>**

#### I. Bedeutung der Fakultät

Die Humboldt-Universität hat als eine der größten Universitäten Deutschlands stets eine führende Rolle innegehabt. Durch die Gründung der "Freien Universität" 1949 in Westberlin, die vorwiegend aus amerikanischen Mitteln finanziert wurde, sollte die Bedeutung der Humboldt-Universität vernichtet werden. 1951 verließen auch sechs Professoren die Vet[erinär]med[izinische] Fak[ultät] der Humboldt-Universität und gingen geschlossen zur "Freien Universität" über. (...)

#### II. Struktur und zahlenmäßiger Überblick

Die Vet[erinär]med[izinische] Fak[ultät] der H[umboldt]-U[niversität] besteht aus einer Fachrichtung. Die Zeit des Studiums erstreckt sich auf 5 Studienjahre (10 Semester). (...) Die Vet[erinär]med[izinische] Fak[ultät] umfaßt insgesamt 1087 Personen. (...) Davon sind: 64 Wissenschaftler,<sup>13</sup> 208 Angestellte und Arbeiter, 815 Studenten. (...)

#### V. Situation unter den Studenten, Reaktion auf die Ereignisse in Ungarn und Polen

Die konservative Haltung des Lehrkörpers in seiner großen Mehrheit wirkte sich in der Vergangenheit auch auf einen großen Teil der Studenten aus. Vor etwa einem Jahr war an der Fakultät noch der Zustand, daß sich viele Genossen scheuten, das Parteiabzeichen zu tragen, da sie Nachteile fachlicher Art befürchteten. Die Genossen hatten eigene Vorbereitungsgruppen gebildet, die gemeinsam in die Prüfungen gingen und regelmäßig schlechtere Ergebnisse erzielten als die bürgerlichen Studenten. Zur Zeit hat sich das insoweit geändert, daß sich die Genossen gemeinsam mit bürgerlichen Studenten vorbereiten und in die Prüfung gehen. Da unsere Genossen hier meist ein besseres Wissen zeigen als die bürgerlichen Studenten, sind die Prüfer gezwungen, diese Leistungen auch anzuerkennen.

Die Arbeit der Parteiorganisation ist schwach. Auch die FDJ hatte bis zu

<sup>12</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 338, Bl. 104-122.

<sup>13</sup> Davon waren gerade vier in der SED.

den ersten Novemberwochen wenig Autorität, so daß es zu den nachstehend geschilderten Ereignissen kommen konnte. (...)

Zu Beginn der Ereignisse in Ungarn wurden auch die Forderungen an der Vet[erinär]med[izinischen] Fak[ultät] stärker. Ausgehend von den tatsächlich bestehenden Überbelastungen in Gesellschaftswissenschaft und Russisch wurden Forderungen aufgestellt, die Unterrichtsstunden in diesen Fächern einzuschränken. Ende Oktober 1956 brachte eine Delegation des II. Studienjahres, die aus insgesamt 14 Studenten bestand, die Forderung nach Abschaffung oder zumindest Einschränkung des Russisch-Unterrichtes beim Prorektor für Studentenangelegenheiten vor. Ebenfalls wurde die Durchführung einer Versammlung gefordert. Diese Versammlung wurde dem 2. Studienjahr für den 2.11.1956 genehmigt. An der Fakultät wurde das Gerücht verbreitet, es handle sich um eine Vollversammlung der Fakultät und man würde Studienprobleme (Russisch, Gewi<sup>14</sup>) und die aktuelle Lage behandeln. Eine halbe Stunde vor Beginn wurde die Versammlung durch den Rektor verboten. Der Saal war zu diesem Zeitraum bereits überfüllt. Die eingesetzte Volkspolizei wollte zunächst die Versammlung auflösen, genehmigte sie aber dann. Der Leiter des Einsatzes verbat sich lediglich von den Studenten eine Demonstration vor der Volkskammer. Im Gelände der Fakultät war eine große Anzahl von Studenten und Dozenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zur Sicherung eingesetzt worden. Verschiedentlich gab es Reibereien zwischen den Studenten beider Fakultäten. Durch die einander widersprechenden Maßnahmen in Bezug auf die Versammlungsdurchführung wurde den Vet[erinär]med[izin-]Studenten ein wesentlicher Rückhalt geschaffen. Auf dieser Versammlung erschien der herbeigerufene Dekan Prof. Schützler<sup>15</sup>, um die Studenten zu beruhigen. Es wurde unter der Versammlungsleitung des Studenten C. eine Delegation von Studenten aller Studienjahre gewählt, der C. selbst angehörte. Diese gewählten Studenten wurden von den übrigen im Verlauf der nächsten Tage als "Zehnerrat" bezeichnet. (...)

<sup>14</sup> Gewi = gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium.

<sup>15</sup> Günther Schützler (1909-1977), Dr. phil. Dr. med. vet. Dr. med., seit 1938 tätig an der Berliner Universität, von 1951-57 Professor an der Humboldt-Universität, zuletzt auch Dekan, flüchtete 1957 nach Westberlin, wo er an der Freien Universität eine Professur für Experimentelle Therapie und Funktionelle Pathologie an der Veterinärmedizinischen Fakultät erhielt.



Der Zehnerrat hatte die Aufgabe, die Forderungen der Studenten auszuarbeiten. Diese waren in ultimativer Form gestellt und waren bis zum 10.11. befristet. Nachstehend die Forderungen des Zehnerrates:

Einführung eines fakultativen Russisch-Unterrichtes mit fakultativer Prüfung;

Abschaffung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtes und Einführung einer fakultativen Vorlesung über Philosophie in allen humanistischen Weltanschauungen;

Ermöglichung eines erweiterten Studentenaustausches innerhalb Gesamtdeutschlands und des gesamten Auslands sowie eines ungehinderten Reiseverkehrs jedes einzelnen Studenten in die Länder der Volksdemokratien, der SU und nicht zuletzt in das westliche Ausland;

Rückgabe des Hauptgebäudes der Veterinäranatomie, in dem sich das Außenministerium der DDR befindet, um eine größere Räumlichkeit für Mensa, Leseraum und Unterricht zu erhalten;

Verbesserung der Beschaffung von Fachliteratur der westlichen Verlage.

Im Anschluß an die Ereignisse an der Vet[erinär]med[izinischen] Fak[ultät] und an der gesamten Universität wurde die Ausweiskontrolle wieder eingeführt, um universitätsfremden Elementen den Zutritt zur Universität zu wehren. Daraufhin wurde von den Vet[erinär]med[izin-]Studenten für den 6.11.1956 organisiert, daß kein Student seinen Ausweis zeigen solle. Es sammelten sich auch eine Reihe von Studenten an, die sich weigerten, ihre Ausweise zu zeigen. Sie brachen hinter einem einfahrenden Fahrzeug durch die Absperrung. Wortführer bei der Ansammlung waren die Studenten L. und K.

Daraufhin wurden im Gelände der Vet[erinär]med[izinischen] Fak[ultät] Studenten und Dozenten der Wi[rtschafts]wi[ssenschaftlichen] Fak[ultät] eingesetzt und die Eingänge mit Posten aus den eingesetzten Studenten verstärkt; der Einsatz geschah auf Anregung der Partei ohne Wissen des Dekans oder des Rektors. Es kam zu Reibereien zwischen den Studenten beider Fakultäten, ein Fall führte sogar zu Tätlichkeiten. Der Dekan setzte von sich aus eine Wache aus Vet[erinär]med[izin-]Studenten ein, die mit den Wi[rtschafts]wi[ssenschafts]-Fak[ultäts]-Studenten zusammengerieten. Durch Eingreifen des Verwaltungsdirektors wurden beide eingesetzten Studentenwachen abgelöst. Die Einlaßkontrolle durch die Pfortner verlief seitdem wieder normal. (...)

Am 8.11.1956 wurden an der Fakultät maschinengeschriebene Flugblätter verbreitet, die zu einem "Schweigeprotest" am 9.11.56 vor der Apotheke der Fakultät aufriefen. Mit Prof. Schützler wurden von seiten der Partei

Aussprachen geführt und ein Flugblatt vorgelegt. Die Flugblätter forderten weiterhin: "Weg mit Partei und FDJ."

Prof. Schützler flocht daraufhin in seine Vorlesung am gleichen Tag die bereits erwähnte Bemerkung über das Außenministerium ein ...<sup>16</sup> (...)

Zu Ansammlungen kam es am 9.11.56 vor der Apotheke nicht, da ein Volkspolizist vor die Apotheke gestellt worden war. Bemerkenswert ist hier wieder eine Ratlosigkeit beim Vorgehen unserer Genossen der Parteileitung: einerseits wollte man die Wi[rtschafts]wi[ssenschaftliche] Fak[ultät] alarmieren, das MfS sollte Studenten festnehmen, Kampfgruppen sollten eingesetzt werden - alle diese Vorschläge wurden gemacht, verworfen, wieder gefordert. Die Gefahr lag nicht darin, daß die Studenten zur Demonstration aufgefordert worden waren, sondern darin, daß zu viele Stellen bei der Aktion mitreden wollten: Kriminalpolizei, Universitätsparteileitung, MfS, Bezirksparteileitung, Gen. Förster von der Abt[eilung] Wissenschaft des ZK u.a., erst in den letzten Minuten vor dem angekündigten Termin konnte eine einheitliche Linie hergestellt werden.

Der Zehnerrat trat als geschlossenes Ganzes seit der Ausarbeitung der Forderungen nicht wieder in Erscheinung. Die Studenten, die die Hauptsprecher darstellten und als "Kopf" bezeichnet wurden, traten sehr stark mit negativen Diskussionen auf.

In der Zeit vom 7.11.56 bis 10.11.56 war der Hauptsprecher, der Student C., nicht an der Universität anwesend. An der Fakultät wurden zwei Gerüchte verbreitet

1. C. habe sich nach Westberlin abgesetzt
2. C. sei durch die Staatssicherheit festgenommen worden.

Mit dem zweiten Gerücht war beabsichtigt, die Studenten weiter in Unruhe zu halten. Unsere Überprüfungen ergaben, daß C. in diesem Zeitraum in Apolda und Potsdam bei seinen Eltern weilte.

<sup>16</sup> An einer anderen Stelle in diesem Dokument heißt es: Schützler "*ließ ... bei den Studenten durchblicken, daß in Zukunft nur noch ein Außenministerium in Deutschland notwendig werden würde, und damit dann auch das Gebäude der Vet.-Anatomie, in dem sich das DDR-Außenministerium befindet, frei werden würde. Diese Äußerung war in einem Ton gehalten, der deutlich besagte, daß Sch[ützler] mit einem Deutschland ein westliches meinte. Von der Studentenschaft wurde die Äußerung auch so aufgefaßt und durch Trampeln Beifall gegeben, während unsere Genossen, die bei der Vorlesung anwesend waren, noch mehr von ihren Mitstudenten isoliert wurden.*"

In der Zwischenzeit gingen die Genossen und aktiven FDJ-Mitglieder an der Fakultät zum Gegenangriff über. Die reaktionären Studenten sahen mit der Niederlage der Konterrevolution in Ungarn ihre Chancen schwinden und wurden in ihren Äußerungen weit gemäßigter.

So fanden am 4.12.1956, am 11.12.1956 und am 14.12.1956 FDJ-Aktivtagungen statt. An der am 4.12. und 11.12. stattgefundenen FDJ-Aktivtagung nahm auch der Gen. Franz Dahlem<sup>17</sup> teil.

Die 1. Aktivtagung am 4.12.1956 wurde einberufen, um die vor der FDJ stehenden Aufgaben durchzusprechen und endgültige Klarheit über alle Fragen aus der Vergangenheit zu erzielen. Auf dieser Tagung trat der stud. vet.-med. P. als Wortführer in negativer Hinsicht in Erscheinung. P. ist Mitglied des ehem[aligen] Zehner-Rates. (...) Während dieser Diskussion verließen etwa 10 Studenten den Hörsaal. (...)

Von den Versammlungsteilnehmern wird R. als Organisator der Unruhen im Saal sowie des Saalverlassens angesehen. Auch R. war in dem Zehner-Rat. Er bleibt bei negativen Diskussionen geschickt im Hintergrund. Nach dem Befragen, warum die Studenten den Saal verließen, hatten alle eine Ausrede. (...)

Die 2. Aktivtagung am 11.12.1956 wurde durch das Referat eines FDJlers eingeleitet. Danach sprach der Gen[osse] Dahlem zu einigen Problemen. Zu dieser Versammlung waren auch die Mitglieder des Zehner-Rates eingeladen worden. Im Verlaufe der Diskussion brachte C. zum Ausdruck, daß er für die Arbeiter und Bauernregierung sei, daß er kein Sozialist ist, auch kein Marxist ist und nie einer werden wird. Er sagte ferner, daß der sogen[annte] Zehner-Rat gar nicht mehr existiere. Im Verlauf der Versammlung am 2.11.1956 seien sie von den Studenten gewählt worden, um ihre Meinung beim Dekan vorzutragen. Nachdem sie das getan hatten, sei ihre Mission erledigt gewesen und sie seien nie wieder zusammengekommen. Sie hätten sich nie als bleibende Studentenvertretung angesehen. Er sei bereit, aktiv in der FDJ zu arbeiten, und sagte seine Mitarbeit in einer von der FDJ geschaffenen Kommission zu. (...)

<sup>17</sup> Franz Dahlem (1892-1981), 1913 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, 1929 Mitglied des Politbüros, 1928-33 Abgeordneter des Deutschen Reichstages, 1933 Emigration Frankreich, Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, 1943-45 KZ Mauthausen; 1946-53 Mitglied des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED, Mai 1953 Ausschluß aus dem ZK und Entbindung von allen Parteifunktionen, 1955-74 Stellvertreter des Staatssekretärs für Hochschulwesen bzw. 1. Stellvertreter des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, 1957 erneut in das ZK der SED kooptiert.

Die am 14.12.1956 um 17.00 Uhr stattgefundene FDJ-Versammlung der Vet[erinar]med[izinischen] Fak[ultät] wurde durch den Gen[ossen] Karl Schirdewan<sup>18</sup> besucht. Gen[osse] Schirdewan nahm zu den politischen Ereignissen sowie Fragen der Studenten Stellung. Weiterhin war als Vertreter der FDJ Hans Modrow<sup>19</sup> anwesend, Vertreter des Staatssekretariats für Hochschulwesen, des ZK und Arbeiter aus VEB Elektrokohle, VEB Schleifmaschinen und LPG Hellersdorf.

Neben vielen Studenten (ca. 250) waren einige Assistenten erschienen. Die Professoren fehlten alle, obwohl jeder einzelne eine schriftliche Einladung erhalten hatte.

Als die FDJlerin V. die Versammlung eröffnen wollte, stand der Student L. (Mitglied des Zehner-Rates) auf und verlangte von Genossen Schirdewan Antwort, wer die fakultätsfremden Personen seien. Die Versammlungsleiterin V. sagte, daß die Gäste Arbeiter aus drei Betrieben seien. Darauf verlangte L., daß die Arbeiter den Hörsaal verlassen sollen. Er sei der Meinung, Herr Schirdewan solle zu Studenten sprechen. Wenn aus jedem Betrieb nur ein Vertreter im Saal verbleibe, würde er sich damit einverstanden erklären. Wenn die anderen nicht gehen würden, würde er u.a. Studenten den Saal verlassen. Die Versammlungsleiterin wollte daraufhin erst einmal die Versammlung eröffnen. Als sie damit begann, stand L. auf, ging zur Tür zu und über die Hälfte aller anwesenden Studenten verließ mit ihm den Saal.

<sup>18</sup> Karl Schirdewan (geb. 1907), 1925 KPD, 1934-45 Haft in Zuchthäusern und Konzentrationslagern, nach 1945 hauptamtlich im Parteiapparat der SED tätig, ab 1953 verantwortlich für die ZK-Abteilung Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen, ab Juli 1953 Mitglied von ZK und Politbüro sowie Sekretär des ZK, Februar 1958 Ausschluß aus dem ZK, anschließend bis 1965 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Potsdam.

<sup>19</sup> Hans Modrow (geb. 1928), 1945-49 Gefangenschaft in der Sowjetunion, 1949 SED, 1952-61 Mitglied des Zentralrats der FDJ, 1953-61 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin, 1958 Kandidat, 1967 Mitglied des ZK der SED, 1961-67 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Berlin-Köpenick, 1967-71 Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, 1971-73 Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED, 1973-89 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, 1989/90 letzter SED/PDS-Ministerpräsident der DDR, 1990-94 MdB.

## **Dokument Nr. 7**

### **Auszug: Zur Lage an den Veterinärmedizinischen Fakultäten der DDR und Maßnahmen zur politisch-ideologischen Festigung der Fakultäten (Protokoll des Sekretariats des ZK vom 10. April 1957)<sup>20</sup>**

Die wichtigste Aufgabe der Veterinärmedizinischen Fakultäten in der DDR besteht in der Erziehung sozialistischer Tierärzte, die, ausgerüstet mit guten Fachkenntnissen der fortgeschrittenen Veterinärmedizin, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Steigerung der tierischen Produktion aktiv unterstützen. (...)

Gegenwärtig werden diese Aufgaben von den Fakultäten und Partei- und FDJ-Organisationen in Berlin und Leipzig völlig ungenügend erfüllt. Insbesondere ist der politisch-ideologische Zustand im Lehrkörper völlig unbefriedigend und deshalb keine sozialistische Erziehung der Studenten möglich. (...)

9. Entsprechend dem Ziel der Auseinandersetzung, die reaktionären Kräfte zu isolieren bzw. zu entfernen und schwankende und loyale Kräfte für uns zu gewinnen, ist unbedingt eine parteimäßige Stärkung des Lehrkörpers der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten erforderlich. (...)

10. Aufgrund der Haltung von Prof. Schützler, Dekan der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin, ist ein Disziplinarverfahren gegen ihn durchzuführen mit dem Ziel seiner Entfernung von der Universität. (...)

17. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung an den Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten ist eine größere Anzahl von Assistenten zu entfernen und durch fortschrittliche Kräfte zu ersetzen. Gleichzeitig soll schrittweise mit der Ersetzung der Assistenzärzte begonnen werden, die in Westberlin wohnhaft sind. (...)

20. Studenten der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten Berlin und Leipzig, die sich ablehnend gegenüber der Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht verhalten, sind vom Studium auszuschließen. (...)

23. Der Austausch von Studenten der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten der DDR mit westdeutschen Fakultäten sowie der Austausch von Studentendelegationen zwischen den Fakultäten der DDR und den Ausbildungsstätten für Veterinärmediziner in Westdeutschland ist ab sofort untersagt. (...)

<sup>20</sup> BArch DY 30, I IV 2/ 3/ 556, Bl. 35-43.

Begründung<sup>21</sup>

(...) Durch den Druck des Lehrkörpers wurden in den vergangenen Jahren Assistenten, die unserer Partei angehörten, verdrängt bzw. zum Austritt bewegt. An der Leipziger Fakultät traten im Juni 1953 7 Assistenten aus unserer Partei aus, nachdem ihnen erklärt wurde, daß nach ihrem Parteaustritt der Weg für ihre wissenschaftliche Entwicklung frei würde. Von den ca. 150 Assistenten unserer Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten sind heute noch 8 Mitglieder unserer Partei. (...)

Infolge des starken Nachwirkens bürgerlicher und reaktionärer Traditionen und der bisher unentschlossenen Haltung der Staats- und Universitätsorgane gegenüber dem Lehrkörper der Vet[erinär]-Med[izinischen]-Fakultäten unterstützen die Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten gegenwärtig nicht die Politik von Partei und Regierung und wiesen in den Oktober/November-Tagen die Provokationsversuche, besonders an der Vet[erinär]-Med[izinischen]-Fakultät Berlin, nicht zurück. (...)

Offensichtlich zweifelt die Mehrzahl des Lehrkörpers der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten in der DDR an der Festigkeit des sozialistischen Lagers und der Festigkeit des Arbeiter-und-Bauern-Staates. Insbesondere gibt es eine Ablehnung der Landwirtschaftspolitik der Partei und Regierung. Ein Teil des Lehrkörpers ist in seiner politischen Haltung auf den Bonner Staat und auf die Hannoversche Vet[erinär]-Med[izinische] Hochschule orientiert. Das zeigte sich besonders in den Tagen, als reaktionäre Elemente im Zusammenhang mit den ungarischen Ereignissen auch an unseren Universitäten zu provozieren versuchten. Der Dekan der Berliner Fakultät, Prof. Schützler, solidarisierte sich mit den konterrevolutionären Forderungen des sogenannten 10er Rates der Studenten der Berliner Veterinärmedizinischen Fakultät und erklärte: "Wenn Studenten und Professoren zusammenstehen, können wir alles erreichen." Er forderte insbesondere die Freigabe des Gebäudes des Außenministeriums. Bei dem Aufruf des Senats der Humboldt-Universität vom November 1956, an der Universität Ruhe und Ordnung zu bewahren, enthielt er sich als einziger der Stimme. Auch in seinem sonstigen Auftreten an der Fakultät, vor den Studenten in Vorlesungen, Praktiken usw. geben er und andere Professoren laufend reaktionäre Äußerungen von sich. So wurde ein schlecht ernährtes und ungepflegtes Pferd vorgestellt mit dem Hinweis, daß es natürlich von der LPG käme. (...)

<sup>21</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 20, Bl. 50-61. Die Begründung stammt vom 29. März 1957.

Während vor 1945 vorwiegend Kinder von Tierärzten und des Bürgertums Veterinärmedizin studierten, hat sich die soziale Herkunft der Studenten nach 1945 grundlegend verändert und es studieren heute ca. 60 % Arbeiter- und Bauernkinder an den Fakultäten. Die Vorgänge im Oktober/November in Berlin haben jedoch deutlich gezeigt, daß die Feindarbeit an der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin besonders stark ist. So hat der Einfluß Westberliner Agentenzentralen im "Förderungsprogramm" einiger Vet[erinär]-Med[izin]-Studenten seinen Niederschlag gefunden. Trotz eingehender ideologischer Auseinandersetzung mit den Studenten über ihr Verhalten während der Oktober/November-Tage konnte bisher kein sichtbarer Fortschritt erzielt werden. Das zeigte sich in den wiederholten Rechtfertigungsversuchen der Provokateure z.B. auf der Versammlung mit Genossen Schirdewan am 15.3.1957 und in den letzten FDJ-Versammlungen besonders im 2. Studienjahr. In den genannten Versammlungen wurde die alte Forderung nach Abschaffung des Russisch-Unterrichtes und des Grundlagenstudiums sowie die Freigabe des Gebäudes des Außenministeriums in abgewandelter Form erneut durch eine Anzahl Diskussionsredner vorgetragen und von der Mehrheit der Studenten unterstützt. In der FDJ-Versammlung des 2. Studienjahres gelang es nur mit großer Mühe, den Provokateur L. aus der FDJ auszuschließen. Infolge des Widerstandes der Mitglieder der FDJ-Gruppe gelang es jedoch nicht, gegen zwei weitere Provokateure ein Verfahren einzuleiten. Eine ähnliche Lage besteht im 4. und 5. Studienjahr.

An der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin sind über 90 % der Studenten in der FDJ organisiert. Die Arbeit der FDJ-Organisation liegt jedoch vollkommen darnieder. Die Mehrzahl der FDJ-Versammlungen in den einzelnen Studienjahren wird durch das provokatorische Auftreten reaktionärer Studenten bestimmt. Die konsequenten Partei- und FDJ-Funktionäre wurden immer stärker in die Isolierung getrieben. Die Mehrzahl der Studenten der Berliner Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät ist von feindlichen Losungen angesteckt. Anschauungen, die den "polnischen Weg der Landwirtschaft" auch für die DDR fordern, sind weit verbreitet. Ein großer Teil der Studenten ist mit unserer Landwirtschaftspolitik nicht einverstanden, z.B. nicht einmal mit der Schaffung staatlicher Tierarztpraxen. (...) Die Berliner Fakultät ist weiterhin Provokationsherd. (...) Der Verbürgerlichungsprozeß

eines großen Teils unserer Arbeiterkinder, insbesondere an der Berliner Fakultät, ist offensichtlich.<sup>22</sup> (...)

Für die Entwicklung der Berliner Fakultätsparteiorganisation ist charakteristisch, daß durch die schwache Parteiarbeit und den starken feindlichen Druck in starkem Maße Genossen Studenten im Laufe des Studiums aus der Partei austraten oder wegen parteifeindlichen Verhaltens ausgeschlossen werden mußten. Von 15-20 Parteimitgliedern und Kandidaten, die im Jahre 1949 immatrikuliert wurden und 1954 ihr Staatsexamen ablegten, traten alle bis auf einen Genossen aus der Partei aus oder mußten wegen parteifeindlicher Handlungen aus der Partei ausgeschlossen werden. Von etwa 20 Parteimitgliedern und Kandidaten, die dem Studienjahr angehörten, das 1955 sein Staatsexamen abschloß, sind heute lediglich noch drei Mitglieder der Partei vorhanden, wobei gegen zwei von ihnen ein Parteiverfahren schwebt. Von dem Studienjahr, das 1956 das Staatsexamen ablegte, ist etwa die Hälfte der Parteimitglieder und Kandidaten während des Studiums aus [der] Partei ausgetreten oder mußten ausgeschlossen werden. (...)

<sup>22</sup> Von der "Verbürgerlichung" der Arbeiterstudenten sprachen die Kommunisten mindestens seit dem September 1947. Für die Belegstellen vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Legitimation eines neuen Staates: Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 1997, S. 96.



## **Dokument Nr. 8**

### **Auszug: Protokoll Nr. 18/57 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 23. April 1957, Anlage Nr. 3<sup>23</sup>**

Die Entwicklung in Westdeutschland in den letzten Monaten zeigt immer deutlicher die Absicht der westdeutschen Imperialisten und Militaristen, Westdeutschland zur Hauptbasis des aggressiven NATO-Paktes in Europa zu machen. Die führenden Politiker Westdeutschlands sprechen unverhohlen von der Notwendigkeit, die westdeutsche NATO-Armee mit Atomwaffen auszurüsten und verstärken ihre Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik. Gegen die patriotischen Kräfte Westdeutschlands, die entschieden gegen Kriegsvorbereitung, gegen die Stationierung der Atomwaffen in Westdeutschland und für eine friedliche Lösung der deutsche Frage kämpfen, verstärkt sich der Terror und die Unterdrückung seitens der Bonner Machthaber. Dadurch ist in Westdeutschland eine besonders ernste, den Frieden in Deutschland und Europa gefährdende Situation entstanden. Aus diesen Gründen ist es unvereinbar mit dem Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik, wenn ein Teil der Studenten und Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses an unseren Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen ihren Urlaub in Westdeutschland verbringen. Die Oberschüler, Fachschüler, Studenten und Assistenten stellen in der Deutschen Demokratischen Republik einen Teil der Bevölkerung dar, der von der Arbeiter-und-Bauern-Regierung besonders gefördert wird und in der Zukunft wichtige Funktionen in unserer sozialistischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur einnehmen soll.

Das Politbüro beschließt aus diesem Grunde:

1. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen, das Ministerium für Volksbildung und die Fachministerien werden beauftragt, für Reisen nach Westdeutschland von Studenten und Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses bzw. Ober- und Fachschülern die Genehmigungspflicht einzuführen. Urlaubsreisen sollen in der Regel nicht genehmigt werden.

Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen zulässig, und zwar: wenn es sich um die Durchführung von Aufgaben im Rahmen einer organisierten gesamtdeutschen Arbeit handelt, die von demokratischen Organisationen und Institutionen unseres Staates geleitet und in disziplinierter und wirkungsvoller Form in Westdeutschland durchgeführt wird; wenn es sich um wissen-

<sup>23</sup> BArch DY 30, I IV 2/ 2/ 538, Bl. 23-27.

schaftliche Exkursionen nach Westdeutschland oder in andere NATO-Länder handelt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von den zuständigen Regierungsorganen entschieden wird, und wenn es sich um dringende Familienangelegenheiten handelt, wie z.B. Todesfall Verwandter ersten Grades u.ä.

2. In solchen Ausnahmefällen sind die Reisen der Studenten und Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses (Aspiranten und Assistenten) nach Westdeutschland vom Prorektor für Studienangelegenheiten bzw. für wissenschaftlichen Nachwuchs zu genehmigen. Diese Regelung gilt sinngemäß auch für die Schüler der Ober- und Fachschulen.

Die Dienststellen der Volkspolizei werden angewiesen, den Angehörigen der genannten Personenkreise nur bei Vorlage der entsprechenden Bestätigung ihrer Hochschule oder Schule die Personalbescheinigung (PM 12a) auszustellen.

3. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen und die zuständigen Ministerien werden beauftragt, die notwendigen Verfügungen zu erlassen. (...)

4. Im Zusammenhang mit der Verpflichtungsbewegung der Studenten, einen Teil des Urlaubs für den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu arbeiten, ist über die Westreisen eine breite Kampagne durchzuführen, die von der Presse zu unterstützen ist.

5. Die nachfolgende Begründung ist als Grundlage für die Argumentation unter den Studenten und Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses der Universitäten und Hochschulen sowie unter den Ober- und Fachschülern zu benutzen.

Begründung:

1. Die Studenten, Assistenten und Oberschüler der Deutschen Demokratischen Republik sind ein Teil der Jugend des neuen Deutschlands, das der rechtmäßige deutsche Staat ist und dem die Zukunft gehört. Dieses neue Deutschland sichert unserem Volk den Frieden, es ist das Bollwerk gegen die Kriegspläne der westdeutschen Imperialisten und der NATO-Militaristen. Es ist die patriotische und nationale Pflicht der Jugend und Studenten, dieses neue Deutschland - die Deutsche Demokratische Republik - zu festigen und zu schützen und offen und leidenschaftlich für die Deutsche Demokratische Republik, für den Staat der Arbeiter und Bauern, Partei zu ergreifen.

Von den Studenten und Oberschülern wird erwartet, daß sie ihre Teilnahme für die Deutsche Demokratische Republik dokumentieren, indem sie ihre Bereitschaft erklären, einen Teil ihrer Ferien in Schwerpunktbetrieben

des sozialistischen Aufbaus zu arbeiten. Sie helfen damit bereits während ihrer Studienzeit, die Deutsche Demokratische Republik zu festigen und ihre eigene Zukunft, den Sozialismus, aufzubauen.

Für die Studenten, Fach- und Oberschüler gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich in den Ferien zu erholen und neue Eindrücke zu erlangen. 1600 Plätze stehen aufgrund der Vereinbarungen des Zentralrats der FDJ für Ferienreisen und Kurzfahrten in die Sowjetunion und in die Volksdemokratien zur Verfügung. Weitere Möglichkeiten für Reisen in die befreundeten Länder gibt es aufgrund von Abmachungen zwischen Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksdemokratien. Eine Anzahl Studenten können ihre Ferien im internationalen Sommerlager des ISB<sup>24</sup> in Thüringen oder in den internationalen Ferienzentren der Studenten in Dresden und Greifswald verbringen. Weitere Ferienmöglichkeiten bestehen in der Teilnahme an einem Ferienlager der GST oder an den von den Universitäten und Hochschulen organisierten Ferienlagern und Touristenreisen durch die DDR. Schließlich stellt der Feriendienst des FDGB<sup>25</sup> auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl Ferienplätze für Studenten zur Verfügung.

2. Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung setzt hohe Erwartungen in ihre studierende Jugend und hat großes Vertrauen zu ihr. Wer in der Deutschen Demokratischen Republik studiert oder zu studieren beabsichtigt, muß sich bewußt sein, daß er sich mit diesem Entschluß dafür entschieden hat, unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat an verantwortlicher Stelle zu dienen. Deshalb muß er bereits jetzt jede seiner Handlungen unter dem Gesichtspunkt seiner künftigen Verantwortung und Aufgaben vollziehen, indem er seine persönlichen Wünsche und Einzelentscheidungen mit den höheren staatlichen Interessen in Einklang bringt. Das ist um so notwendiger, weil breite Kreise der Bevölkerung - besonders der Arbeiterklasse - mit großen Erwartungen auf die heranwachsende Intelligenz blicken und weil die Studentenschaft Vorbild für die gesamte Jugend sein muß. Die Unterordnung persönlicher Wünsche unter die Wünsche und Interessen unseres Staates ist ein Prüfstein für die Aufrichtigkeit des Verhältnisses jedes einzelnen zum Arbeiter-und-Bauern-Staat.

<sup>24</sup> ISB = Internationaler Studentenbund, 1946 als Nachfolgeeinrichtung der 1941 in London gebildeten International Student Council gegründet, Sitz in Prag.

<sup>25</sup> FDGB = Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 1946 gegründete Einheitsgewerkschaft.

3. Die Bonner Bundesrepublik ist ein NATO-Staat und wird zum Aufmarschzentrum und zur Atombombenbasis für einen Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ausgebaut. Die westdeutschen Imperialisten und Militaristen sind die erbitterten Feinde unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates. Ihre Adenauer-Regierung<sup>26</sup> geht gegen alle Kräfte vor, die sich ihrer Kriegspolitik widersetzen, sie unterdrückt und bedroht selbst führende Wissenschaftler, die ihre Stimme gegen die menscheitsfeindliche Bonner Politik erheben. Solange Westdeutschland ein NATO-Staat ist mit einer von Hitler-Generalen geführten Wehrmacht, dessen Politik auf die Vorbereitung des Atomkrieges gerichtet ist, kann Westdeutschland nicht der Ort sein, in dem die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik ihre Ferien verbringt.

4. Da der Bonner Staat für den Krieg rüstet, hat er kein Geld für die Förderung der Jugend und Studenten Westdeutschlands. Für Zwecke der Korruption und Spionage stellt er jedoch große Summen zur Verfügung.

Die Studenten, Assistenten und Oberschüler der Deutschen Demokratischen Republik dürfen weder das schmutzige Geld des Kaiser-Ministeriums<sup>27</sup> annehmen noch durch Ferienaufenthalte in Westdeutschland der Lügenpropaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik Wasser auf die Mühle leiten und den westdeutschen Studenten bei ihrem Kampf um Verbesserung ihrer Lage in den Rücken fallen.

5. Die privaten Ferienreisen unserer studierenden Jugend dienen nicht der Lösung der Kampfaufgaben für die demokratische Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die Bonner Machthaber lehnen jede Normalisierung der

<sup>26</sup> Konrad Adenauer (1876-1967), Mitglied der Zentrumspartei, bis 1933 Mitglied im Reichsvorstand, 1917-33 Oberbürgermeister von Köln, 1933-45 Ruhestand, Mai bis Oktober 1945 Oberbürgermeister von Köln, baute in der britischen Besatzungszone die CDU mit auf, 1950-66 Bundesvorsitzender der CDU, 1948-49 Präsident des Parlamentarischen Rats, 1949-63 Bundeskanzler. Vgl. u.a.: Erinnerungen (4 Bde. 1965-68), sowie: Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Band 1: Stuttgart 1986, Band 2: Stuttgart 1991.

<sup>27</sup> Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde oftmals als Kaiser-Ministerium bezeichnet. Jakob Kaiser (1888-1961) war bis 1957 Chef dieses Ministeriums. 1933 saß er für das Zentrum im Reichstag, während der Hitlerdiktatur aktiv im Widerstand; 1945-47 war Kaiser Vorsitzender der CDU in der SBZ, ehe er im Dezember 1947 von der SMAD seines Amtes enthoben wurde. 1949-57 war Kaiser MdB und stellvertretender Vorsitzender der CDU sowie führend an der Gründung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland beteiligt.

Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ab. Die Bonner Kriegspolitiker wollen die Ferienreisen unserer Jugend nach Westdeutschland für ihre Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und zu Spionagezwecken ausnutzen. Besonders in der Vorbereitung der Wahlen zum Bundestag<sup>28</sup> sollen diese Reisen von der "Freiheit und Anziehungskraft" des westdeutschen NATO-Staates zeugen.

Wer seinen Urlaub in Westdeutschland verbringt, stärkt - gewollt oder ungewollt - die Bonner Kriegspolitik, fällt den fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland, die der Adenauer-CDU eine Niederlage zufügen wollen, in den Rücken und erschwert die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage.

6. Die staatlichen Organe, die Leitungen der Universitäten und Hochschulen, der Fach- und Oberschulen und die Partei- und Massenorganisationen dieser Institutionen werden in Zusammenarbeit mit Betrieben wichtiger Wirtschaftszweige Möglichkeiten für Arbeitseinsätze der Studenten und Schüler in den Ferien schaffen. Zugleich werden sie ein umfangreiches und vielfältiges Programm für die Feriengestaltung aufstellen, das Möglichkeiten der Erholung und der Entspannung sowie des Gedankenaustausches mit Studenten und Jugendlichen der mit uns befreundeten Länder bietet.

<sup>28</sup> Am 15. September 1957 fanden in Westdeutschland die Wahlen zum 3. Deutschen Bundestag statt.

## **Dokument Nr. 9**

### **ZK-Abteilung Wissenschaften, Information über die Lage an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin und die nächsten Maßnahmen zur weiteren ideologischen Auseinandersetzung unter den Studenten und dem Lehrkörper, 11. Mai 1957<sup>29</sup>**

1. Entsprechend dem Beschluß des Sekretariats des ZK über die Veränderung der Lage an den Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultäten<sup>30</sup> wurde zunächst in Berlin Mitte April mit der offensiven politisch-ideologischen Auseinandersetzung über die Grundfragen unserer Politik begonnen. Nachdem mehrere Einzelaussprachen mit Professoren der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät durchgeführt waren, wurde am 18. April ein Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Dekan der Fakultät, Prof. Schützler, eröffnet wegen dringenden Verdachtes gröblichster Vernachlässigung seiner Erziehungs- und Dienstpflcht und der Förderung provokatorischen Verhaltens einiger Studenten an der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät.

Ein Teil des Lehrkörpers der Fakultät, darunter Prof. Dobberstein<sup>31</sup>, versuchte daraufhin, unter Hinweis auf mögliche Unannehmlichkeiten, die wir durch die Attacke der Westpresse haben könnten, eine ultimative Forderung an uns zu stellen, Prof. Schützler weiterhin als Professor an der Fakultät zu belassen. Prof. Dobberstein erhielt von den betreffenden Genossen eine abweisende Antwort und es kam u.a. daraufhin in einem Gespräch mit dem Staatssekretär für Hochschulwesen zu der Bemerkung, daß man eben dann Schützler opfern müsse. In der Zwischenzeit hat sich der Differenzierungsprozeß im Lehrkörper weiter verstärkt. Vor einer Woche mußten sich Prof. Dobberstein, der bisher vorbehaltlos als Führer der Veterinärmedizin

<sup>29</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 338, Bl. 138-142.

<sup>30</sup> Vgl. im vorliegenden Band Dokument Nr. 7.

<sup>31</sup> Johannes Dobberstein (1895-1965), 1922 Approbation zum Tierarzt und Promotion zum Dr. vet.med., 1927 Habilitation, 1928 Lehrstuhl an der Tierärztlichen Hochschule Berlin, 1939 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zu Halle, 1946 Lehrstuhl an der Universität Berlin, 1949 Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Ost), Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin (Ost), 1955 Ehrensensator der Tierärztlichen Hochschule Hannover, Dr. h.c. der Universitäten in Leipzig, Stockholm und Budapest, Verfasser mehrerer Standardwerke der Veterinärpathologie.

in der DDR anerkannt wurde, und andere Professoren der Mehrheit der Professoren der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin beugen, die eine unterstützende Stellungnahme der Fakultät zur Erklärung der 18 westdeutschen Atomwissenschaftler forderten.<sup>32</sup> Prof. Dobberstein hat sich inzwischen wegen seines Gesundheitszustandes zur Kur begeben.

2. Am Donnerstag, 9. Mai, fand die Sitzung des Disziplinarausschusses wegen Prof. Schützler statt. Prof. Schützler ist zur Sitzung nicht erschienen. Als Vertreter der Fakultät nahm Prof. Ruthe an der Ausschusssitzung teil und erklärte, daß bisher der Fakultät das Verhalten Prof. Schützlers immer ganz anders dargestellt worden wäre, daß er aber jetzt, unter dem Eindruck der Tatsachen, erklären müsse, daß die Haltung von Prof. Schützler, die ursprünglich von der Fakultät gebilligt worden war, nicht mehr die Zustimmung der Mehrheit des Lehrkörpers finden kann. Er würde das seinen Kollegen berichten.

Prof. Schützler hat in einem groben Brief an den Rektor, der nach der Ausschusssitzung eintraf, den Disziplinarausschuß und den Rektor beleidigt und erklärt, daß er aus Gründen der "Selbstachtung" nicht erscheinen wird. Gestern wurde die Vermutung endgültig bestätigt, daß Prof. Schützler die Republik verlassen hat, und deshalb sofort die heutige ND-Meldung veröffentlicht.<sup>33</sup>

<sup>32</sup> Am 12. April 1957 unterschrieben achtzehn bedeutende Kernphysiker aus der Bundesrepublik Deutschland, darunter Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker, die "Göttinger Erklärung", in der sich die Unterzeichnenden gegen die Entwicklung und den Einsatz von Atomwaffen aussprechen. Die Erklärung ist vielfach nachgedruckt worden, vgl. z.B.: Karl-Friedrich Wessel, Hans-Dieter Urbig (Hrsg.): Naturwissenschaftler im Friedenskampf. Eine Dokumentation. Berlin 1987, S. 31-33.

<sup>33</sup> Unter der Überschrift "Eines Akademikers unwürdig" hieß es auf Seite 2 des "Neuen Deutschland" vom 11. Mai 1957: "Gegen den ehemaligen Dekan der Veterinär-Medizinischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, Prof. Dr. Schützler, wurde vom Rektor der Berliner Humboldt-Universität, Prof. Dr. Hartke, ein Disziplinarverfahren eingeleitet, da der dringende Verdacht bestand, daß er seine Erziehungspflichten gröblich vernachlässigt und illegale Handlungen einiger Provokateure unter der Studentenschaft, die von westlichen Geheimdiensten angeleitet wurden, durch sein Verhalten gefördert hat. Prof. Schützler entzog sich der Verantwortung gegenüber dem Disziplinarausschuß durch das Verlassen unserer Republik und bestätigt auch durch diese illoyale Handlungsweise die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen. Sein Verhalten ist eine grobe und taktlose

3. Parallel zur Auseinandersetzung im Lehrkörper begann Mitte April die Diskussion in den Partei- und FDJ-Gruppen der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät.

Zur Festigung der Parteiorganisation wurden neben Versammlungen mit bisher 80 % der Genossen Einzelgespräche durchgeführt, um dadurch ideologische Unklarheiten und Schwankungen zu überwinden und die Kampfkraft der Parteiorganisation zu erhöhen. An der letzten Parteiversammlung nahmen 70 % der Mitglieder der Parteiorganisation teil und über die weitere FDJ-Arbeit, das Westreisen-Problem und den Arbeitseinsatz eine kämpferische Auseinandersetzung geführt.

Gegenwärtig gibt es in der Parteiorganisation bei einer Reihe von Genossen noch Tendenzen, der ideologischen Auseinandersetzung auszuweichen und nur auf die administrativen Maßnahmen des Rektors bzw. Prorektors sich zu orientieren.

Gleichzeitig wurden Einzelaussprachen mit bisher 40 % der FDJ-Mitglieder durchgeführt und die ideologische Auseinandersetzung in den FDJ-Gruppen in Gang gebracht.

Das Verhalten der Studenten der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin war in den letzten 3-4 Wochen relativ ruhig. Es kamen vereinzelt [zu] Anfragen von Studenten an Assistenzärzte über den Verbleib von Prof. Schützler. In einer Vorlesung wurde von dem Assistenten Dr. N. ein veterinärmedizinischer Lehrfilm gezeigt, in dem Prof. Schützler vorkommt. Daraufhin gab es spontanen Beifall des 3. Studienjahres.

4. Während des Disziplinarverfahrens gegen Prof. Schützler versuchte eine große Zahl von Studenten, ihre Forderung nach Rückkehr von Prof. Schützler dadurch zu demonstrieren, in dem sie der Vorlesung seines Oberassistenten, der in Vertretung liest, fernblieben. Rektor und Dekan haben sofort die Anwesenheit überprüft und alle nicht erschienenen Studenten beurlaubt und ihnen verboten, das Universitätsgelände zu betreten.

Jeder einzelne Student wurde aufgefordert, schriftlich die Gründe seines Nichterscheins dem Prorektor zu erklären. Bisher sind 25 Stellungnahmen eingegangen, in denen sich die Studenten wegen ihres schlechten Verhaltens gegenüber der Arbeiter-und-Bauern-Macht entschuldigen. Die unpolitischen, undurchsichtigen Studenten waren die Verfasser der ersten Stellungnahmen. Mit den anderen Studenten werden durch das Prorektorat und

---

*Mißachtung der akademischen Gepflogenheiten. Dadurch hat er die Ehre verwirkt, als Hochschullehrer und Erzieher unserer studentischen Jugend in der DDR tätig zu sein."*



die Genossen der Parteiorganisation Einzelaussprachen mit dem Ziel durchgeführt, sie von ihrem falschen Verhalten zu überzeugen.

Da sich in den letzten Wochen ein großer Teil der Studenten trotz des bestehenden Verbotes in grober Verletzung der Studiendisziplin zu mehrwöchigen Impfeinsätzen bei privaten Tierärzten in der Republik befanden und nicht zur Vorlesung erschienen, wurde auch in den anderen Studienjahren eine verschärfte Studienkontrolle durchgeführt.

Vorgestern hat sich das 3. und 4. Studienjahr geschlossen geweigert, die vorgelegten Anwesenheitslisten zu unterschreiben. Nach heftigen Diskussionen hat gestern das 4. Studienjahr unterschrieben.

Etwa 20 Studenten aus dem 4. Studienjahr, die zu den Trägern dieser Aktionen gehören, wurden vom Prorektor schriftlich beurlaubt und das Betreten der Universität verboten.

Das 5. Studienjahr hat die Anwesenheitslisten unterschrieben. Die Reinigung des Geländes von den Studenten, die beurlaubt worden sind, ging ohne Schwierigkeiten vonstatten.

Für alle Studienjahre sind vom Prorektorat, in Zusammenarbeit mit der Parteiorganisation, Kommissionen gebildet worden, die die Entfernung einer großen Zahl von Studenten der Veterinärmedizin vorbereiten.

Die strenge Studien- und Einlaßkontrolle im Gelände der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin bleibt weiterhin bestehen.

5. Die politische Auseinandersetzung in den kommenden Wochen wird dadurch erleichtert, daß nach Mitteilung der Berliner Verwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit von den vor kurzem 7 republikflüchtig gewordenen Studenten der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät zwei Studenten reuig ins Gebiet der DDR zurückgekommen sind und den Sicherheitsorganen genaue Mitteilungen über die Hintergründe und Zusammenhänge der Provokationsversuche an der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät Berlin gemacht haben.

Der republikflüchtige Sohn des Prof. der Vet[erinär]-Med[izin] Berlin, B., war offensichtlich amerikanischer Agent und der ehem[alige] Vet[erinär]-Med[izin]-Student S. Agent des französischen Geheimdienstes.

Die Berliner Verwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit hat nach unserer Information dem Ministerium vorgeschlagen, darüber nächste Woche eine Pressekonferenz durchzuführen.

Wir halten es für notwendig, daß diese Pressekonferenz zur weiteren Unterstützung der ideologischen Auseinandersetzung möglichst vom Rektor der Universität zu Beginn der Woche durchgeführt wird.

6. In dieser Woche wird die politische Auseinandersetzung in FDJ-, Parteigruppen- und Jungwählerversammlungen mit Unterstützung von Genossen des Großberliner Parteiaktivs weitergeführt. Die Versammlungen finden unter dem Thema: "Die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen und die Verantwortung des Studenten bzw. Assistenten" statt.<sup>34</sup>

Gleichzeitig ist für Anfang der Woche eine Sondersitzung des Rates der Fakultät vorgesehen, auf der erreicht werden soll, daß sich der Rat der Fakultät von Prof. Schützler und den reaktionären Studenten eindeutig abgrenzt.

7. Die Durchführung der politischen Aktionen wird unmittelbar von Mitarbeitern der Abteilung Wissenschaften in Verbindung mit der Parteiorganisation der Berliner Humboldt-Universität und Genossen der Bezirksleitung Berlin eingeleitet.

<sup>34</sup> Am 23. Juni 1957 fanden in der DDR "Wahlen" zu den Kommunalvertretungen statt.

**Dokument Nr. 10**  
**Pressekonferenz im Senatssaal der Humboldt-Universität am 16.**  
**Mai 1957<sup>35</sup>**

**Professor Dr. Hartke<sup>36</sup>:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Pressekonferenz und gestatte mir, Ihnen vorzustellen Herrn Staatssekretär für Hochschulwesen Dr. Girnus<sup>37</sup>, Professor Dr. Steiniger<sup>38</sup>, Herrn Prorektor Dozent Wolter<sup>39</sup>, Oberst

<sup>35</sup> Stenographische Mitschrift. BArch DY 30, IV 2/ 904/ 497, Bl. 4-76.

<sup>36</sup> Werner Hartke (1907-1993), Altphilologe, promovierte 1932 an der Universität Berlin, trat 1937 der NSDAP bei, habilitierte 1939 an der Universität Königsberg und wurde 1944 zum Militärdienst im Range eines Hauptmanns eingezogen. 1946 trat er der KPD und 1948 der SED bei, war bis 1948 an der Universität Göttingen tätig, ehe er einen Ruf an die Universität Rostock erhielt. Hier war er u.a. drei Jahre Dekan. 1955 berief ihn die Humboldt-Universität auf eine Professur, wo er bis 1957 Dekan der Philosophischen Fakultät und von 1957 bis 1959 Rektor war. 1955 berief die Deutsche Akademie der Wissenschaften Hartke zu ihrem ordentlichen Mitglied und gleichzeitig nebenamtlich zum Direktor des Instituts für griechisch-römische Altertumskunde. Von 1958 bis 1968 war er Präsident und von 1968 bis 1972 Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Hartke, der zeitweise Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin war und mit höchsten DDR-Auszeichnungen geehrt wurde, war nicht unwesentlich am Niedergang der Altertumskunde in der DDR beteiligt. So zeichnete er u.a. dafür mitverantwortlich, daß sein eigener Lehrstuhl an der Humboldt-Universität nach seiner Emeritierung nicht wieder besetzt wurde.

<sup>37</sup> Wilhelm Girnus (1906-1985), Germanist, trat 1929 der KPD bei, 1931 Mitglied der Reichsleitung "*Rote Studenten*", hatte nach einer Berufsausbildung zum Kunstschler Malerei, Kunstgeschichte und Literatur u.a. in Breslau und in Paris studiert. 1933 entließen ihn die Nationalsozialisten aus dem Schuldienst. Er war illegal tätig und u.a. in den KZ Sachsenhausen und Flossenbürg eingesperrt. Nach 1945 war er u.a. Intendant des "*Berliner Rundfunk*" (1946-49), Redakteur der SED-Tageszeitung "*Neues Deutschland*" (1949-53) und Sekretär des "*Ausschusses für die deutsche Einheit*" (1953-57). Nachdem er 1953 an der Karl-Marx-Universität Leipzig promoviert hatte, war Girnus ehrenamtlich Lehrstuhlleiter am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 1957 berief ihn die SED als Nachfolger von Gerhard Harig (1902-1966) zum Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen. 1962 löste ihn Ernst-Joachim Gießmann (geb. 1919) ab. Girnus erhielt eine Professur an der Humboldt-Universität und war gleichzeitig als Nachfolger des geschäftigen Peter Huchel (1903-1981) von 1964 bis 1981 Chefredakteur der Zeitschrift "*Sinn und Form*".

Borrmann<sup>40</sup>, Ministerium für Staatssicherheit.

Namens der Humboldt-Universität begrüße ich Sie, meine Damen und Herren, zu dieser Konferenz. Vor allem möchte ich meinem Vergnügen Ausdruck geben, schon sehr kurz nach Antritt meines Amtes eines meiner hauptsächlichen Anliegen erfüllt zu sehen, den, wenn auch nur zunächst lockeren, persönlichen Kontakt zur Presse zu bekommen. Ich danke besonders den Pressevertretern für ihr Erscheinen.

Sie haben sich in letzter Zeit zum Teil sehr häufig mit unserer Universität befaßt. Wir möchten Ihnen heute behilflich sein und Sie eingehend und genau informieren. Ich begrüße namentlich die Mitglieder des Senats und Ratsmitglieder der Fakultäten, die anwesend sind.

Einleitend möchte ich Ihnen eine Erklärung geben. Unsere Hochschule ist die Hochschule in einer werdenden sozialistischen Gesellschaft. Unsere Studenten erhalten eine möglichst gute fachwissenschaftliche Ausbildung. Wir sollen sie natürlich so ausbilden, daß sie ihre fachwissenschaftlichen Fähigkeiten innerhalb unserer Gesellschaft für eine sozialistische Entwicklung anwenden können. Ich glaube, es ist eine verständliche Forderung und ein berechtigtes Ziel.

In Ausbildung und Beruf Kurs auf eine sozialistische Entwicklung zu nehmen, ist in einer in zwei Lager gespalteten Welt und dazu noch in einem

---

<sup>38</sup> Peter Alfons Steiniger (1904-1980), Rechtswissenschaftler, promovierte 1928 in Bonn zum Dr. jur., war anschließend zunächst Assistent an der Universität Bonn und dann am Kammergericht Berlin tätig. 1933 wegen jüdischer Abstammung entlassen. 1945 Bürgermeister in Krummhübel (Schlesien), 1946 Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, später für Völkerrecht an der Berliner Universität und Mitglied der SED, 1947 nebenamtlich Präsident der Deutschen Verwaltungsakademie Forst-Zinna, 1950-74 Mitglied des Weltfriedensrats, 1955 Präsident der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR und 1965 Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht.

<sup>39</sup> Der Diplom-Wirtschaftler Werner Wolter war zum 1. Januar 1957 zum Prorektor für Studentenangelegenheiten ernannt worden.

<sup>40</sup> Gustav Borrmann (1895-1975), Oberst des MfS, 1914-18 Soldat, 1919 Mitbegründer der KPD in Halle, 1920-21 Gefängnis, 1923 Parteisekretär in Essen, 1924-33 Vorsitzender des RFB Halle, 1933-34 KZ, 1935 Emigration in die CSR und nach Moskau, 1946 Rückkehr nach Deutschland, SED, stellvertretender Leiter der Landespolizeibehörde Sachsen-Anhalt, 1950 Einstellung beim MfS, Leiter der HA I, 1951 Leiter der Abteilung Allgemeines, 1953 Oberst, 1955 von der Leitung entbunden, Mitarbeiter der Abteilung Agitation, 1958 Entlassung (entnommen aus: Kurzbiographien, bearb. von Jens Giesecke, (MfS-Handbuch V/4), Berlin 1997 (i.V.)).

gespaltenen Deutschland keine Selbstverständlichkeit, und darum verbinden wir auf unseren Universitäten die fachwissenschaftliche Ausbildung mit der wissenschaftlich begründeten Erziehung zu einem sozialistischen Denkvermögen.

Wir alle arbeiten ständig und, ich kann wohl sagen, schwer und unter Einsatz aller Kräfte an der Verbesserung der fachwissenschaftlichen Ausbildung und der Erziehung, und ich glaube, wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik dabei sehr bedeutende Erfolge erzielt. Ich erwähne nur die Anfang September 1956 in Kraft getretenen neuen Studienpläne. Sie verlagerten ein hohes Maß von verantwortlicher Entscheidung während des Studiums auf die Studenten selbst.

Um, wie es in den wirklichen Weißbüchern des Konzils von Trient hieß, alle Dinge gemäß der bedachtsamen Hoheit des Bischofs zu den Mitgliedern der Gemeinde zu regeln, oder auch, um gute Sitten zu schützen und wirken zu lassen aus eigener Inspektion, könnte ich Ihnen jetzt leicht Beispiele für das schon Erreichte an unserer Universität bringen, ja selbst aus der Westpresse könnte man solche Nachrichten herauslesen. Aber das ist Ihnen ja bekannt. Bekannt ist auch, daß diese Entwicklung mit ihren materiellen Erfolgen und ihren psychologischen Wirkungen in den politischen Kreisen der Bundesrepublik erhebliche Beunruhigung hervorgerufen hat. Wir haben da lange Erfahrungen gesammelt. Fast sieht es so aus, als ob man dort infolge der Bindung von großen Mitteln der Rüstungs- oder ähnlichen Ausgaben die kritische Lage der Wissenschaft im eigenen Territorium nicht verändern kann und versucht, bei uns den Prozeß der sozialistischen Entwicklung der Wissenschaft zu hemmen. Das ist allerdings ein Eingeständnis der Ohnmacht. Als im Herbst 1956 in Ungarn der Versuch unternommen wurde, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, glaubten jedenfalls diese Kreise, bei uns dasselbe Experiment über die Studentenschaft der Hochschulen einleiten zu können. Der Schwerpunkt dieser Versuche lag bei der Veterinärmedizinischen Fakultät. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß alle diese Versuche fehlgeschlagen sind; immerhin gelang es, eine gewisse Unruhe in der Veterinärmedizinischen Fakultät zu erzeugen. Es zeigte sich dabei deutlich für uns, daß es Mängel in der Erziehung zu einem sozialistischen Ethos gegeben hatte.

Bei näherer Betrachtung der Ursachen ergab sich, daß natürlich bei einer von einem entsprechenden Staatsbewußtsein und von Verantwortungsgefühl für die Jugend getragener Mitwirkung der Lehrkörper und besonders der Fakultätsleitungen kein Abirren (?) der Erziehung zu erwarten ist.

In diesem Zusammenhang geriet auch das Verhalten des ehemaligen Dekans

der veterinärmedizinischen Fakultät, Dr. Schützler, seit dem Herbst 1956 ins Zwielflicht, und es wurde Mitte April 1957 zur Klärung ein Disziplinarverfahren beantragt und eingeleitet. Leider entzog sich Schützler durch überstürzte Flucht der sachlichen Durchführung des Verfahrens. Wir hatten damals auch einige, allerdings ernste Anlässe zu der Vermutung, daß zwar ... Verfehlungen bei gewissen Studenten (?) vorlagen; es kam zu Vermutungen. Aber ich konnte mir nicht recht vorstellen, daß eine bewußte Negierung unseres sozialistischen Ethos und unserer Ordnung hinter den ganzen Vorgängen steckte. So haben wir sehr viel Geduld sowohl gegenüber dem Dekan Dr. Schützler wie auch gegenüber einigen Studenten an den Tag gelegt. Jetzt haben aber eine .... Panne (?) anläßlich der Einschätzung des Verhaltens gegenüber Schützler und seinem Lehrkörper so gravierende Tatbestände zutage gefördert, daß weitgehende und einschneidende Folgerungen zu ziehen sind.

Gestatten Sie mir, den Inhalt eines Offenen Briefes an die Angehörigen des Lehrkörpers und die Studentenschaft der Humboldt-Universität zu verlesen. Der Brief hat folgenden Wortlaut: (liegt gedruckt vor)<sup>41</sup>

**OFFENER BRIEF (des Ministeriums für Staatssicherheit) an die Angehörigen und die Studentenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin**

*Die großen Erfolge der DDR beim Aufbau des Sozialismus und bei der Entwicklung der Wissenschaft und Technik versetzen die Imperialisten und Militaristen in Wut.*

*In letzter Zeit werden von ausländischen Geheimdiensten und Westberliner Agentenzentralen und auch von politischen Institutionen und Behörden Westdeutschlands im verstärkten Maße Versuche unternommen, um das Leben und Studium an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik zu desorganisieren und unter den Professoren, Dozenten und Studenten Unruhe zu schaffen.*

*In Anbetracht dieser Tatsachen sieht sich das Ministerium für Staatssi-*

<sup>41</sup> Der Offene Brief ist komplett im "Neuen Deutschland" (17. Mai 1957) und als Sonderbeilage zum "Forum" sowie in einer Reihe von anderen Tageszeitungen teilweise veröffentlicht worden. Außerdem ist er als Separatdruck verteilt worden. Im Protokoll fehlt er. Hier wird er zitiert nach der vollständigen separaten Druckfassung (BArch DY 30, IV 2/ 904/ 338, Bl. 158). Zuletzt ist der Separatdruck als Faksimile publiziert worden in: Waldemar Krönig, Klaus-Dieter Müller: Anpassung - Widerstand - Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961. Köln 1994, S. 537-539 (auch in dieser Fassung erfolgte eine vollständige Anonymisierung).

*cherheit der DDR veranlaßt, den Lehrkörper und die Studentenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin auf die gefährliche Tätigkeit der westdeutschen und Westberliner Störzentralen aufmerksam zu machen. Das ist um so notwendiger, als sich die Feinde unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates gerade auf die Humboldt-Universität konzentrieren.*

*Das Ministerium für Staatssicherheit setzt deshalb die Angehörigen des Lehrkörpers und die Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin von folgenden Vorkommnissen in Kenntnis:*

*Vom Ministerium für Staatssicherheit wurde ein Komplott aufgedeckt, das von ausländischen Geheimdiensten und Westberliner Agentenzentralen organisiert worden war, um unter den Studenten der Berliner Humboldt-Universität Unruhe zu stiften und sie zu Provokationen gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu mißbrauchen.*

*Die Organisation dieses Komplotts waren der amerikanische Geheimdienst, der französische Geheimdienst und das sogenannte "Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen", das von der Bonner Regierung finanziert wird. Feststellungen ergaben, daß die Studenten der Berliner Humboldt-Universität in den Tagen des November 1956 zu ähnlichen provokatorischen Ausschreitungen aufgewiegelt werden sollten, wie das durch ausländische Störzentralen in der Volksrepublik Ungarn geschah.*

*Der amerikanische Geheimdienst beabsichtigte, durch einige als Agenten angeworbene Studenten schrittweise provokatorische Forderungen an der Humboldt-Universität zu verbreiten, dann zu Demonstrationen und schließlich zu offenen Provokationen überzugehen. Um unter den Studenten eine möglichst breite Plattform für diesen Plan zu finden, wurde von den Geheimdienststellen in Westberlin zuerst die Losung nach Abschaffung des Russisch-Unterrichtes und des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums aufgestellt.*

*Zur Vorbereitung der geplanten Provokationen trafen sich auf Betreiben des Studenten der Vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät, Manfred St., am 1.11.1956 im Studentenheim Berlin-Biesdorf die Studenten St., T., D., Ha., H. und He. Das Ziel der Zusammenkunft bestand darin, die Durchführung einer Studentenversammlung an der Vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät der Humboldt-Universität zu besprechen.*

*Die Versammlung sollte zu den Ereignissen in Ungarn Stellung nehmen mit der Perspektive, unter den Studenten der Humboldt-Universität Unruhen hervorzurufen, die als Solidarisierung mit dem konterrevolutionären Putsch in Ungarn ausgegeben werden sollten.*

*Von dem genannten Personenkreis wurde auf Veranlassung von St. und T., die Agenten des amerikanischen Geheimdienstes sind und in dessen Auftrag handelten, zur Vorbereitung dieser Versammlung 5 Flugblätter entworfen. Da jedoch die erste Fassung dieser Flugblätter eine Reihe überaus scharfer Formulierungen und Forderungen enthielt, wurde sie verworfen, weil man befürchtete, unter der Studentenschaft dafür keine Zustimmung zu finden. Es wurde deshalb eine zweite Fassung der Flugblätter angefertigt, die dann unter den Studenten der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät vertrieben wurden.*

*Es ist bekannt, daß es den Provokateuren nicht gelang, auf dieser Versammlung ihre feindlichen Absichten durchzusetzen. Es dürfte aber nicht bekannt und deshalb aufschlußreich sein, daß das damalige Mitglied des Zehner-Rates der vet.-med. Fakultät, der Student Ra., vom amerikanischen Geheimdienst für das "ungeschickte Auftreten" gerügt wurde.*

*Nachdem den Provokateuren klargeworden war, daß ihre Versuche, Unruhe zu stiften, erfolglos bleiben mußten, führten sie ihre feindliche Tätigkeit unter den Studenten insgeheim fort. Vor allem aber versuchten sie, indifferente Studenten zum Verlassen der DDR zu bewegen. Gleichzeitig bereiteten sie auch ihre Flucht nach Westberlin vor.*

*Es ist kennzeichnend, daß zum Beispiel der Student B. der Störzentrale "Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen" schon vorher mitteilte, daß er und die Studenten M., W., F., St. und A. sich nach Westberlin begeben wollten.*

*Nach dieser Vorbereitung setzten sich die Agenten gegen Ende April dieses Jahres nach Westberlin ab, wobei es ihnen gelang, einige schwankende Studenten der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät ebenfalls zum Verlassen der DDR zu bewegen.*

*Der Student Claus Ha., der sich mit nach Westberlin begeben hatte, kam jedoch rechtzeitig zur Einsicht und kehrte noch am gleichen Tage in den demokratischen Sektor zurück.*

*Im Westberliner Flüchtlingslager Marienfelde sprachen die Rädelsführer erstmals offen über ihre Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten. T. und F. prahlten zum Beispiel mit ihren Beziehungen zu Offizieren des amerikanischen Geheimdienstes. Dabei verhehlten sie auch nicht, daß sie nach ihrem Eintreffen in Westberlin weitere Aufträge vom US-Geheimdienst erhalten hatten. So sollten sie zum Beispiel schnellstens Kontakte zu Studenten der Humboldt-Universität, insbesondere zu Angehörigen der Vet[erinär]-med[izinischen] Fakultät und zu Bewohnern des*



*Studentenwohnheimes Biesdorf anknüpfen, um auf diese Weise neue Untergrundgruppen an der Universität zu schaffen.*

*Gleichartige Anweisungen erhielten B. und G. Sie erzählten im Flüchtlingslager, daß sie nunmehr den Auftrag haben, dem französischen Geheimdienst von Westberlin aus Studenten der Humboldt-Universität in die Hände zu spielen.*

*Sämtliche Studenten, die im Flüchtlingslager Marienfelde untergebracht waren, wurden von den Geheimdiensten außerdem aufgefordert, an Studenten und Angehörige des Lehrkörpers der Humboldt-Universität Briefe zu schreiben mit dem Ziel, durch die darin enthaltenen Gerüchte Unruhen und Unsicherheit auszulösen. Darüber hinaus mußten sie spionagetechnische Angaben über militärische Einrichtungen in der DDR machen.*

*Das Vorgehen dieser Agentenzentrale und vor allem das offene Eingeständnis der Rädelsführer, daß sie schon vorher Beziehungen zu ausländischen Geheimdiensten unterhalten hatten, löste unter den Studenten, die sich zum Verlassen der DDR hatten überreden lassen, große Bestürzung aus. Einige von ihnen äußerten, daß sie die DDR nie verlassen hätten, wenn ihnen all das schon vorher bekannt gewesen wäre.*

*Es wurde ihnen klar, daß sie gewissenlosen Agenten auf den Leim gegangen waren.*

*Ihre Ernüchterung wurde noch größer, als die irregeführten Studenten vom Schicksal einiger ehemaliger Schüler der Rostocker Fachschule für Veterinärmedizin erfuhren. Diese Schüler waren von ihrem Lehrer, der in Verbindung zu einem Westberliner Spionagedienst stand, zum Verlassen der DDR überredet worden. Als sie nach ihrer Ankunft im Flüchtlingslager Marienfelde diese Hintergründe erkannten und den Wunsch äußerten, wieder in die Deutsche Demokratische Republik zurückzukehren, suchte man sie mit der Drohung einzuschüchtern, sie würden nach ihrer Rückkehr in Rostock verhaftet werden.*

*Als sich die Schüler schließlich dagegen verwahrten, daß man sie als politische Reklameobjekte benutzte, wurden sie Anfang Mai nach Sandbostel in Niedersachsen ausgeflogen, um zu verhindern, daß sie sich über die Einschüchterungsversuche hinwegsetzen und doch in die Deutsche Demokratische Republik zurückkehren.*

*Die gleichen Erfahrungen mußten auch die Studenten der Vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät der Humboldt-Universität W., D., A. und S. machen. Da man sie für unsicher hielt und meinte, sie würden in die DDR zurückkehren, wurden sie auf Veranlassung des amerikanischen Geheimdienstes schnellstens mit dem Flugzeug nach Westdeutschland gebracht.*

*Der Student Günter S. fand jedoch in letzter Minute die Kraft, sich über die massiven Einschüchterungsversuche hinwegzusetzen und in den demokratischen Sektor von Berlin zurückzukehren.*

*Das Ministerium für Staatssicherheit hat die von ausländischen Geheimdiensten und Westberliner Agentenzentralen unternommenen Anstrengungen, mit Hilfe von Agenten unter der Studentenschaft Provokationen an der Humboldt-Universität anzuzetteln, zusammen mit Arbeitern Berliner Betriebe vereitelt. Die Sicherheitsorgane konnten sich dabei auch auf die fortschrittlichen Studenten stützen, die, ausgehend von ihrer patriotischen Pflicht, der Staatssicherheit die notwendige Hilfe leisteten und auch in Zukunft leisten werden, wenn es darauf ankommt, die Zersetzungsversuche feindlicher Kräfte unwirksam zu machen.*

*Wichtig ist jedoch vor allem, daß jeder Angehörige des Lehrkörpers und alle Studierenden unserer Universitäten begreifen, daß die verbrecherische Tätigkeit der Geheimdienste und Agentenzentralen, die Organisation von Untergrundgruppen und die Verbreitung hetzerischer Schriften, die Durchführung von Spionageaufträgen und die Versuche zur Zersetzung sich gegen den Frieden und gegen die Wissenschaft richten.*

*Das Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik hält es für eine ehrenvolle Verpflichtung, die feindlichen Anschläge abzuwehren, die sich gegen die studentische Jugend und gegen die Errungenschaften unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates auf dem Gebiete des Hochschulwesens und der Wissenschaft richten. Das Ministerium für Staatssicherheit glaubt jedoch zugleich, daß die Sicherung dieser Errungenschaften eine ebenso ehrenvolle Verpflichtung für jeden einzelnen Studierenden in der DDR darstellt.*

*Das Ministerium für Staatssicherheit ruft deshalb die akademische Jugend unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates auf, durch erhöhte Wachsamkeit allen feindlichen Bestrebungen zur Störung der demokratischen Entwicklung unseres Hochschulwesens entschieden und kompromißlos entgegenzuwirken.*

Soweit der Text des Briefes des Ministeriums für Staatssicherheit.

Ich bemerke, daß sich einschneidende Schlußfolgerungen ergeben:

1. Es gibt kaum jemanden, der nicht mit einer gewissen Leichtfertigkeit zu Vorgängen sich eingestellt hat, wie sie bei der ganzen Geschichte im Herbst 1956 drohten. Es zeigt sich aber wieder sehr deutlich an den Tatsachen, die dieser Brief mitteilt, daß dort aber die Dr. Adenauer wohlwollend gegenü-

berstehende Presse glaubte, Gelegenheit zu haben, sich mit Genugtuung mit den Vorgängen an unseren Hochschulen beschäftigen zu müssen.

Ich denke selbst: Wer ist nun der Leidtragende? In erster Linie die Studenten, die mehr oder minder guten Glaubens auf solche Einflüsterungen hereinfallen und in Konflikt mit dem verfassungsmäßigen Gesetz geraten. Leidtragende sind die Angehörigen dieser Studenten. Wir haben uns darum entschlossen, auch die Eltern der Studenten als Helfer bei der gesellschaftlichen Erziehung zu mobilisieren und haben sie an unsere Universität zu einem sehr fruchtbaren Gespräch hier in Berlin kommen lassen. Propst Grüber<sup>42</sup> hat einmal mit großer Leidenschaft sich dagegen gewandt, daß sich Geheimdienste von Westberlin an Jugendliche heranmachen. Ich kann als Rektor nur voll und ganz Propst Grüber mich anschließen, und die Empfindung wird jeder teilen, der ein Herz für die Jugend hat.

Unsere Hochschule ist eine Hochschule der Werktätigen. Wir finden uns heute in einer Situation, wo es nicht genügt, nur loyal zu sein. Wir müssen eine positive Beziehung zur Deutschen Demokratischen Republik verlangen, und diese muß Gestalt gewinnen in der fachlichen Tätigkeit und im Lebensstil. Je höher der moralische und intellektuelle Standort, um so größer ist die Verantwortung eines Menschen, und so darf man vom Akademiker in hohem Maße eine Hingabe für unsere Staatsziele verlangen.

Wenn Gegner unserer sozialistischen Gesellschaft nun von der Bundesrepublik aus raffiniert die Zersetzungsversuche steigern, werden wir dem entgegenwirken. Das liegt im Interesse jedes Menschen, der in Frieden arbeiten will, im Interesse auch des Hochschullehrers, der am Fortschritt der Wissenschaft interessiert ist. Unsere Regierung hat Ende 1956 erklärt, ihre Politik garantiere Sicherheit nach innen und außen. Hochschullehrer und Studenten begrüßen diese Devise und erkennen an, daß bei der Durchführung der Wissenschaft und den Studenten in dieser Hinsicht besondere Verpflichtungen auferlegt wurden. Die erschreckende Tatsache, die wir aus dem Brief des Staatsministeriums kennenlernten, bestätigt, wie berechtigt die Maßnahmen sind, die Rektor und Senat zur Sicherung des Hochschulfriedens in den letzten Wochen ergriffen haben.

<sup>42</sup> Heinrich Grüber (1891-1975), evangelischer Theologe, 1940-43 Konzentrationslager, 1945 Bürgermeister von Kaulsdorf, 1945 Propst an der Ostberliner Marienkirche, 1949-58 Bevollmächtigter der EKD bei der DDR-Regierung, nach dem Mauerbau 1961 Verbot der weiteren Predigtstätigkeit an der Marienkirche, 1970 Ehrenbürger von (West-)Berlin, autobiographisch: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten (1968).

In meiner Antrittsrede am 6. Februar in der Staatsoper sprach ich vom Zusammenhang der Wissenschaft und der Charis, der Freude. Ich forderte alle Studenten und Professoren auf, gemeinsam dahin zu wirken, daß wir in Frieden und Charis, in Freude, denn das bedeutet Charis, an unsere Arbeit gehen können. Ich forderte sie auf, sich nicht abziehen zu lassen von Einflüssen, die Forschung und Wissenschaft hemmen. Ich appellierte, das Vertrauensverhältnis zu den Organisationen und Organen der Staatssicherheit zu stärken, denn sie alle bemühen sich, gewiß, manchmal nicht ohne Fehler, die Wege (?) unserer Wissenschaft eben (?) zu machen. (Anmerkung: Beide Fragezeichen sind Ergänzungen, da nicht gehört.)

Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt dem Oberst Borrmann vom Ministerium für Staatssicherheit das Wort.

**Oberst Borrmann - Ministerium für Staatssicherheit:**

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Ausführungen Seiner Magnifizenz, des Herrn Rektor dieser Universität, haben bereits eine Reihe von Tatsachen aufgezeigt, die Aufschluß geben über die von den Agentenzentralen Westberlins und Westdeutschlands gegen die Studentenschaft der DDR organisierte Feindtätigkeit. Ich möchte als Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit hier eine Reihe weiterer Beweise vortragen, um Ihnen zu zeigen, wie vielfältig die Methoden sind, mit deren Hilfe die Geheimdienste versuchen, an unseren Universitäten und Hochschulen Zersetzungerscheinungen hervorzurufen.

Ihnen allen dürfte mittlerweile bekannt sein, daß die neuesten Methoden der Kriegstreiber, unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu schaden, in der sogenannten Taktik der Zersetzung bestehen. Weniger bekannt aber dürfte sein, daß einer der wesentlichsten Züge dieses Zersetzungsprogramms das Eindringen in die studentische Jugend und ihre ideologische Verwirrung beinhaltet.

Die imperialistischen Staaten unterhalten zum Zwecke der psychologischen Kriegsführung, deren Kern die sogenannte Zersetzungstaktik darstellt, spezielle Organe, die unmittelbar den Geheimdienstzentralen unterstellt sind, wie beispielsweise das amerikanische Amt für psychologische Kriegsführung bei der CIA oder die britische Geheimdienstorganisation MI VI, der letzten Endes die Kontrolle und Anleitung der britischen Rundfunkgesellschaft BBC obliegt.<sup>43</sup> In neuester Zeit haben die Einrichtungen für psychologische

<sup>43</sup> Zur Geschichte der Spionage im 20. Jahrhundert vgl. aus der Fülle der Literatur: Phillip Knightley: The Second Oldest Profession. London 1986.

Kriegsführung in den Geheimdienstzentralen wesentlich an Einfluß gewonnen, was eine Ausrichtung der allgemeinen Geheimdiensttätigkeit im Sinne der Aufweichtaktik ist. Es ist geradezu offensichtlich, daß die Geheimdienst- und Agentenzentralen in dieser Richtung nach einem einheitlichen, von den USA festgelegten großen Plan arbeiten.

Die von den Gegnern angewandten Methoden der feindlichen Tätigkeit gehen in nicht unwesentlichem Maße davon aus, daß es immer schwieriger wird, unter den Arbeitern in den Betrieben willige Werkzeuge für ihre verbrecherischen Handlungen zu finden. Die Feinde unserer Ordnung konzentrieren sich daher in der Hauptsache auf Kreise der Intelligenz und auf die Jugend, dabei insbesondere die studentische Jugend. Das hat seine Gründe. Die Geheimdienste spekulieren darauf, die gewisse kritische Einstellung der Jugend, die naturgemäß gerade unter der studentischen Jugend ihren weitgehenden Ausdruck findet, für ihre verbrecherischen Ziele auszunutzen. Es versteht sich, daß dieses Betrugsmanöver, diese Spekulationen mit Demagogie auf mannigfaltige Art und Weise getarnt sind, daß sie z.B. an Patriotismus appellieren müssen, um auch nur annähernd das eigentliche Ziel, nämlich den Verrat unseres Vaterlandes, zu erreichen. Nur auf diese Weise gelang es den ausländischen Agentenzentralen, insbesondere dem amerikanischen Geheimdienst, in der ungarischen Volksrepublik Teile der Studentenschaft für den konterrevolutionären Putsch zu gewinnen. Hierbei spielten der amerikanische Hetzsender Freies Europa und einige sogenannte Emigrantorganisationen, die ihren Sitz im Bonner Staat haben und von diesem gefördert und gestützt werden, eine entscheidende Rolle.

Heute ist allgemein bekannt, daß faschistische reaktionäre Elemente, ehemalige Nazis und üble Halsabschneider in Ungarn eingeschleust wurden. In ähnlicher Weise haben die ausländischen Agentenzentralen auch versucht, in den Kreisen der Intelligenz der DDR an den Universitäten und Hochschulen und insbesondere hier an der Humboldt-Universität zu Berlin während der Zeit der Konterrevolution in Ungarn Unruhe zu provozieren.

Die Agententätigkeit der früheren Studenten der Berliner Universität St., T., Ra., B. und G. stellt nur einen Teil der Bemühungen der Agentenzentralen Westdeutschlands und insbesondere Westberlins dar, an der Humboldt-Universität Fuß zu fassen und zersetzend auf den Lehrkörper und die Studentenschaft einzuwirken. Die in diesen Agentenorganisationen angewandten Mittel und Methoden, die von ihnen beschrittenen Wege zur Störung des Lebens und des Studiums an unseren Hochschulen sind so zahlreich wie die Agentenorganisationen selbst.

Wenn man davon ausgeht, dann versteht man auch, daß die vom Bonner Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen eigens geschaffenen sogenannten Kontaktstellen zur Studentenschaft der DDR, die sich als Ost-West-Arbeitskreise bezeichnen, nicht der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes dienen, sondern vielmehr Organe der Wühl­tätigkeit gegen die DDR sind. Ich bin in der Lage, dem Herrn Staatssekretär Dr. Girnus hier vor diesem Forum eine Reihe von Originaldokumenten zu übergeben, aus denen ersichtlich ist, mit welchen Methoden politische Einrichtungen und Behörden Westdeutschlands versuchen, Kontakt zu Studenten der DDR herzustellen und was z.B. das Kaiser-Ministerium und der Westberliner Senat für finanzielle Mittel aufwenden, um die als West-Ost-Kontakt getarnte Agententätigkeit zu finanzieren.<sup>44</sup> Es wird Ihnen bekannt sein, daß einige westdeutsche Universitäten bereits jetzt Studenten der DDR einladen, im Sommersemester zu Besuch nach Westdeutschland zu kommen.

Die damit verbundene Absicht wird offensichtlich, wenn man weiß, daß der Staatssekretär des Kaiser-Ministeriums sich erboten hat, den Aufenthalt der DDR-Studenten in Westdeutschland zu finanzieren.

Ich sehe mich veranlaßt, hier mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß jeder Hochschüler der DDR, der einer solchen Einladung aus Westdeutschland Folge leistet und sich damit den Werbern des Bonner Kaiser-Ministeriums ausliefert, sich in die Gefahr begibt, in das westliche Agentennetz verstrickt zu werden und dann eines Tages vor unseren Untersuchungsorganen steht. Ich möchte an dieser Stelle das Beispiel des Studenten der Universität Rostock Horst Worm anführen. Während eines Besuches in Westdeutschland kam er in Verbindung mit Angehörigen des Arbeitskreises Ost der Hamburger Universität, die ihm das Angebot machte, in der DDR im Sinne des Kaiser-Ministeriums tätig zu sein. Was darunter zu verstehen ist, wird klar, wenn ich Ihnen sage, daß Worm nach seiner Rückkehr aus Westdeutschland zur Zeit der Ereignisse in Ungarn die Rostocker Studenten aufforderte, ihre Russisch-Lehrbücher aus dem Fenster zu werfen, daß er weiter alte nazistische Rassenhetze gegen die Völker der Sowjetunion betrieb, daß er darüber hinaus eine zur Feier des 1. Mai angebrachte Staatsflagge der DDR herunterriß.<sup>45</sup>

<sup>44</sup> Aus dem Bestand des Staatssekretariats für Hochschulwesen (Bundesarchiv Potsdam) wird nicht deutlich, ob überhaupt und wenn ja, welche Dokumente das MfS dem Staatssekretär übergeben hat.

<sup>45</sup> Horst Worm (geb. 1934) studierte Wirtschaftswissenschaften und ist am 26. April

Wir warnen unsere Studenten allein deshalb davor, den Einladungen nach Westdeutschland Folge zu leisten, um sie vor den Machenschaften der Agentenzentralen zu schützen, deren ausgeklügelte und raffinierte Methoden von den Studenten nicht immer gleich erkannt werden. Unsere Studenten müssen deshalb wissen, daß auch das sogenannte Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen in Berlin-Dahlem eine Einrichtung des Kaiser-Ministeriums ist mit dem ausschließlichen Zweck, in die Reihen unserer Studenten einzudringen, sie zu zersetzen und sich so bereitwillige Agenten zu schaffen. Allein im Jahre 1956 erhielt dieses Amt finanzielle Zuweisungen in Höhe von 96.000 Mark. Der Leiter dieses Amtes, ein gewisser Herr Spangenberg, erklärte jedoch auf einer Delegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Studenten, daß er über den Haushaltsplan seines Amtes nicht sprechen, ihn nicht vorlegen könne.

Diese Haltung wird verständlich, wenn Sie erfahren, daß von diesen Geldern die Spionageberichte angeworbener Agenten bezahlt werden. Ein solcher Agent war zum Beispiel der Student Klaus Peter Mende von der Akademie für Staat und Recht in Babelsberg, der dem Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen bis zu seiner Festnahme gegen Ende März dieses Jahres zahlreiche Spionageberichte lieferte.

Er gab u.a. Charakteristiken über Mitglieder des Lehrkörpers, die dazu dienen sollten, einzelne Dozenten für eine Anwerbung als Agenten auszuwählen oder sie aber durch konzentrierte Einwirkung zum Verlassen der DDR zu bewegen.<sup>46</sup>

---

1957 vom MfS verhaftet worden. Am 3. Juli 1957 ist er wegen angeblicher Spionage und Sabotage zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Entlassung erfolgte am 26. Oktober 1957. Daß der Vorwurf der Spionage und Sabotage konstruiert war, zeigt allein das für solche Delikte ungewöhnlich geringe Strafmaß. Worm ist tatsächlich für seine Protesthaltung und seinen öffentlichen Widerstand sowie für eine Besuchsreise nach Hamburg verurteilt worden. Vgl. Thomas Ammer: *Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock*. Köln 1969, S. 100-101; S. 169; Karl Wockenfuß: *Streng Vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989*. Rostock 1995, S. 34.

<sup>46</sup> Klaus-Peter Mende (geb. 1937) ist am 4. April 1957 vom MfS in Potsdam verhaftet worden. Im August 1957 ist er vom Bezirksgericht Potsdam wegen angeblicher Spionage zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er ist am 5. Mai 1960 entlassen worden.

Um noch ein Beispiel zu nennen, das die ganze Hinterhältigkeit der von diesen Agentenzentralen angewandten Methoden zeigt, darf ich den Fall des Studenten der Technischen Hochschule von Dresden Hans G. anführen. G. suchte das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen in Westberlin auf, um sich über die Möglichkeit einer Fortführung seines Studiums an der Technischen Universität in Charlottenburg zu erkunden. Man versprach ihm Unterstützung und verband damit die unverbindliche, aber nicht mißverständliche Aufforderung, sich diese Unterstützung zu verdienen, zu verdienen, indem er dem Amt Informationen über die Technische Hochschule Dresden liefere. Glase lieferte Informationen. Aber dabei blieb es nicht, denn nun wurden an ihn andere Forderungen gestellt.

Die Westpresse, der RIAS und andere Institute zur Vergiftung der öffentlichen Meinung werden nicht müde zu behaupten, daß die Studenten in der DDR von Unruhe befallen seien. Das Ministerium für Staatssicherheit ist in der Lage zu beweisen, daß die Studenten in der DDR durchaus nicht von Unruhe befallen sind und daß hinter all dem, das als Unruhe deklariert wird, die Fratze der Agentenzentralen sichtbar wird, wenn man sich nur die Mühe macht, sich die Dinge genau anzusehen. Die Untersuchungen und die Aussagen einer Reihe festgenommener Personen beweisen, daß es sich durchaus nicht um spontane Regungen handelt, sondern um wohlgedachte Versuche der Feindzentralen zur Zersetzung der DDR, zur Schaffung von Stützpunkten zur Durchsetzung der verbrecherischen Absichten dieser Agentenzentralen. Die angeblich spontanen Regungen sind so spontan, daß sie von ausländischen Geheimdiensten finanziert werden mußten, um überhaupt in Erscheinung zu treten.

Ich möchte hier das SPD-Ostbüro<sup>47</sup> nennen, von dem hinreichend bekannt ist, daß es eine ausländische Geheimdienst- und hörige Agentenzentrale ist, das gleichfalls große Anstrengungen unternimmt, unter unserer Studentenschaft Agententätigkeit zu organisieren. Es kann dafür keinen besseren Beweis geben als das, was der ehemalige Student und Redakteur des in Westberlin herausgegebenen Hetzblattes "Freie Junge Welt", Wolfgang Zaehle,

<sup>47</sup> Zur wechselvollen Geschichte des "Ostbüros der SPD", das zwischen 1946 und 1971 existierte, vgl. insbesondere: Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise. München 1991; Ders.: Das Ostbüro der SPD 1946-1981, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/92, S. 23-32; sowie: Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953. Bonn 1996, S. 261-291.



in dem in Hamburg erscheinenden Blatt "Die Andere Zeitung"<sup>48</sup> am 2. Mai dieses Jahres schreibt. Zaehle, der unter dem Decknamen Klaus Richter über zwei Jahre sogenannter Studentenreferent der Agentenzentrale des Ostbüro der SPD war, hat im Herbst des vergangenen Jahres mit dieser Tätigkeit gebrochen und unterbreitet jetzt der Öffentlichkeit in einer Artikelserie das Fazit seiner Erfahrungen.<sup>49</sup> Er schreibt über das SPD-Ostbüro, das er nach dem Decknamen seines Leiters Greskowiak als Thomasapparat<sup>50</sup> bezeichnet, folgendes: *"Der Student W. H. aus Ostberlin fand vor einem Jahr den Weg zum Thomasapparat. Eigentlich wollte er sich nur Eintrittskarten für eine Veranstaltung im Westberliner ... besorgen, weil das in einer Ostbüro-Zeitung angeboten worden war. Bevor ihm die Karten ausgehändigt wurden, hatte man erfragt, daß er bei einem namhaften Wissenschaftler der DDR sein Praktikum abgeleistet hat."*

Diese Verbindung zu halten war ihnen wertvoll und interessant. Zur fachgerechten Auswertung wurde der Student H., der von seinem Schicksal nichts ahnte, an den Referenten Dr. Brietzel (?)<sup>51</sup> abgegeben, der als Spezialist für Wirtschaftsnachrichten des Ostbüros fungiert. Da er schon lange Informationen über den betreffenden Wissenschaftler beschaffen wollte, war H. für ihn ein willkommener Grund. Als W. H. merkte, was gespielt wurde, konnte er nicht mehr zurück, und unter der Überschrift "Militärspionage" verkehrte der ehemalige Mitarbeiter des SPD-Ostbüros weiter.

Hier ein anderer Fall. Der 22jährige Student Gerhard B. wurde dazu überredet, in die Volkspolizei einzutreten. Man besorgte ihm einen gefälschten Personalausweis, damit er auch jederzeit von seiner Einheit aus Westberlin erreichen konnte.

<sup>48</sup> "Die andere Zeitung" war ein in Hamburg herausgegebenes Wochenblatt, dessen Chefredakteur Gerhard Gleißberg (geb. 1905) war.

<sup>49</sup> Vgl.: Wolfgang Zaehle: Was tut das Ostbüro der SBZ, in: Die Andere Zeitung vom 2. Mai 1957. Der Autor arbeitete zwischen 1954 und 1957 als Sachbearbeiter im Berliner Büro. Er wurde verdächtigt, für das MfS gearbeitet zu haben, weshalb er am 14. Juni 1957 in Untersuchungshaft genommen wurde. Da die Tätigkeit nicht nachgewiesen werden konnte, wurde er freigelassen. Zuvor war er aus der SPD ausgeschlossen worden. Buschfort spricht in diesem Zusammenhang von einem "teilweisen Zusammenspiel" mit dem MfS. Vgl. Buschfort: Das Ostbüro der SPD, S. 117.

<sup>50</sup> Stephan Thomas war langjähriger Leiter des SPD-Ostbüros.

<sup>51</sup> Offensichtlich ist Dr. Konstantin Pritzel gemeint, vgl. Buschfort: Das Ostbüro der SPD, S. 80, 114, 118.

Die schlimmste Filiale des SPD-Ostbüros in bezug auf die Zersetzungsversuche unter der Studentenschaft der DDR ist die Redaktion der "Freien Jungen Welt". Von ihr werden junge Menschen und vor allem Studenten mit Versprechungen auf Auslandsreisen, kostenlose Theaterkarten und finanzielle Unterstützung angelockt, in raffinierter Weise ausgefragt und vielfach zu Agenten gemacht, ohne daß sie es zuerst merkten.

So erging es auch drei Studenten vom Institut für Lehrerbildung in Potsdam, die Anfang dieses Jahres vom MfS festgenommen werden mußten. Einer von ihnen las beim Besuch der Westberliner Industrieausstellung das Hetzblatt "Freie Junge Welt", wobei ihm ein Inserat auffiel, worin Studenten aus der DDR unentgeltlicher Ferienaufenthalt in Westdeutschland oder im westlichen Ausland angeboten wurde. Gemeinsam mit zwei Studienkollegen suchte er die Redaktion des Hetzblattes in Berlin-Charlottenburg auf. Im Verlaufe der angeknüpften Verbindungen vermittelte die Hauptagentin Johanna von Nomen (?)<sup>52</sup> - ihr Deckname ist Renate Hansen - den Studenten keine Ferienplätze, aber dafür Spionageaufträge, für deren Erfüllung sie einige Westmark und Ami-Zigaretten erhielten. Nach ihrer Festnahme bekannten diese drei Studenten ihre Handlung in vollem Umfange. Sie sahen das Verwerfliche ihrer Tätigkeit ein und zeigten ehrliche Reue. Deshalb konnten sie freigelassen werden und ihr Studium in Ruhe fortsetzen.<sup>53</sup>

Der Student Wolf Krause von der Ingenieurschule in Berlin-Lichtenberg erhielt bei einem Besuch in Westberlin ebenfalls ein Exemplar der Hetzschrift "Freie Junge Welt", und da ihn einige der dort gemachten Angebote interessierten, suchte er die Redaktion auf. Der Hauptagent führte mit ihm zunächst fachliche, später politische Gespräche mit der Zielrichtung, ihn in Widerspruch zur Politik der Regierung der DDR zu bringen. Dabei ließ sich Krause über die Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend, der Gesellschaft für Sport und Technik und über die Dozenten und Schüler seiner Ingenieurschule ausfragen. Im Januar dieses Jahres wurde Krause vom Hauptagenten des Ostbüros wieder dem Dr. Brietzel (?)<sup>54</sup> übergeben, für den er Spionage-

<sup>52</sup> Es ist offensichtlich gemeint: Johanna von Loefen, vgl. Buschfort: Das Ostbüro der SPD, S. 74.

<sup>53</sup> Dieser Fall ließ sich bislang nicht näher rekonstruieren, d.h., bisher konnten keine entsprechenden Unterlagen aufgefunden werden. Die folgenlose Freilassung und das scheinbar bruchlose Weiterstudium waren - abgesehen von den konkreten Umständen dieses Falles - in aller Regel nicht ohne Zugeständnisse und Verpflichtungen der Betroffenen möglich.

<sup>54</sup> Offensichtlich ist Dr. Konstantin Pritzel gemeint, vgl. Buschfort: Das Ostbüro der SPD,

berichte über seine spätere Arbeitsstelle und die wissenschaftlich-technische Durchführung für den Gerätebau lieferte.<sup>55</sup> Der gleichen Ingenieurschule in Berlin-Lichtenberg gehörte auch Klaus D. an, der vom Hauptagenten der Redaktion "Freie Junge Welt" während eines Besuches in Westberlin angesprochen und als Agent geworben wurde. D., bei dessen Festnahme festgestellt wurde, daß er Hitler-Bilder und zahlreiche nazistische Literatur noch besaß,<sup>56</sup> lieferte Spionageberichte über die Lehrpläne, die Entwicklung und die Stimmung der Schüler sowie deren gesellschaftliche Betätigung.

Ein besonders bezeichnendes Beispiel ist der Fall des ehemaligen Studenten Helios M. (?). Als Student der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät erhielt er während eines Westberliner Besuches wiederum ein Exemplar der Hetzzeitung "Freie Junge Welt", worauf er sich an der Lösung eines in dieser Zeitung abgedruckten Preisausschreibens beteiligte. Auf diese Weise fiel er dem Agenten des SPD-Ostbüros mit dem Decknamen Moll alias Leipzig (?) in die Hände, der ihn nach einer ausführlichen Unterhaltung wieder in die Redaktion seiner Zeitung bestellte. Statt der zu diesem Termin angekündigten Auslosung der Preise wurde M. von dem Hauptagenten selbst [als] Agent verpflichtet. Er kam zu dieser Verpflichtung in Verbindung mit einem Studienkollegen, mit einem gewissen Reinhard G., der mit M. und dem Studenten Joachim B. (?) im Studentenheim Biesdorf gemeinsam das gleiche Zimmer bewohnte. G., der schon längere Zeit amerikanischer Agent war, hatte, als seine Entlarvung bevorstand, die DDR verlassen. Er führte nunmehr M. und B. dem Hauptagenten Marshall im amerikanischen Geheimdienst zu, von dem beide als Agenten angeworben wurden. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß der Hauptagent Marshall dem M. erklärte, daß er ihm zur Zeit keinen konkreten Spionageauftrag erteilen werde, da seine Tätigkeit für den amerikanischen Geheimdienst erst nach Abschluß seiner Ausbildung in der ABF beginnen solle. Damit ist offensichtlich, daß der amerikanische Geheimdienst unter der Studentenschaft auch sogenannte Agenten auf lange Sicht anwirbt, wobei er von der Spekulation

---

S. 80, 114, 118.

<sup>55</sup> Wolfgang Krause (geb. 1933) studierte an der Ingenieurschule für Elektrotechnik. Das MfS verhaftete ihn im Juni 1957, also erst nach dieser Pressekonferenz. Am 1. Oktober 1957 ist er zu 2 ½ Jahren Zuchthaus wegen angeblicher Spionage verurteilt und im Mai 1959 entlassen worden.

<sup>56</sup> Ohne daß hier eingeschätzt werden kann, ob dies im speziellen Fall zutraf oder nicht, sei darauf hingewiesen, das dies ein allgemein beliebter Vorwurf war, der sich zumeist als haltlos herausstellte.

ausgeht, daß diese Agenten nach Abschluß ihres Studiums in wichtige Funktionen gesetzt werden. Der Student Joachim B., der in diesem Zusammenhang ebenfalls in die Hände des amerikanischen Geheimdienstes fiel, lieferte zahlreiche Spionageberichte und wurde von Marshall später an den Hauptagenten Rommel übergeben. Als Judaslohn für seine verbrecherische Tätigkeit erhielt er neben Westgeldbeträgen einen kostenlosen Ferienaufenthalt am Tegernsee. Von größter Bedeutung im Falle B. ist die Tatsache, daß der amerikanische Geheimdienst ihn beauftragte, die Namen von solchen Studenten festzustellen, die zum Studium in volksdemokratischen Ländern vorgesehen sind. Diese Studenten als Agenten anzuwerben, galt als Schwerpunkt.

Unter diesen Umständen wird verständlich, wie es zu den angeblich spontanen Studentenunruhen an den Universitäten volksdemokratischer Länder kam. Der amerikanische Geheimdienst organisiert nicht nur Untergrundgruppen in den Volksdemokratien selbst, er verstärkt sie noch durch Agentenwerbung unter Studenten, die ins Ausland delegiert werden.

M. und B. wurden inzwischen festgenommen.<sup>57</sup> B. hatte noch gestern Nachmittag eine Zusammenkunft mit dem amerikanischen Hauptagenten Rommel in seiner Villa in Berlin-Zehlendorf. Bei seiner Festnahme trug er noch das Geld bei sich, das er wenige Stunden vorher vom amerikanischen Geheimdienst für seine Verbrechen erhalten hat; es war noch handwarm. Wir haben die Feststellung machen müssen, daß es noch Menschen gibt, die dem vom amerikanischen Außenministerium gesteuerten Westberliner Hetz-

<sup>57</sup> Sie erhielten wegen "Boykotthetze" fünf Jahre Zuchthaus. Die erste Verfassung der DDR von 1949 gab der SED-Führung einen Artikel in die Hand, der als ein Instrument zur strafrechtlichen Sicherung des Regimes angesehen werden kann. Im Artikel 6, Abs. 2 hieß es: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze." Dieser Artikel diente den SED-Richtern vor allem bis Anfang der sechziger Jahre dazu, Zehntausende politische Opponenten zu verurteilen und hohe Zuchthausstrafen bis hin zur Todesstrafe zu verhängen. Vgl. prinzipiell dazu: Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1958. Bericht und Dokumentation. 2. Aufl., Köln 1990; Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995.

sender RIAS zum Opfer fallen und von diesem zur Agententätigkeit angeworben oder aber den Geheimdiensten in die Hände gespielt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang das Beispiel des Dozenten Gerhard Hasse von der ABF-Leipzig anführen. Hasse hörte den RIAS und den Londoner Rundfunk in der Auffassung, sich auf diese Weise objektiv informieren zu können. Dabei wurde ihm systematisch der Gedanke eingepflegt, daß die DDR vor gewaltigen Veränderungen stehe. Um sich für alle Eventualitäten zu sichern, suchte er deshalb im Sommer das Büro des britischen Senders BBC auf. Dort ließ er sich von dem Hauptagenten Harrisson (?) als Spion anwerben und erhielt den Decknamen Hans Wehrmann. Hasse lieferte daraufhin eine Anzahl Spionageberichte besonders über die Angehörigen der wissenschaftlichen Intelligenz an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Auf Grund dieser Berichte wurden Versuche unternommen, Professoren und Dozenten aus Leipzig zum Verlassen der DDR zu bewegen. Hasse erhielt für seine schmutzige Tätigkeit Geld. Und nicht nur das, er erhielt Anschauungsunterricht darüber, welche Vorstellungen diese Agentenzentralen von Menschlichkeit haben. Ist es nicht ein beispielloser Zynismus, wenn der englische Hauptagent Harrisson ihm zur Zeit der Ereignisse in Ungarn erklärt, das ist nicht weiter bedauerlich, wenn in Ungarn Tausende von Menschen ihr Leben lassen, in England sterben ja jährlich auch über 8.000 Menschen an Tbc.<sup>58</sup>

Das ist nicht das einzige Beispiel, das darüber Aufschluß gibt, was sich in letzter Konsequenz hinter den Machenschaften der Geheimdienste und Agentenzentralen verbirgt. Man muß klar erkennen, daß ihre Tätigkeit dem Rückschritt dient, daß sie Einrichtungen des Kalten Krieges sind mit dem ständigen Ziel, Blutvergießen und Krieg vorzubereiten, und daß sie damit zutiefst menschenfeindlich und auch Feind der Wissenschaft sind, die ja ihren Sinn verliert, wenn sie nicht mehr den Menschen und dem Fortschritt dient. Ist es nicht bezeichnend, meine Herrschaften, daß der Leiter der Westberliner Agentenzentrale,<sup>59</sup> Tillich, in der vergangenen Woche mit den

<sup>58</sup> Gerhard Hasse (geb. 1925) ist am 11. November 1956 verhaftet und am 30. März 1957 vom Bezirksgericht Leipzig zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er in Waldheim, Bautzen und Torgau absaß. Zu diesem Fall vgl. auch die Angaben in folgender Dokumentation: Ilko-Sascha Kowalczuk: Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997.

<sup>59</sup> Damit ist die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KgU) gemeint, deren füh-

Hauptagenten in seiner eigenen Wohnung eine Konferenz durchführte, die sich ausschließlich mit Fragen einer künftigen militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West beschäftigte und in der die 18 westdeutschen Kernphysiker wegen ihrer anerkanntswerten Haltung in der Frage der Atombewaffnung Westdeutschlands aufs gröblichste beschimpft wurden? Ich glaube, es ist auch besonders kennzeichnend, wenn der Vorsitzende dieser Konferenz, der Terroristenchef Baitz alias Leder oder Beermann (?), ein Mann, der unzählige Verbrechen auf dem Gewissen hat, auf dessen Konto Sprengstoffattentate und Brandstiftungen, Überfälle und Giftmordanschläge kommen, daß dieser amerikanische Agent Männer beschimpfen durfte, die zu den Spitzen der Wissenschaft gehören, auf die unser Volk stolz ist, daß er die um die Sorge über das deutsche Volk und über die Menschheit entstandenen Göttinger Ausführungen in den Schmutz zog. Auf der gleichen Zusammenkunft wurden auch Fragen erörtert, wie es möglich ist, daß die KgU sich einschaltet in das Eindringen in die Humboldt-Universität und die anderen Hochschulen Berlins.

Die übergroße Mehrheit unserer akademischen Jugend, ihrer Professoren und Dozenten distanziert sich deshalb auf das Schärfste von jeglichen Handlangerdiensten für die Reaktion. Sie werden es, gemeinsam mit den Werkträgern in den Betrieben, nicht zulassen, daß einige gewissenlose und käufliche Elemente Provokationen an unseren Hochschulen organisieren. Wir sind sicher, daß sich unsere Studentenschaft der Errungenschaften bewußt ist, die unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat auszeichnen. Wir sind deshalb auch sicher, daß sie diese Errungenschaften gegen die Anschläge der Agentenzentralen zu verteidigen weiß.

Ich möchte diese Gelegenheit noch nutzen, um von hier aus den Studenten, die unbedacht feindlichen Einflüssen erlagen und die die DDR verließen, zuzurufen, daß sie den Weg zurück in ihre Heimat nehmen und Deutschland hier dienen, wo das wahre Deutschland ist. Ich sehe mich jedoch ebenfalls veranlaßt zu erklären, daß alle jene die Härte des Gesetzes treffen wird, die weiter im Dienste von Agentenzentralen Wühl- und Spionagetätigkeit gegen unsere Arbeiter- und Bauernmacht betreiben und damit auch die

---

rende Köpfe Ernst Tillich und Gerd Baitz waren. Zur KgU vgl. bislang vor allem Kai-Uwe Merz: *Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1949-1959*. München 1987; in der DDR existierte eine propagandistische Darstellung: *Unmenschlichkeit als System. Dokumentarbericht über die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V."*, Berlin 1957.

Grundlagen für die großzügige Förderung der Jugend und Studenten antasten.

**Leiter:**<sup>60</sup>

Ich bitte den Studenten Ha., das Wort zu nehmen.

**Claus Ha.:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich gehörte zu den Studenten, die damals von einigen Leuten - vor einigen Wochen - dazu geworben werden sollten, unsere Republik zu verlassen. In wirklich letzter Minute habe ich den Mut gefunden bzw. ist mir die Erkenntnis gekommen, in was für eine Angelegenheit ich dort hineingeraten bin, und ich habe den Mut gefunden, zu unseren Staatsorganen zu gehen und sie über das, was ich getan habe wie über das, was die anderen dort getan haben, zu informieren und die Konsequenzen in diesem Falle auf mich zu nehmen. Ich möchte kurz schildern, inwieweit ich persönlich in diese Ereignisse des Novembers und der nachfolgenden Zeit hineingeraten bin.

Wie schon von seiner Magnifizenz gesagt wurde, ist am 1. November im Studentenheim Biesdorf das Flugblatt, welches zu einer Versammlung der Veterinärmedizinischen Fakultät aufrief, geschrieben worden. Da ich mit T., mit D., H. und St. Zimmer an Zimmer wohnte, bin ich in diese Angelegenheit hineingeraten und habe zum Teil damals auf Grund der fachlichen Verbrämung dieser ganzen Angelegenheit, die sie zu Anfang trug, um irgendwelchen Anklang bei den Studenten zu finden, mitgemacht und habe dieses Flugblatt geschrieben, das von H. vorher entworfen worden ist und von ihm verteilt wurde. Und die Versammlung hat am 2. November stattgefunden. Es waren vorgesehen Terrormaßnahmen, Maßnahmen, die aus der Versammlung heraus entstehen sollten, als da sind diese Demonstration, die zur Volkskammer führen sollte, die an diesem Tage tagte, um zu helfen, weitere Unruhe unter den Studenten ... ist in meinem Beisein von diesen Leuten nicht darüber gesprochen worden, nachdem kurze Zeit später an der Fakultät ebenfalls Flugblätter auftauchten, die aufforderten: Nieder mit der FDJ, und zu ähnlichem, weg von der SED! - in diesem Sinne ungefähr, von denen ich nicht weiß, wer sie geschrieben hat, wer von den Leuten, die das dort machten, an diesen Flugblättern maßgeblich beteiligt war. Man sagte, zurückmelden können wir uns jetzt nicht, wenn wir uns jetzt melden, wird

<sup>60</sup> Leiter der Veranstaltung war der Rektor, Professor Hartke.

uns das Ganze in die Schuhe geschoben. Naja, es soll legal Protest (?) gemacht werden - in diesem Sinne wurde damals schon darüber gesprochen, die Republik zu verlassen, da man nicht fünf Jahre brummen wollte. - Ich habe damals versucht, mich zurückzuziehen, hatte aber nicht den Mut und das Vertrauen zu unseren Staatsorganen, die Fehler, die ich gemacht hatte, offen einzugestehen. Gegen die Leute, die an diesen verbrecherischen Maßnahmen beteiligt waren, wurde in der Folgezeit eine Angstpsychose verbreitet, anders kann man das heute nicht bezeichnen. Es wurde gesagt - einige gaben Beispiele von Folterungsmethoden durch Leute des Staatssicherheitsdienstes. Ich glaube, mich zu entsinnen, daß St. gesagt hätte, ein Bekannter von ihm wäre gefoltert worden, den hätte man zwei Nächte lang in Salzwasser gestellt - und in ähnlicher Art und Weise wurde die Stimmung gehalten, daß keiner absprang.

Es ist so, heute begreife ich nicht, daß ich in der ganzen langen Zeit nicht den Mut gehabt habe, vorher zurückzugehen. Ich weiß nicht, ob Sie mich verstehen können; es ist eine gewisse Psychose gewesen und diese Einflüsterungen, und da hat man nicht den Mut zu sagen, ich habe das und das getan, habe mir das und das zuschulden kommen lassen, jetzt trage ich die Konsequenzen.

(Anmerkung: die Photographen störten uns in unserer Arbeit sehr, man konnte manches durch Hin- und Herlaufen und Knipsen etc. nicht verstehen.)

Es war so, daß dann in der Folgezeit - es war im Februar oder März d[es] J[ahre]s - von T. zu uns herangetragen wurde, daß irgend jemand einen Bericht liefern solle an uns und daß unsere Verhaftung unmittelbar bevorstünde. Aus diesem Grunde faßten wir, da wir an der Einberufung der Versammlung beteiligt waren, den Vorsatz, am 28. April die Republik zu verlassen und uns in Westberlin zu treffen.

Ich war damals auch der Meinung, daß die Konsequenzen, die mir eingeredet wurden, wahr seien und ich hatte Angst davor und bin am 28. April um 15 Uhr auf dem Bahnhof Papestraße eingetroffen, dort waren die Studenten B., T., D., S., H. und ich, und es wurde gesagt, der Student He. käme nach. Dort erfuhr ich von den anderen Studenten, daß A., W. und F. ebenfalls die Republik verlassen haben. Davon wußte ich vorher nichts; bevor ich zum Bahnhof Papestraße fuhr, habe ich den Vorsatz gefaßt, noch einmal nach Hause zu fahren, um mit meinem Vater, den ich vorher nicht informiert hatte, zu sprechen und seine Meinung und seinen Rat zu hören, was ich hätte machen sollen.



Bestärkt wurde ich darin dadurch, daß ich von dem Studenten B. am Sonntag, den 28. April, auf meine Frage, wie es denn nun mit dem Weiterstudium wäre, die Antwort bekam, in dieser Richtung brauchten wir uns keine Sorgen zu machen, darüber hätten die Amerikaner zu entscheiden, im übrigen wären wir schon angemeldet. Das war für mich der entscheidende Punkt. Ich hatte niemals etwas mit den westlichen Spionageorganisationen zu tun gehabt und wollte es auch nicht, und so habe ich mich von den übrigen getrennt und bin zu meinem Vater gefahren und habe mit ihm gesprochen in der vollen Gewißheit, nicht zurückzufahren. Mein Vater hat mir den Kopf gewaschen und gesagt: Du hast hier, was Du brauchst, kannst hier studieren, und er hat mir alles klargemacht, was das alles ist.

Am anderen Morgen, am Montag, bin ich zu dem vorher verabredeten Treffpunkt nach dem Rathaus Tempelhof nicht gefahren, sondern habe versucht, meinen Freund, der auch nichts weiter gemacht hatte als ich, von dem Weg nach dem Westen abzuhalten, indem ich seine Freundin informierte. Aber es ist uns nicht gelungen, ihn von diesem Wege abzuhalten. Ich bin dann zu den Staatsorganen gegangen und habe von der Sache Mitteilung gemacht und habe die ganze Angelegenheit, wie sie gewesen ist, erzählt.

Ich habe aus dieser Angelegenheit meine Lehre daraus gezogen. Diese Lehre werde ich nie vergessen und werde nie wieder in eine ähnliche Situation kommen.

Ich möchte allen Studenten und allen anderen Werktätigen möchte ich nur raten, diese Gerüchte, die über die Grausamkeiten und über die Härten und Unerbittlichkeit unserer Sicherheitsorgane im Umlauf sind, sich genau zu überlegen, wer diese Gerüchte in Umlauf setzt und wem sie dienen sollen, denn es wird vom Gegner versucht, Unsicherheit und Zweifel zwischen unseren Staatsorganen und der Bevölkerung zu verbreiten, um den Menschen leichter solche Sachen zugänglich zu machen.

Jeder Student sollte sich überlegen und sollte - den Rat gebe ich ihm -, wenn er mit irgend solchen Menschen zu tun hat - es ist durchaus möglich, daß noch manche Studenten, wie der Genosse Oberst erzählte, solche Verbindungen haben -, vertrauensvoll zu den Staatsorganen kommen. Ich glaube sagen zu können, daß ihnen persönlich, wenn sie ihre Fehler restlos eingestehen und ihre Lehre daraus ziehen, nichts geschieht.

**Günter S.:**

Seine Magnifizenz! Verehrte Herren Professoren!

Ich war mit einer von denen, die im Lager Marienfelde gelandet waren. Ich

möchte nicht das erwähnen und das wiederholen, was Herr Oberst Borrmann mitteilte, sondern möchte mich bemühen, einen Bericht zu geben von dem von mir und von anderen Kommilitonen im Lager Marienfelde Erlebten. Am 28. April traf ich mich dort am Abend gegen 24 Uhr mit dem Studenten He. Dort waren einige Leute, die aus dem Jugendwerkhof ausgebrochen waren. Ich interessierte mich für diese zweifelhaften Gestalten, warum sie da seien. Sie gaben zur Antwort, ja, wir bekommen nur 80 Pfennig, darum sind wir hier. Solche Leute werden meistens in Marienfelde mit einer Reklame empfangen und berichten dann über die Grausamkeiten, die sie erlebt haben, meist in dem Sinne, daß diese Dienststellen, die dafür verantwortlich sind, den wahren Grund zwar wissen, aber die Propaganda trotzdem schüren, weil sie wissen, daß alles das, was gegen diesen Staat gerichtet ist, in ihrem Sinne moralisch ist - also nur alles Propaganda, die praktisch jeder Grundlage entbehrt. Es war so, daß in diesen Baracken alles, als wir uns dieser neuen Umgebung zurechtfinden, schmutzig war, die Strohsäcke waren schmutzig. Da sagte mir Herr He. wörtlich: "Weißt Du, wenn man hier so liegt, könnte man glauben, daß man einen hier mit Füßen getreten hat. Ich habe zu Hause Frau und Kind verlassen, ich weiß gar nicht, was hier in Zukunft sich mir auftut, was es in Westdeutschland noch alles geben wird." Der andere Tag brachte uns allen die Gewißheit. Wir bekamen eine Nummer, 50 und 51, und als solche wurden wir behandelt. Wir hatten praktisch verloren das Recht, als Menschen anerkannt zu werden und behandelt zu werden.

Die Dienststellen dort, u. a. das CIC (?), vor allen Dingen interessierte sich eine Dienststelle in der Clay-Allee - das ist die Dienststelle für amerikanische Militärspionage - besonders für den Lehrkörper und für die Studenten der Humboldt-Universität. Dort wurde u.a. gefragt nach dem politischen Verhalten des Lehrkörpers, nach der politischen Einstellung zum Staat und nach dem Verhalten der Studenten zum Lehrkörper und zum Staat. Mir persönlich gegenüber wurden dann einige Fragen gestellt nach Angehörigen der Staatssicherheitsorgane und des Staatssicherheitsdienstes und nach besonders klassenbewußten Studenten.

Als dann einige Tage später die Studenten im Lager vollzählig versammelt waren und wir auch den Studenten T. dort trafen, wurde uns mitgeteilt, daß ein amerikanischer Offizier der Militärspionage von Herrn T. Lebensläufe und Personenbeschreibungen von Studenten und anderen Angestellten der Universität verlesen, teilweise mit und teilweise ohne Photo. Es waren aber keine Paßbilder gewesen, sondern Photographien, die so gemacht werden können, wenn jemand zum Urlaub geht oder wenn jemand in der Fakultät

sich befindet. Das gab mir persönlich zu denken, vor allem, als dann die Herren F. und W. ihre Erlebnisse berichteten.

Es ging dann weiter zur englischen Dienststelle, und hier war es vor allen Dingen ein englischer Geheimdienstoffizier - der Name ist mir entfallen -, der eng mit dem BBC, dem englischen Rundfunk, in Verbindung stand, der diese Sache arrangierte. Das heißt, wir sollten uns dazu hergeben, einen Propagandarummel zu starten, damit westliche Presseorgane über uns berichten könnten.

Man versprach uns auch, keine Namen zu nennen, um nicht Angehörige des Lehrkörpers oder der Studentenschaft zu gefährden. In der gleichen Dienststelle wurde mir mitgeteilt, daß einige Studenten aus Rostock im Lager angekommen wären, die aus Furcht vor den Staatssicherheitsorganen die DDR verlassen hatten. Dieser Amerikaner, der dort sprach, teilte mir mit: "Wissen Sie, diese Kinder wissen selbst nicht, warum sie hier sind. Aber wir werden, weil sie keinen Grund hatten, hierherzukommen, nichts tun, um ihnen zu helfen. Um so schlimmer für sie."

Ich habe mich dann auch mit ihnen unterhalten und gefragt, warum sie hier wären. Sie erzählten mir einige Dinge von Wandzeitungen in ihrer Schule. Es waren alles Schüler im Alter von 17 und 18 Jahren. Es kam bei den Gesprächen allgemein heraus, daß sie aus Sympathie ihrem Lehrer, der nach Westberlin gegangen war, gefolgt sind und der ihnen mitgeteilt hatte, daß ihre Zukunft in Westdeutschland gesichert wäre.

Der Lehrer war ein Mensch, der im Auftrage des englischen Geheimdienstes an dieser Fakultät in Rostock lehrte und der von den Staatssicherheitsorganen für seine Tätigkeit zur Verantwortung gezogen werden sollte und Rostock vorher noch verlassen konnte. Diese Schüler folgten also aus Sympathie zu ihrem Lehrer, und die Westberliner Presse machte Reklame mit ihnen, vor allem die Ullstein BZ. Man hat sie dann ausgeflogen in eine ungewisse Zukunft hinein, und es war nicht klar, ob diese Schüler, da es in Westdeutschland keine derartige Fachschule gibt, Unterkunft finden werden oder sie unterstützt werden.

Es ist allgemein bekannt, daß die dort angestellten Herren und Damen unter falschen Namen arbeiten, also Decknamen haben. Ich frage nun, wenn eine Dienststelle im Mittelpunkt studentischer Angelegenheiten steht und nicht irgendwelche Spionagetätigkeit auszuführen hat, warum ist es dann nötig, sich Decknamen anzulegen? Haben sie Angst, daß man sie zur Verantwortung ziehen würde? Warum ist das Haus schwer bewacht und warum wird man von mehreren Leuten vernommen und werden dort Fragen nach we-

sentlichen Informationen aus unserer Fakultät gefragt? Das ist mir unverständlich gewesen.

Bei uns in der Fakultät ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß es keine Klassengegensätze mehr gibt. Als ich auf ihre Frage die Antwort gab, daß mein Vater Arbeiter ist, sagte man mir: Dann ist Ihre finanzielle Unterstützung im Eimer, denn wir unterstützen nur solche Leute, die einen finanziellen Rückhalt in der DDR haben und für uns die Garantie besteht, daß wir eines Tages die Beträge zurückerstattet bekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen, daß eine gewisse Frau Apel sehr interessiert an Herrn Professor Schützler war, der sich nach Westberlin begeben hat, sich dort noch nicht gemeldet hatte. Man war sehr bemüht darum, mit ihm in ein Gespräch zu kommen.

Zu den französischen Geheimdienststellen in der Clay-Allee: Die Studenten B. und T. waren dort und man bat sie, Namen zu nennen von Studenten, die gewillt wären, Berichte über unsere Fakultät zu liefern. Mir teilte man mit: "Wissen Sie, es geht uns nicht darum, irgendwelche Studenten von drüben hier zu haben, sondern darum zu versuchen, eines [Tages] die ganze vet[eterinär]-med[izinische] Fakultät auffliegen zu lassen." Man macht mit allen nur Reklame und will viele Einzelheiten wissen ...

Man weiß, daß man sich dabei vor allem auf die schwankenden Studenten stützen kann, weil viele von uns - ich glaubte das auch mal - nicht wahrhaben wollen, was wirklich getan wurde. Es war so, daß man anbot, mit Studenten in Verbindung zu kommen, vor allen Dingen Angehörigen des Lehrkörpers. Ich erinnere da an einige Assistenten, deren Namen ich nicht nennen möchte, mit denen Herr B. versuchen sollte, in Verbindung zu kommen, um sie für die Arbeit zu gewinnen. Das heißt, man wollte sich in Westberlin treffen. Da fragten sie mich, was ich von diesen halte. - Wenn das alles moralisch wäre, brauchte man diese Frage nicht zu stellen, dann wären sie schon beantwortet für den amerikanischen, englischen oder französischen Militärspionagedienst ... nicht nur bei uns, sondern auch in Westberlin. Der französische Geheimdienst interessiert sich nicht nur für unsere Fakultät, sondern für alle, wie die Medizinische und Veterinärmedizinische Fakultät. Er hat z.B. mitgeteilt, daß es darum geht, innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik die Studenten für sich zu gewinnen und nicht für uns.

Eine Pressenotiz möchte ich hier noch mal sagen: zwei Bilder, das zweigeteilte Berlin, links FU<sup>61</sup>, rechts Humboldt-Universität - und darunter kom-

<sup>61</sup> Im Original steht: SU.

men einige Zahlen. Bei uns entfallen auf 1000 Beamtenfamilien 59, auf 1000 Arbeiterfamilien 0,8, also noch nicht mal einer, in der DDR entfallen auf 1000 Beamtenfamilien 52, auf 1000 Arbeiterfamilien und sonstige der Rest. Nun frage ich mich, wenn das vernünftig ist, wenn das faktisch alles so sein soll, warum dann so wenig Arbeiter?<sup>62</sup>

Ich kam dann zurück. Das war eine halbe Stunde vor Abflug; weil ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, in die ungewisse Zukunft zu segeln. Ich kann mir ausmalen, ich wäre sitzengeblieben und wäre versaut.

Jeder Student, ganz gleich, der heute noch unter Vorzeigen seines Studentenausweises zum RIAS geht, um sich besonders wertvolle Fachbücher zu holen, kann mir nichts erzählen, sondern wenn man etwas bekommt, muß man mit einer Gegenleistung dienen. Das sind die Informationen, die Ihnen bekannt sind, über unsere Fakultät, Universität und Lehrkörper.

Ich möchte in dem Zusammenhang nur noch das eine sagen, und zwar, daß Herr A. sagte, wir werden hier nicht weiterkommen, es wird mir eines Tages nichts anderes übrigbleiben, als Soldat zu sein, um überhaupt zwei Jahre zu überbrücken. Ich hätte ihm das bestätigen können. Es ist gefährlich, in diesem Lager zu reden, daß man zurückgehen will, weil man dort Interesse daran hat, der Öffentlichkeit nichts bekannt werden zu lassen. Es ist begreiflich, daß man eine ungeheure Propaganda treibt: hütet euch vor dem Staatssicherheitsdienst - und was alles Schöne drum und dran hängt. Ich darf Ihnen sagen, jedem Studenten unserer Fakultät, wir stehen im politischen Brennpunkt, daß es doch ehrenvoll (?) ist zu zeigen, daß sie sich geirrt haben. Wir wollen nicht nach Westberlin gehen oder irgendwelche<sup>63</sup> liefern - das ist das gleiche, sondern wir wollen uns verpflichten, für diesen Staat zu lernen und zu arbeiten.

**Leiter:**

Sie haben die Berichte über das Material und die Berichte der beiden Studenten gehört. Ich bitte Sie, Fragen zu stellen. Ich bitte alle, Name und Presseorgan - Name und Herkunft anzugeben.

<sup>62</sup> Diese Passage ist unklar; offenbar hat entweder der vortragende Student sich unkorrekt ausgedrückt oder die Protokollanten haben diese Stelle nicht richtig wiedergegeben. Wahrscheinlich wollte der Student nachweisen, daß es an der Humboldt-Universität im Gegensatz zur Freien Universität Berlin deutlich mehr Arbeiterstudenten gibt.

<sup>63</sup> Hier fehlt wahrscheinlich: Informationen.

**Frage: BZ am Abend (P):**<sup>64</sup>

Ich nutze die Gelegenheit, um zu fragen: es gibt einige Vermutungen, daß das Staatssekretariat eine Anordnung erlassen will, wonach Studenten die Reise nach Westdeutschland verboten werden soll. Was kann man dazu sagen?

**Staatssekr[etär] Girnus:**

In dieser Form, wie das von Ihnen gesagt worden ist, trifft das nicht zu. Ein Verbot wird nicht ausgesprochen werden, aber es trifft zu, daß zur Zeit im Staatssekretariat an einer Verfügung gearbeitet wird, die sich mit der Frage der Kontrolle der Reisen nach Westdeutschland, einer effektiven Kontrolle befaßt für die Studenten.<sup>65</sup>

Selbstverständlich haben wir vollkommenes Verständnis dafür, daß gewisse Reisen nach Westdeutschland durchaus tragbar sind, wenn z.B. jemand im Falle des Todes seines Vaters oder eines Verwandten ersten Grades oder zur Hochzeit wünscht nach Westdeutschland zu fahren, so ist gegen eine solche Reise nichts einzuwenden. Auch Reisen, die im Rahmen des wissenschaftlichen Studienplanes der Universitäten und Hochschulen liegen, sind selbstverständlich durchaus akzeptabel, ebenfalls Reisen, die unternommen werden, um im Dienste der Idee des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus Begegnungen vorzunehmen in Westdeutschland.

Aber es trifft zu - und dies ist auch meine persönliche Meinung, daß es nicht zweckmäßig ist, eine unkontrollierte Reisetätigkeit für unsere Studenten in Westdeutschland zu gestatten. Sie haben gehört, was hier auch vom Oberst Borrmann gesagt wurde, in welche Gefahren sich heutzutage junge Leute aus der DDR begeben, wenn sie privatim nach Westdeutschland reisen.

Ich habe die Sendung gehört, die der Staatssekretär Franz Thedieck<sup>66</sup> vom Kaiser-Ministerium am 11. Mai um 21.15 Uhr über den RIAS in der Sendung über gesamtdeutsche Fragen in die DDR strahlen ließ. Dort erklärte er wörtlich: "Wir haben den herzlichen Wunsch, daß in die Bundesrepublik auch in diesem Sommer zahlreiche Schüler und Studenten kommen."

<sup>64</sup> BZ am Abend - eine Ostberliner Abendzeitung.

<sup>65</sup> Vgl. im vorliegenden Band Dokument Nr. 8 und 12.

<sup>66</sup> Franz Thedieck (geb. 1900), studierte Rechtswissenschaft, Land- und Volkswirtschaft, seit 1923 tätig im Staatsdienst, als Oberregierungsrat in Köln 1940 entlassen, ab 1943 tätig in der Militärverwaltung Brüssel, 1949-64 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1966-72 Intendant des Deutschlandfunk.

Warum die Herren Thedieck und seine Freunde einen solchen herzlichen Wunsch haben, das ist hier sehr deutlich geworden. Herr Thedieck wünscht, bestimmte Verbindungen anzuknüpfen. Wir haben nicht ein Interesse daran, daß unsere Studenten diese Verbindungen anknüpfen, die Herr Thedieck wünscht.

Hinzu kommt, daß die Gelder, die das Gesamtdeutsche Ministerium des Herrn Kaiser für diese Zwecke ausgibt - ich hab darüber ein Dokument, eine ausführliche Anweisung über die Auszahlung dieser Gelder in Dresden, Schwerin, Eisenach und Plauen über 975,- -, diese Gelder praktisch den Studenten entzogen werden, die in Westdeutschland nur mit Mühe und Not ihr Studium finanzieren können und denen Herr Schröder, ehemaliger SA-Sturmführer und heutiger Innenminister in Bonn,<sup>67</sup> erklärt hat, er ist gegen die finanzielle Unterstützung der Studenten. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist es in gewissem Sinne unmoralisch, Gelder aus Behörden der Bundesregierung zu nehmen, da diese Gelder ihren eigenen Studenten vor-enthalten werden.

Hinzu kommt, daß in der Bundesrepublik die politische Tätigkeit sich in den Händen der unanständigsten Verbrecher aus der Nazizeit befindet und wir kein Interesse daran haben, unsere anständigen Studenten der Unanständigkeit der Herren Speidel<sup>68</sup>, Heusinger<sup>69</sup> usw., die eine unrühmliche Rolle in der deutschen Geschichte gespielt haben, auszuliefern.

<sup>67</sup> Gerhard Schröder (1910-1989), Politiker, ausgebildeter Rechtsanwalt, Mitglied der NSDAP und Mitarbeit in der Bekennenden Kirche, war von 1949 bis 1980 MdB für die CDU, 1969-73 stellv. Bundesvorsitzender der CDU; 1953-61 Innenminister (u.a. verantwortlich für das KPD-Verbot), 1961-66 Außenminister und 1966-69 Verteidigungsminister.

<sup>68</sup> Hans Speidel (1897-1984), Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg u.a. Stabschef der Heeresgruppe B, 1944/45 in Haft wegen Teilnahme am Widerstand, 1955-57 maßgeblich am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, 1957-63 Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Das "*Neue Deutschland*" enthüllte am 23. Mai 1957, daß Speidel am 9. Oktober 1934 die Morde am König Alexander von Jugoslawien und dem französischen Außenminister organisiert haben soll.

<sup>69</sup> Adolf Heusinger (1897-1982), 1937-44 in der Operationsabteilung des Generalstabes im OKH, ab 1940 als deren Chef; nach 1945 u.a. Vorsitzender des Militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, Leiter des Führungsstabes der Bundeswehr und 1961-64 als erster deutscher Vorsitzender des Militärausschusses der NATO.

Ich sehe die Sache so: wir haben die Empfehlung des Herrn Staatssekretärs Thedieck, der also diese Leute einladet - unsere Studenten -, zu ihm zu kommen. Herr Staatssekretär Thedieck ist während des 2. Weltkrieges in Belgien Generalreferent bei der Militärregierung gewesen und hat also aktiv an der Besetzung, Ausplünderung, Vergewaltigung dieser Völker durch das Naziregime teilgenommen. Das ist der Staatssekretär, der unsere Studenten einladet, zu ihm in die Bundesrepublik zu kommen.

Und der andere Staatssekretär heißt Girnus. Dieser Staatssekretär Girnus ist von denselben Leuten, die heute in der Bundesrepublik schon wieder die Macht ausüben, elf Jahre eingesperrt worden. Und unsere Studenten haben die vollkommene Freiheit, zwischen den Empfehlungen des Herrn Staatssekretärs Thedieck und zwischen den Empfehlungen des Staatssekretärs Girnus zu wählen - und wir werden dann entscheiden, wen die Studenten gewählt haben. Die Studenten, die den Empfehlungen des Herrn Staatssekretärs Thedieck aus der Bundesrepublik gegenüber den Empfehlungen des Staatssekretärs Girnus aus der Deutschen Demokratischen Republik den Vorzug geben, diesen Studenten werden wir dann die Möglichkeit verschaffen, daß sie eine Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik ausüben, wo sie nicht mehr den Weisungen des Staatssekretärs für Hochschulwesen Girnus<sup>70</sup> unterworfen sind! (Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe)

Mit anderen Worten: die Studenten haben die Freiheit zu wählen, welchen Empfehlungen sie folgen wollen, und wir haben die Freiheit, uns die Studenten auszusuchen, deren Studium wir für erwünscht halten. In diesem Sinne wird auch unsere Verfügung zu dieser Frage abgefaßt sein.

#### **“Tribüne”, D.:<sup>71</sup>**

Aus dem unterbreiteten Beweismaterial geht hervor, daß sich bestimmte akademische Kreise besonders zu einem Zeitpunkt - nämlich im April - erhitzten und überstürzten, als an unseren Universitäten kein Grund zur Aufregung bestand. Sehen Sie in dieser Tatsache einen Zusammenhang zu den bevorstehenden Wahlen in der DDR?

<sup>70</sup> Im Original steht: Thedieck.

<sup>71</sup> Tribüne - Tageszeitung des FDGB.



**Girrus:**

Nun, ein allgemeiner Zusammenhang besteht ja wohl überhaupt mit der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik hat sich nicht zu dem entwickelt im Zusammenhang mit den Hoffnungen, die über Ungarn sich auch auf unsere Deutsche Demokratische Republik da drüben entwickelten. Sie hat sich nicht zu dem entwickelt, was man drüben hoffte, sondern bei uns herrschte Ruhe, bei uns gelang es nicht, Unruhe zu inszenieren. Im Gegenteil! Die Ereignisse in Ungarn haben vielen Leuten die Augen geöffnet, zu welchen gefährlichen Entwicklungen das führen kann, und wir schreiten jetzt vorwärts durch unsere Wahlen zu einer neuen Phase der Festigung unserer sozialistischen Demokratie und auch zur Festigung der sozialistischen Ordnung an unseren Hochschulen. Insofern kann man wohl sagen, daß der Gegner zusammen mit der Konzentration der Zersetzungsarbeit an den Hochschulen auch sein Hauptfeuer richtet gegen diese Wahlen, insbesondere gegen die Einheitsliste. Und ich glaube, daß gerade diese Ereignisse und Vorgänge an unseren Universitäten nicht nur unseren Studenten und unseren Hochschullehrern, sondern der gesamten Bevölkerung mit besonderer Eindringlichkeit zeigen, wie notwendig es ist, daß wir alle Kräfte konzentrieren, um in einheitlicher Front gegen diese Absichten, die von den Inspiratoren der atomaren Aufrüstungspolitik in der Bundesrepublik vorangetragen werden, gemeinsam vorzugehen.

Ich möchte mich auf einen Herrn berufen, der für unsere Vertreter von der Westpresse, die ich zahlreich hier erschienen sehe, vielleicht eine gewisse Autorität hat, nämlich auf den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier<sup>72</sup>, der in seiner Rede vom 14. Mai nach dem offiziellen Bulletin im Presse-Informationsamt erklärt hat: Worin besteht unsere Chance, da hat er gesagt: Erstens in der Einigkeit und in der Einigung und der Entschlossenheit zum Widerstand mit allen Mitteln.<sup>73</sup>

<sup>72</sup> Eugen Gerstenmaier (1906-1986), Theologe und Politiker, während der NS-Diktatur Mitarbeit in der Bekennenden Kirche und in der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises, dafür 1944 verhaftet und zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt; 1945-51 Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche, 1948-73 Mitglied der Synode der EKD, 1949-69 MdB für die CDU, 1954-69 Bundestagspräsident und 1956-69 stellvertretender CDU-Vorsitzender, autobiographisch: *Streit und Friede hat seine Zeit* (1981).

<sup>73</sup> Die Rede Gerstenmaiers erschien im Bulletin des Bundespresseamts am 14. Mai 1957 unter der Überschrift: *„Versklavung durch den Bolschewismus? Schicksal für das deutsche Volk - Keine Preisgabe der Selbstbestimmung. Notwendige Folgen einer*

Wir nehmen diese Version auch für uns in Anspruch und werden auch in die Wahl am 23. Juni nach dieser Version des Herrn Gerstenmaiers gehen, nur für das entgegengesetzte Ziel, für das die Vertreter für die atomare Ausrüstung in der Bundesrepublik schwärmen.

**Frage: "Forum" (R.):**

(Frage wurde infolge Unruhe nicht verstanden: Welche unmittelbaren Schlußfolgerungen für das Hochschulwesen gemeint würden ...?)

**Antwort:**

Im Grunde genommen ist von seiner Magnifizenz gesagt worden, was dazu zu sagen ist. Ich möchte nur hinzufügen, daß für uns sich die zwingende Notwendigkeit ergibt, alle Maßnahmen zu treffen, die der Verstärkung der sozialistischen Erziehungsarbeit an den Universitäten und Hochschulen dienen. Insbesondere möchte ich die Bemerkung von seiner Magnifizenz unterstreichen, daß es heute nicht mehr genügt, nur Student in unserer DDR zu sein, sondern daß wir heute bei fachlicher und erzieherischer Tätigkeit und im Lebenszuschnitt unserer akademischen Entwicklung unbedingt darauf dringen müssen, daß sie sich positiv und wirksam für die Ziele unseres sozialistischen Staatswesens einsetzen, und wir werden auch entsprechende Maßnahmen in den verschiedenen Gebieten ergreifen. Eine dieser Maßnahmen ist die Einführung des praktischen Jahres, um unsere Studenten stärker mit dem sozialistischen Leben und mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Eine weitere Maßnahme wird sein, daß wir in Zukunft stärker als bisher eine sozialistische Berufungspolitik durchführen und dafür sorgen, daß unser ganzer Lehrkörper in stärkerem Maße als bislang von treuen Anhängern des Marxismus-Leninismus besetzt wird.

Und außerdem werden wir auch Maßnahmen treffen, die geeignet sind, unter allen Umständen den sozialistischen Hochschulfrieden sicherzustellen, denn unsere Studenten und unser Lehrkörper an den Hochschulen sind im Kern durchaus gesund und wünschen produktiv und schöpferisch auf wissenschaftlichem Gebiet tätig zu sein, und darin werden wir ihnen mit allen Kräften zur Seite stehen. Sie können sich darauf verlassen, daß wir entschlossen sind, jeden Versuch, diesen Hochschulfrieden zu stören, mit allen Mitteln im Keim zu ersticken.

**Vertreter ADN:**<sup>74</sup>

Inwieweit und nach welchen rechtlichen Grundlagen werden die Immatrikulationen und Exmatrikulationen vorgenommen?

**Prof. Steiniger:**

Ich möchte als Jurist die Frage beantworten und möchte mir dann einige Nachbemerkenngen erlauben.

In meiner Eigenschaft als Erzieher und als Vater eines Studenten erlauben Sie mir, zunächst einmal die Frage zu beantworten, wie es mit den Immatrikulationen und Exmatrikulationen steht ...

Dafür gibt es, wie für alle gesellschaftlich gegebenen Verhältnisse in unserem Staat, der eine feste Gesetzlichkeit hat, klare und deutliche Grundlagen, nämlich die Anweisung Nr. 94 des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom 12. März 1957<sup>75</sup>, und jeder Interessent kann sich die natürlich zugänglich machen, sie ist selbstverständlich in den dafür vorgesehenen Organen veröffentlicht worden.<sup>76</sup> Sie heißt:

“Die Zulassung zum Studium an den Universitäten oder Hochschulen der DDR ist eine Auszeichnung für Personen, die gute fachliche Leistungen aufzuweisen haben und durch Teilnahme am gesellschaftlichen Leben des Betriebes, der Dienststelle, in der Schule, beim Sport bewiesen haben, daß sie die Politik der Regierung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates unterstützen.”

Es ist selbstverständlich, daß die Zulassung ein Verwaltungsakt ist, der, wie die Juristen sagen, unter ganz bestimmten fachlichen (?) Voraussetzungen erfolgt, nämlich

- 1.) unter der Voraussetzung einer hinreichenden fachlichen Eignung, eines voraussichtlichen Erfolges des Studiums, und
- 2.) unter der Voraussetzung einer hinreichenden Eignung wirksam zu werden auf Grund dieser fachlichen Fähigkeiten als ein Diener der Gesellschaft in diesem unserem Staate.

Ich sage ganz deutlich, daß also eine fachliche und eine charakterliche Voraussetzung gestellt wird. Wenn Sie mir infolgedessen die Frage vorlegen,

<sup>74</sup> ADN - Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst; Presseagentur der DDR.

<sup>75</sup> Im Original steht: 1954.

<sup>76</sup> Die “Anweisung Nr. 94 des Staatssekretariats für Hochschulwesen über die Auswahl und die Zulassung der Studienbewerber zum Direktstudium an den Universitäten und Hochschulen für das Studienjahr 1957/58 vom 12. März 1957” wurde veröffentlicht in: Das Hochschulwesen 5 (1957) 5, S. 31-34 (Beilage).

wie steht es mit der Exmatrikulation, würde ich sagen, es gibt zwei Exmatrikulationen,

1.) die Exmatrikulation mit Schimpf und Schande, die erfolgt, wie es akademischen Traditionen entspricht - ich bin selbst sieben Jahre Vorsitzender des Disziplinums<sup>77</sup> ... gewesen - selbstverständlich auf Grund einer Disziplinarordnung mit allen darin vorgesehenen Voraussetzungen, Rechtsmitteln und Rechtsformen, die auch dafür erfahrungsgemäß zweckdienlich ist und die selbstverständlich der Öffentlichkeit auf dem üblichen Wege zugänglich ist.

2.) gibt es eine Entfernung, die darauf beruht, wie bei allen auf sachlichen Voraussetzungen gestützten Verwaltungsakten, daß sich herausstellt, daß diese Voraussetzungen nicht gegeben sind oder nie gegeben waren. Selbstverständlich gibt es die Möglichkeit bei diesem Verwaltungsakt wie bei jedem anderen Verwaltungsakt oder wie bei jeder anderen Tatsache (?), daß Voraussetzungen, die den Betroffenen vorher bekannt gewesen waren, weggefallen sind ..., daß eine fachliche Eignung auf einer Täuschung beruht oder falsche Zeugnisse vorgelegen haben oder deren charakterliche Eignung auf Grund einer falschen Demonstration ihrer Persönlichkeit sich als Täuschung erwiesen hat, in dieser Weise entfernt wird. - Das scheint mir eine klare und deutliche juristische Auskunft, die ganz in die Tradition der gesamtdeutschen und bis in die frühen Tage der Weimarer Republik zurückreichende Lehre vom Verwaltungsakt in diesem Punkte zurückgeht.

Es gibt außerdem die Möglichkeit, in Schimpf und Schande davongejagt zu werden. Die Voraussetzungen der Disziplinarordnung sagen noch einmal sehr deutlich, um was es sich dabei handeln muß. Die Voraussetzungen sind besonders u. a. Handlungen, die schwere ... der Universitätsorgane verletzen, gegen Studiendisziplin verstoßen, das Ansehen der Universität ..., taktloses Verhalten gegenüber dem Lehrkörper der Universität, die ihm in der Öffentlichkeit schaden, wenn sie ... eine entsprechende Schwere aufweisen. In § 1 werden als solche Voraussetzungen genannt: alle Studierenden sind zur Wahrung der gesetzlichen Ordnung - das ist selbstverständlich im Rechtsstaat der Deutschen Demokratischen Republik -, zur Einhaltung der Studiendisziplin, zur Achtung der Würde und des Ansehens der Universität sowie der Sitten und Würde des akademischen Amtes verpflichtet.

... Aber ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, daß die Masse von Akten

<sup>77</sup> Er war Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre Mitglied bzw. Vorsitzender des Disziplinarausschusses der Humboldt-Universität. Dieser Ausschuß war für Studenten zuständig.

der Charakterlosigkeit oder schlimmeren Dingen, die bei Studierenden vorkommen, ihre Voraussetzung darin haben, daß wir unsere eigene erzieherische Verantwortung nicht mit genügendem Erfolg ausgeübt haben und da und dort auch nicht mit vollem Ernst betrieben haben. Ich denke, daß man das sehen und sagen muß und daß dazu gehört, daß man sich von einer Art Toleranz trennt, die, nach dem, was uns heute in dieser Verhandlung deutlich geworden ist und in dieser Verhandlung sehr bedenklich vorkommt. Ich weiß, daß es Kollegen gibt, die eine solche Vorstellung haben, daß sie aus einer moralischen Bindung heraus nicht in erster Linie den Stein erheben möchten.

Wir haben heute gehört, wer den Stein erhoben hat in all diesen Fällen, und es ist ein ausgesprochener Irrtum anzunehmen, daß wir uns steinigen lassen. Darüber soll man sich keinen Irrtümern hingeben, und so sehr ich meine Dankbarkeit gegen die klaren Offenbarungen der SS-Ideologie des Herrn Harrison unterdrücke, daß er sehr zur Reinigung der Atmosphäre in unserer Kollegenschaft und Studenten beitrug, so möchte ich nicht als Vater eines Jungen, der eben diese Universität verlassen hat, und als Schwiegervater einer jungen Studentin, die hier ihre Studien beschließt, daß sie diesem SS-Erbe und dieser unmittelbaren SS-Hinterlassenschaft zum Opfer fallen.

Ich bin aus meinem Fach heraus als Völkerrechtler ein exakter Kenner des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher. Ich bin ein gewisser Fachmann in der Analyse von faschistischen Menschheitsverbrechen geworden und ich habe Gelegenheit gehabt, ein Praktikum bei ihnen durchzumachen, bei diesen Herren.<sup>78</sup>

Ich denke, daß man sich darüber klar sein soll, daß das, was mit diesen Kommilitonen und jungen Menschen getrieben worden ist und versucht worden ist, und das, was sie mit anderen noch zu treiben vorhaben und versuchen, daß das für meinen juristisch-moralischen Geschmack der glatte Fall eines Menschheitsverbrechens ist, junge Menschen in eine derartige Psychose der Angst hineinzutreiben und solche Vorstellungen bei ihnen zu erzeugen, sie in dieser erpresserischen Art zwingen zu lassen zu dem Zweck, auf deutschem Boden einen atomaren Bruderkrieg zu erzeugen - das ist etwas, was im allerhöchsten Sinn kriminell ist. Da gibt es nur ein Ja oder Nein. Wer da den Stein nicht erhebt, der verwirkt seine Funktion als Erzieher. Das ist meine persönliche Auffassung. (Beifall)

Sehen Sie, was ist das mit Professor Schützler. Ein standhafter Mann, ge-

<sup>78</sup> Steiniger publizierte 1957 ein Buch über den Nürnberger Prozeß.

gen den in einem Verfahren Vorwürfe erhoben worden sind, die geklärt werden sollten auf Grund einer Disziplinarordnung, die er selbst mitverfaßt hat. Er entzieht sich der Verantwortung. Das ist mir jetzt völlig klar, aber jetzt auf Grund seines Verhaltens und unabhängig von der Schlüssigkeit und Gewichtigkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe wird mir klar, daß dieser Mann nur solche Opfer des Staates, das ist doch ein Mensch, der in eigener Sache so unwahrhaft, so unstandhaft, so verräterisch gegen die Menschen, für die er mit zu sprechen sich anmaßte, für so verräterisch (?) gegenüber den Studenten, die wir ihm anvertraut haben, auftritt, der ist notwendigerweise das Gegenteil eines Erziehers. Ob seine fachliche Fähigkeit groß oder klein sein mag, darüber steht mir als außerhalb seines Fachgebietes Stehender kein Urteil zu. Wir haben Menschen zu erziehen. Wir tragen genau wie unsere 18 Freunde in Westdeutschland, die andere politische Vorstellungen haben, unabhängig von den politischen Voraussetzungen, die uns voneinander scheiden mögen, genau wie unsere 14 Atomphysiker,<sup>79</sup> wie Prof. Schweitzer,<sup>80</sup> wie Prof. Curie<sup>81</sup> - wir tragen die Verantwortung dafür, daß die Jugend, die um uns sitzt, die vor uns sitzt, einschließlich der Jugend, die an der sogenannten Freien Universität<sup>82</sup> und den anderen Universitäten stu-

<sup>79</sup> Als Reaktion auf die "Göttinger Erklärung" sprachen sich vierzehn bekannte Naturwissenschaftler aus der DDR gegen den "Mißbrauch" der Atomwaffen, gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aus und erklärten, in der DDR niemals "zur Arbeit an der Entwicklung und Erprobung von Kernwaffen aufgefordert worden" zu sein. Der Aufruf ist abgedruckt u.a. in: Wessel; Urbig (Hrsg.): Naturwissenschaftler im Friedenskampf, S. 34-35.

<sup>80</sup> Albert Schweitzer (1875-1965), Theologe, Musiker und Arzt, gründete 1913 das Tropenhospital Lambarene und wirkte dort als Missionsarzt, ab 1927 auf eigenem Gelände in einem eigenen Spital, das noch heute besteht. Schweitzer erwarb sich darüber hinaus bedeutende Verdienste als Musiker, als Theologe und als Friedenskämpfer. 1952 erhielt er den Friedensnobelpreis.

<sup>81</sup> Frédéric Joliot-Curie (1900-1958), Chemiker, erhielt zusammen mit seiner Ehefrau Irène Joliot-Curie (1897-1956), Tochter von Marie Curie (1867-1934) und Pierre Curie (1859-1906, Physiknobelpreis mit seiner Frau 1903), 1935 den Chemienobelpreis. Joliot-Curie war aktiv in der Résistance und wurde 1942 Mitglied der illegalen französischen KP. Er war gemeinsam mit seiner Frau nach 1945 führend in der Weltfriedensbewegung tätig.

<sup>82</sup> Die "Freie Universität Berlin" ist 1948 im Westteil der Stadt als Gegengewicht zur Universität (ab 1949 Humboldt-Universität zu Berlin) im Ostteil der Stadt gegründet worden.

diert, daß sie nicht in Staub zerfällt, daß sie überhaupt Persönlichkeiten zu werden vermögen. (Beifall)

Ich hoffe, Ihre Frage beantwortet zu haben.

**Der Vater des Studenten Claus Ha.:**

Ich bin der Vater des Studenten Claus Ha. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich in der Ergriffenheit, die die Worte des Herrn Prof. Steiniger in mir erzeugt haben, doch einige Worte zu der Frage meines persönlichen Verhaltens bzw. meiner Einflußnahme auf meinen Sohn, den Studenten Claus Ha., sage. Als ich durch seinen Vortrag bei mir Kenntnis von dem bekam, was er unter dem Einfluß westlich verhetzter Mitstudierender der Veterinärmedizinischen Fakultät getan hat, habe ich sehr ernsthaft mit ihm gesprochen. Ich habe ihn daran erinnert bzw. ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er mit dem von ihm beabsichtigten Verhalten mein politischer Gegner würde, daß er sich in Gegensatz zu dem Staate stellen würde, dem ich seit 1926 in der Arbeiterbewegung, für den ich seit 1926 in der Arbeiterbewegung gekämpft habe, daß er sich zum Mitthelfer der verbrecherischen Kräfte machen würde, die heute einen Atomkrieg vorbereiten.

Ich kann heute sagen, meine ernsthaften Ermahnungen sind auf einen wirklich fruchtbaren Boden gefallen, und dieser Erfolg einer Auseinandersetzung freut mich um so mehr, als ich mir davon verspreche, daß das wahr wird, was mein Sohn vorhin selbst klar gesagt hat, daß er für sein Leben die notwendigen Lehren daraus gezogen hat und zu den richtigen Schlußfolgerungen kommen wird.

Ich möchte aber auch nicht vergessen, daß es unbedingt notwendig ist, diesen - hier fiel schon einmal das Wort - Erziehern selbst, wenn sie heute in den Hörsälen unserer Universität sitzen, noch den Rat und die Hilfe des Elternhauses angedeihen lassen. Das wäre eine der großen Lehren aus dieser ganzen Angelegenheit, die ich gezogen habe und die ich wahrscheinlich in den letzten Jahren aus mancherlei Gründen stärkerer persönlicher Belastung nicht hinreichend wahrgenommen habe, aber der Erfolg lohnt den Einsatz, und ich bin der Überzeugung, daß, wenn das Elternhaus mit seiner unheimlich viel stärkeren Einflußnahme und Einflußmöglichkeit zum Positiven hin unsere jungen Menschen, selbst wenn sie in den Hörsälen der Universitäten sitzen, auf den rechten Weg weisen wird - dann werden wir in der Erziehung unserer studentischen Jugend doch wesentliche Erfolge erzielen.

**Frage: L'Humanité (M.):**<sup>83</sup>

Können Sie uns Auskunft geben über die Einmischung von französischen Staatsorganen in die inneren Angelegenheiten der Universitäten? Die Einmischung des französischen Geheimdienstes?

**Leiter:**

Ich denke, daß die Beispiele, die ich angeführt habe, für den Augenblick genügen, und ich möchte den anderen Pressevertretern Gelegenheit geben, noch andere und weitere Fragen zu stellen.

**D. (?), Vater einer Studentin:**

Wie die Unruhen im Oktober-November hier begannen, kam mein Mädels zu mir und teilte mir einige Dinge mit, über die sie sich unterhalten hatten. Ich habe ihr Hinweise gegeben, wie sie in der Diskussion argumentieren soll und habe ihr erklärt, daß sie Studenten des Arbeiter- und Bauern-Staates sind und ihnen dieser Staat der Arbeiter und Bauern alles gibt und sie daran denken sollten.

Die Unruhen an der Uni gingen so weit, daß also einige Studenten Demonstrationen anzettelten. Darauf habe ich dann zu meinem Mädels folgendes gesagt: Diskutieren wollen wir gern mit den Studenten, so lange sie wollen, aber wenn die Demonstrationen auf der Straße durchgeführt werden, dann würden die Kampfgruppen eingreifen und den Demonstranten eine Lektion erteilen.

Mein Mädels hat mir keine Schande bereitet, sie wissen aber auch bei uns alle, daß der Vater in dieser Angelegenheit sehr energisch und konsequent handeln würde. (Heiterkeit)

Ich möchte den Herren des Forums das eine sagen, daß wir als Arbeiter die Schlußfolgerung aus den Ereignissen von damals ziehen und sehr sorgfältig beobachten werden, was an den Universitäten und Fakultäten vor sich geht und, wenn es nötig ist, unseren Staatsbehörden eine standhafte Unterstützung geben werden.

Ich habe aber noch einige Dinge, die mir an der Universität und in der vet[etrinär]-med[izinischen] Fakultät in den jetzigen Verhältnissen nicht recht gefallen. Es wird an der Zeit, daß die Studenten sich eine bessere sozialistische Disziplin und eine bessere sozialistische Moral aneignen, denn sie haben alle Unterstützung von seiten unseres Arbeiter- und Bauern-Staates, und wir verlangen von ihnen, wenn sie ihr Studium abgeschlossen

<sup>83</sup> L'Humanité - Tageszeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs.



haben, daß sie das zurückzahlen, was sie vorher als Lehrlinge von uns bekommen haben. Denn der Staat braucht ihre Hilfe, um den werktätigen Bauern zu helfen, die Viehzucht zu verbessern und damit sich auch der Lebensstandard der Bevölkerung erhöht, wir brauchen die Hilfe dieser jungen Menschen, um die Viehherden gesund zu erhalten. Das Praktikum auch für Studenten wird sich bewähren, indem sie Gelegenheit haben, mit den werktätigen Bauern zu leben und mit ihnen Aussprachen zu führen, so daß es auch zu einer Festigung unseres Staates führt.

Nur eines noch: Die Disziplin ist sehr lose. Wenn es solche Fälle gibt, daß Studenten das Studium sein lassen, so ist das schlecht. Der Anfang mit der Einführung der Anwesenheitsliste und mit Hilfe dieser aktiven Maßnahmen ist gemacht und wird etwas dazu beitragen, daß diese Disziplinlosigkeit aufhört und die Disziplin selbst wieder gefestigt wird.

Meine Kollegen im Betrieb sagten: Was ist da auf der Universität los, wie lange wollt ihr das dulden, wir sind doch diejenigen, die den jungen Menschen erst das Studium ermöglichen, also ist es nötig, Aussprachen mit ihnen zu führen.

Und wenn solch eine Disziplinlosigkeit herrscht, wie sie Herr Oberst Borrman vorgebracht hat und die beiden Studenten vorhin, dann gibt es Ansatzmöglichkeiten für Spionage-Agenten in Westberlin ...

Ich möchte abschließend sagen, wir werden alles tun, um die Ordnung und Studienfreiheit bei uns zu gewähren als Arbeiter, weil wir wachsam sind. Aber ich möchte auch sagen, was die Journalisten aus Westberlin in Presse zu verschweigen vorziehen, daß endlich die Agentenorgane in Westberlin verschwinden. Dann wird die Atmosphäre in Westberlin gereinigt und wir werden ein besseres Zusammenleben haben. (Beifall)

**Herr K.:**

Der Student S. hat gesagt, daß er während seines Aufenthalts im Lager Marienfelde Jugendliche aus Rostock getroffen hätte. - Ich spreche als Vater und daß diese Jugendlichen selbst nicht wissen, warum sie nach Westberlin gegangen sind. Dazu möchte ich in einigen Worten Stellung nehmen. Auch meine Tochter Ruth K. in Rostock gehört zu den Jugendlichen, die nach Westberlin gingen. Als ich am 30.4. davon erfuhr, versuchte ich das Möglichste, um mein Kind zurückzuholen. Ich fuhr am 1.5.57 nach Westberlin ins Lager Marienfelde. Da ich an diesem Tage selbst nicht ins Lager kam, hatte ich Gelegenheit, kurze Zeit mit der Tochter zu sprechen. Sie sagte mir, daß sie über die Gründe der Republikflucht gefragt worden sei, aber gesagt hätte, daß ohne ihr ... (der Sprecher war schlecht zu verstehen

infolge zu großer Entfernung und oft zu leisen Redens, so daß manche Worte nicht zu hören waren.) des Senders Freies Berlin und des Senders RIAS ... durch die Republikflucht.

Am 2. Mai kam ich ins Lager hinein. Gleich mein erster Eindruck war für mich deprimierend. Das schrieb meine Tochter bereits, daß 80 % der im Lager Befindlichen Verbrecher und Strolche seien. Den Brief habe ich zur Verfügung gestellt.

Mein persönlicher Eindruck ist der gleiche. Das hatte sich inzwischen auch den Schülern eingeprägt, sie wollten dem Westen wieder schnell den Rücken kehren. Ich hatte eine persönliche Aussprache mit Herrn Bu., dem Lehrer dieser Fachschule. Ich habe ihm die Frage gestellt, ob er die Schülerinnen bewußt beeinflußt hat. Ich kann aber im Lager nicht so deutlich sprechen, die Gründe werden wohl genügend bekannt sein. Ich habe ihm gesagt, wenn er sie nicht direkt beeinflußt hat, hat er sie indirekt beeinflußt. Diese Überzeugung ist sowohl bei mir wie bei meiner Frau gestärkt worden. Daraufhin habe ich eine Aussprache gewünscht mit den Schülerinnen, die dort waren, und Herrn Bu., der hinzu kam. Diese Aussprache wurde gewährt ungefähr nachmittags ½ 3. Meine Frau hatte vorher mit den Schülerinnen eine Aussprache, und diese Aussprache zeigte, daß unter den Schülerinnen wieder welche waren, die sagten, wenn ihr zurückgeht, werdet ihr wieder verhaftet. Ich wurde in der Aussprache nachmittags mit den Schülerinnen in Gegenwart des Lagerleiters gefragt, in wessen Auftrag kommen Sie. Natürlich konnte ich stolz antworten, im Auftrage meines Kindes, und gleichzeitig fühle ich mich berechtigt, im Auftrage der Eltern zu sprechen, deren Kinder auch dort sind. Ich habe ihnen gezeigt, was Herr Bu. mir gegenüber gesprochen hatte. Dann trat in Gegenwart des Lagerleiters ein Schüler Ni., dessen Vater soll im Ostteil Berlins als Fachlehrer tätig sein, mir ist es unbekannt, aber ich habe es dort gehört, auf, und dieser junge Mann hat einen bestimmten Einfluß auf die Schüler gehabt, genau so eine andere Schülerin, und dadurch war es nicht möglich, die Mädels zurückzubekommen. Auf meine Frage an den Lagerleiter, ob das gegebene Versprechen zwecks Fortsetzung des Studiums besteht, wurde mir bestätigt, sowohl vom Lagerleiter wie von einem Angestellten des Lagers geantwortet, daß man darüber keine Zusage machen könnte und daß den Angestellten überhaupt nichts davon bekannt war.

Meine persönliche Stellungnahme dazu ist, man macht den in der Entwicklung befindlichen Jugendlichen alle möglichen Versprechen, die sie überzeugen sollen, daß sie verleumden sollen die Heimat, den Staat der Arbeiter und Bauern, und man flößt ihnen Angst gegen die Rückkehr in die DDR

ein. Man benutzt solche Fälle für Propagandazwecke. Ich weiß nicht, ob mein Name schon in Westberlin veröffentlicht ist. Ich bin der Meinung, daß diesen Menschen das Handwerk gelegt werden muß, daß sie nicht in ihrem Interesse die Spaltung Deutschlands dazu benutzen, deutsche Familien auseinanderzubringen.

Und darum möchte ich den Jugendlichen und den Studenten zurufen: werdet nicht müde - und wir alle sollen nicht müde werden -, unseren Jugendlichen zu helfen, für den Arbeiter-und-Bauern-Staat zu arbeiten.

**Vertreterin Südd[eu]sche] Z[eitung] (?):**

Ich wollte fragen, wie die organisatorische Arbeit in der Fakultät weitergegangen ist und ob die Beurlaubungen des dritten Semesters inzwischen alle zu Ende sind, ob Disziplinarverfahren gegen Studenten eingeleitet werden mußten und ob es Exmatrikulationen gegeben hat?

**Leiter:**

Zu der Frage der Beurlaubungen möchte ich folgendes sagen: Ich sagte anlässlich der Impfaktion zu Professor G. schon vorher, daß ich mich in dieser Frage vorkomme wie ein Lehrer, der neu in die Klasse kommt. So ähnlich hat sich das in der vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät abgespielt. Es wurde dem Senat gleich nach Ostern gemeldet, daß der Vorlesungsbesuch wesentlich schwächer geworden sei. Wir haben uns aber gesagt, dafür sind verschiedene Dinge maßgebend, nach Ostern kommen die Studenten nicht gleich alle zurück, da gibt es einige Möglichkeiten, daß die Studenten nicht zu den Vorlesungen gekommen waren. Die Anwesenheitsliste wird bei uns also noch nicht geführt. Wir haben an sich das alte Prinzip beibehalten, daß in den Seminaren jeder Student anwesend zu sein hat, aber in den Vorlesungen selbst wird es etwas lockerer gehandhabt.

Einige Tage später zeigte sich aber, daß mehrere Vorlesungen große Lücken aufwiesen, und dann habe ich den Prorektor für Studentenangelegenheiten beauftragt, im Einvernehmen mit dem geschäftsführenden Dekan der Fakultät, durch Anwesenheitslisten die Fehlenden festzustellen, um einen Überblick zu bekommen, was für Vorgänge sich da abspielen.

Hier zeigte sich dann, daß die Studenten offenbar gewohnt waren, Anordnungen einer vorgesetzten Behörde nicht so ohne weiteres nachzukommen. Das haben wir am ersten Tage festgestellt und haben am zweiten Tag die Anweisung gegeben, daß rigoros durchgegriffen wird. Als dann im dritten Studienjahr die Anwesenheitslisten vorgelegt wurden, da wollten sie wieder

löcken<sup>84</sup> und daraufhin wurden sie beurlaubt, und es konnte festgestellt werden, daß in den nächsten Tagen ein glänzender Vorlesungsbesuch zu verzeichnen war. Die Studenten haben alles in Bewegung gesetzt, um ihre abwesenden Kommilitonen zu verständigen und sie durch Telefon oder Telegramme zurückzuholen. Wir haben von vornherein den Studenten gesagt, daß sie sofort begründete Anträge wegen ihres Fernbleibens einreichen können. Das haben sie getan, indem sie baten, die Beurlaubung aufzuheben. Wir haben ein Teil der Anträge bereits überprüft und ich möchte sagen, ich bin nicht der Meinung, daß man eine generelle Aufhebung machen soll, denn es sind nicht mehr Kinder, sondern Menschen, die schon eine gewisse Verantwortung und ein Verantwortungsbewußtsein haben und auch eine Verantwortung tragen.

Ich bat den Prorektor, mich über den Stand der Dinge zu orientieren, und ich kann feststellen, daß von den 132 Studenten insgesamt, die das Studienjahr umfaßt, sämtliche bis auf einen diesen Antrag auf Aufhebung gestellt haben. Es gibt auch eine Übersicht über die Gründe ihres Fernbleibens: So der Empfang der Friedensfahrer, dieses Ereignis hat natürlich etwas auf die Disziplin eingewirkt, einige haben Krankheit, Besuch beim Zahnarzt und dergleichen oder auch falsche Solidarität angegeben. Diesen letzteren Grund haben vierzehn Studenten angegeben. Wir haben damit eine Übersicht und werden die Fälle überprüfen. An Disziplinarverfahren ist nicht gedacht. Ich bitte den Prorektor, darüber weiter zu berichten ...

**Der Herr Prorektor:**

Ich möchte nur noch ganz kurz ergänzen, daß die Anträge der Studenten auf die Aufhebung der Beurlaubung sehr schnell eingingen. Es wurde schon gesagt, sie haben sich gegenseitig benachrichtigt und telegraphisch zurückgerufen, ja wahrscheinlich mitten vom Impfen 'rausgerissen. Und wir haben festgestellt, wir haben das gründlich überprüft und haben bis zum gestrigen Tage etwa 105 Studenten wieder zum Studium zugelassen. Der Rest, der noch offensteht, muß noch etwas weiter überprüft werden. Da gibt es junge Leute - das haben wir dabei festgestellt, wenn man einen Stein in den Teich wirft, kommt etwas hoch; ich habe mit jedem einzelnen der Studenten gesprochen, jeder einzelne, der da studiert hat, hat mit mir gesprochen, und ich habe dann entschieden. Das ging ziemlich schnell. Wir haben bei einigen einige krasse Dinge festgestellt. Da gibt es Studenten, die sind seit drei Wochen weg und impfen. Zuerst sagten sie, ich war arbeiten. Nun, Ihr ver-

<sup>84</sup> löcken - sich widersetzen.

steht, daß bei uns ein Student nicht arbeiten muß, um sein Studium zu verdienen. - Ich habe geimpft, bis 2300 Schweine in dem und dem Zeitraum. Es gibt eine Anordnung der Universität - darauf möchte ich hinweisen -, eine uralte Anordnung, daß jeder Abwesende die Genehmigung des Universitäts- oder Hochschullehrers einzuholen hat. Wenn er das nicht tut, macht er sich eines Disziplinarverstoßes schuldig. Darüber wird man sich auseinandersetzen müssen.

Dann gibt es einige, bei denen der Eindruck entstand, daß sie sehr viel dabei ... mit denen muß man sich auseinandersetzen, ob sie nachplappern. Wir wünschen nicht, daß solchen Studenten wie St. oder anderen wieder Gelegenheit gegeben wird (?), solche Geschichten fabrizieren zu lassen. Das wird man verhindern. Das wird sehr schnell gehen. Sicher werden sich die meisten dieser Studenten jedoch als Schaf unter den Böcken herausstellen. Mit denen werden wir uns noch weiter unterhalten, und dann, denke ich, wird die Sache schnell abgeschlossen.

**Leiter:**

Ich möchte persönlich sagen, daß wir gewisse Schwierigkeiten hatten zur Definition. Das hat eine Aufregung in der Presse hervorgerufen. Es wurde von Streik usw. gesprochen. Ich habe mir erlaubt zu fragen, ob das ein Streik ist, und habe im Lexikon nachgesehen. Arbeitseinstellung zu dem Zweck, um günstigere Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Ich kam zu dem Ergebnis, daß es kein Streik war und habe das dementiert, und darauf hieß es in einer Information des westlichen Rundfunksenders RIAS von Peter Herz<sup>85</sup>, der meinte, nun, der Rektor dort weiß selbst nicht, was dort los war. -

Ich glaube, daß ich noch immer besser weiß als Peter Herz, was an der Universität los ist.

Ich möchte meinen klaren Willen hier zum Ausdruck bringen: wenn eine solche Sache noch einmal vorkommen sollte, dann knallt es ...

**Frage: ND (S.):**<sup>86</sup>

Ich möchte noch einmal auf eine der ersten Fragen zurückkommen im Zusammenhang mit dem Problem der West-Reisen. Der Herr Staatssekretär Girnus sprach von der außerordentlichen Gefährdung unserer Studenten

<sup>85</sup> Peter Herz war ein bekannter Rundfunkkommentator des RIAS.

<sup>86</sup> ND - "Neues Deutschland".

durch solche Reisen. Auch Herr Oberst Borrmann hat darauf hingewiesen. Ich möchte mir die Frage erlauben: Gibt es darüber noch mehr Fakten und Beweise über diese Tatsachen?

**Staatssekr[etär] Girnus:**

Ich weiß, daß Oberst Borrmann dafür schon sehr viele Beweise angeführt hat und ich könnte noch sehr viel mehr geben, ich befürchte nur, daß sie alle in der gleichen Richtung liegen, nämlich Erpressung, indem man den Studenten drüben sagt: Wir werden die Behörden der DDR wissen lassen, daß Sie von uns Geld genommen haben ...

Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen: Ich habe das Material bei mir im Staatssekretariat, und wenn Sie wünschen, darüber noch umfangreicheres Material zu erhalten, gebe ich Ihnen das persönlich, nach Wunsch.<sup>87</sup>

Ich glaube, den Damen und Herren von der Westpresse muß noch Gelegenheit gegeben werden, sich genügend zu informieren, sie jammern doch immer darüber, daß das nicht der Fall ist, Sie können also fragen ...

**Frage D. (Deutsche Allg. Ztg.):**

Ich habe aus einigen Äußerungen den Eindruck gewonnen, daß Sie sich noch in der Abwicklung der November-Vorgänge befinden. Ich möchte gern hören, ob meine Ansicht richtig ist oder ob Sie das für abgeschlossen halten, wenn nicht, wann Sie die Sache beenden?

**Leiter:**

Man muß hierbei zwei Komplexe unterscheiden, erstens, der Fall der Beurlaubungen (?) bezieht sich nicht auf die Vorgänge im November und Oktober, sondern einige dieser Vorgänge sind dazugekommen, die untersucht werden müssen. Natürlich ergab sich dann, daß das ein einheitlicher Komplex war und es war nötig geworden, auch die Vorgänge vom Oktober-November gleich mit heranzuziehen. Z.B. die Frage, wie weit bewußt oder fahrlässig gegen die Anordnung des Rektors, die zur Sicherung des Arbeitsfriedens damals im November erlassen worden war, verstoßen worden ist. Das interessierte mich vor allem deswegen, weil das im Zusammenhang mit einem Verfahren gegen Studenten durchgeführt werden mußte, wenn jemand etwas tut unter dem Einfluß des Dekans. Jedenfalls habe ich in allen Verfahren, an denen ich teilgenommen habe, streng darauf geachtet, daß kein Faktum, was im Oktober und November selbst passiert war, Gegens-

<sup>87</sup> Im entsprechenden Archivbestand ließ sich davon bislang nichts auffinden.

tand des Schuldspruchs war. Es ist mit diesen Studenten, glaube ich persönlich, auch noch nicht am Ende, weil der Prozeß in seinem Wesen kaum beendet werden kann. Mit den Studenten sind ernsthafte Unterhaltungen geführt worden über das, was sie damals gemacht haben, und da waren gewiß einige Vorgänge, bei denen man nicht sagen kann, daß die Studenten sich im Oktober und November richtig verhalten haben. Das war eine aufgeregte Zeit, die Welt war aufgeregte. Wir nehmen das damalige Verhalten den Studenten nicht weiter übel, aber wir wollen wissen, ob er rückblickend eine andere Einstellung zu bestimmten Problemen bekommen hat. Wo das nicht der Fall ist, da haben wir - ich weiß im Augenblick die Zahl nicht, es sind vielleicht fünf Fälle, wobei allerdings zwei davon Agenten waren. Da bin ich mal wieder mit einem ziemlich Moralischen 'reingefallen. Da haben wir in keinem Falle auf Ausschluß erkannt, sondern wir verfahren so, daß wir immer versuchen, einen Menschen, der uns intelligent erscheint, zu retten. Das ist in fünf Fällen der Fall gewesen, weil sich ergab, daß sie faktisch heute in bestimmten Dingen noch auf demselben Standpunkt standen (wie) in der völlig aufgeregten Zeit der ungarischen und ägyptischen Ereignisse. Wie gesagt, ich kann Ihnen nicht versichern, wann dieser Prozeß abgeschlossen ist. Es liegt im Augenblick noch ein Verfahren vor, das wir abbrechen mußten, weil wir den Dekan Schützler als befangen erklären mußten im Interesse der Studenten. Sonst habe ich den Eindruck aus dem jedenfalls, was mir berichtet wird vom Prorektor, daß noch irgend etwas weiter in dieser Hinsicht uns beschäftigen wird. So verfahren wir.

Ich möchte nur eins sagen: mit St. habe ich mich kürzlich eine Stunde ungefähr unterhalten, und der Prorektor hat sich ebenfalls unterhalten (?). Wir haben erklärt, gut, wir glauben Ihnen. Wir sind zwar nicht völlig davon überzeugt, daß das, was Sie jetzt vortragen gegenüber der Sache, wie Sie das in der Ungarnperiode verstanden haben, wirklich wahr ist. Beweisen Sie's uns, in einem Jahr können Sie wiederkommen. Wir waren uns einig darüber, daß wir ihm sogar noch Stipendium bezahlen, damit er sich eine Existenz schafft. Die Existenz hat er sich wahrscheinlich in Westdeutschland geschaffen (schon vorher!). Das sind einige Nackenschläge, die man gelegentlich bekommt.

**Herr D.:**

Bedeutet das, daß auf Grund der Novemberereignisse fünf Ausschlüsse erfolgt sind?

**Leiter:**

Vier sind ausgeschlossen, eins läuft noch. (Mit Ausnahme von St. und G., die sich anderen 'Organen' unterstellt haben.) (In keinem Falle ist eine Festnahme erfolgt?) In keinem.<sup>88</sup>

**Prof. Dr. Steiniger:**

Ich möchte mir gern einen Zusatz erlauben, weil ich Kollegen D. seit vielen Jahren kenne und weiß, daß seine Frage doch nicht nur so konkret zu verstehen war, wie sie jedenfalls bezogen werden sollte auf die fünf dieser Fälle, von denen vier so ausgegangen sind, eins schwebt und daß keines zu einer Festnahme geführt hat, zwei endeten mit der Unterstellung unter die bei Ihnen beheimateten ausländischen Organe.

Ich glaube, daß ein so erfahrener Politiker wie Kollege D. die Frage politisch gemeint hat, ob die November-Vorgänge an der Universität abgeschlossen sind oder nicht.

Die November-Vorgänge sind abgeschlossen worden an dem Tage, wo nach den Absichten der Stellen, von denen wir gehört haben, sie beginnen sollten, sie sind abgeschlossen worden durch das anständige und saubere sozialistische Verhalten der Masse der Studenten und abgeschlossen worden durch die klare und deutliche Anwesenheit der Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Beifall).

Wenn Sie die Frage in einem anderen Sinne, auch politisch gesehen, gemeint haben sollten, ob die Vorgesetzten aus der Beachtung der Erziehungsergebnisse in einigen Jahrgängen einiger Fakultäten zu ziehen hatten, für beendet halten, so muß ich Ihnen sagen, ein Erzieher hält seine Aufgabe immer für unbeendet, die Orientierung der Deutschen auf die Erringung von Frieden, Demokratie und Sozialismus ist absolut unbeendet und sie wird bis dahin fortgesetzt werden, bis Deutschland ein demokratisches, friedliches und einiges Deutschland ist, in dem alle diese Menschen nicht fürchten müssen, daß der Atomtod ihre einzige Perspektive ist. Das ist klar und deutlich.

Ich bin keiner von den Lehrern, die auch nur erwägen, eine auswechselbare Perspektive für die Erziehung etwa für möglich zu halten. Das ist typisch für unser ganzes Lehrerkollegium und für die Dozentenschaft. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich bisher nicht prinzipiell daran gedacht habe, ob Studenten, wenn es den Umständen nach möglich erscheint, nicht in den Westen reisen können. Nachdem ich aber heute gehört habe, wer sie dort in Emp-

<sup>88</sup> Vgl. dazu die entsprechende Passage in der Einleitung zur Dokumentation.



fang nimmt, wer sie für amerikanische Interessen gewinnen will, um durch sie unser eigenes Volk umzugestalten, werde ich Reisen meiner Studentenschaft zu verhindern suchen.

Das können wir aber sofort ändern, die Studenten können sofort reisen, ich bin selbst Marburger und Bonner Student gewesen, sie sollen sofort in diese reizenden Städtchen reisen, wenn dort Zustände herrschen, daß solche Spionagezentralen dort nicht mehr arbeiten können. (Beifall)

**Staatssekretär] Girnus:**

Wir sind für eine Normalisierung des Reiseverkehrs zwischen Ost und West, auch zwischen den Universitäten, Voraussetzung ist allerdings eine völlige Normalisierung zwischen unseren beiden Staaten. *Conditio sine qua non* ...

**Prorektor:**

Unsere Auseinandersetzungen mit diesen Stellen aus Westberlin, die uns diese Studenten herschicken und die unsere Studenten aufhetzen sollen, werden aufhören, wenn diese Stellen in Westberlin aufhören, unsere Studenten für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Wir wären froh, wenn das recht bald geschähe. Unsere Universitätsorgane haben viele andere und positive Aufgaben, mit denen sie sich gern beschäftigen würden, wenn sie nicht durch diese Machenschaften davon abgehalten würden.

Ich möchte noch etwas ergänzen, damit nicht gesagt werden kann, wir sind nicht ganz genau gewesen. Wir mußten zwar zwei Studenten der Medizinischen Fakultät im Dezember vergangenen Jahres auf Grund der Novemberereignisse ausschließen. Es hat sich gezeigt, daß diese Leutchen angeleitet waren von der gleichen Stelle. Es war der Student H., der, nachdem er von uns ausgeschlossen war, übrigens nur zeitweilig, um ihm Gelegenheit zu geben, sich bei uns zu bewähren, nach Westberlin ging und der sich dort dann kurze Zeit später zu erkennen gab. Das wurde bekanntgegeben durch einen Appell der Falken<sup>89</sup>, daß er schon seit langer Zeit Mitglied der Falken war; daß die Falken sich dieses Manns nicht besonders erfreut haben, haben wir durch einige ... von Falken jetzt erfahren. Sie sind nicht besonders stolz auf diese Blüte ihrer Grundorganisation. Das ist ein Mann, der von der gleichen Stelle im Ostbüro angeleitet ist.

<sup>89</sup> „Die Falken“ konstituierten sich im April 1946 als Jugendorganisation der SPD und traten damit die Nachfolge der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ an.

Ein zweiter Mann, den wir ausschließen mußten, der nur zeitweilig ausgeschlossen war, dem wir das Stipendium gaben für einen Monat (?), ist nach Berchtesgarden gefahren und hat uns eine Postkarte geschickt, daß er Einspruch gegen das Verfahren erheben möchte. (?) Das sind die beiden anderen Fälle, die ich noch zu ergänzen habe.

**Leiter:**

Gibt es noch Fragen von Pressevertretern?

**Herr G. vom "Spiegel":**

Ich wollte über Ihre grundsätzliche Einstellung zum innerdeutschen Reiseverkehr, zu der Problematik, die Sie vorhin angekündigt haben, etwas wissen. Sie sagten, daß eine Art Kontrollmaßnahme für Reisen nach Westdeutschland für Studenten geplant sei. Nun ist es so, daß sich der innerdeutsche Reiseverkehr seit mehreren Jahren Gott sei Dank fast friedmässig organisiert hat; auf der anderen Seite nehmen nicht nur Studenten, sondern auch Arbeiter und Bauern aus beiden Teilstaaten an diesen Reisen teil, ohne daß irgendwie die Rede von Bedenken ist. Sind Sie der Ansicht, daß die akademische Bürgerschaft der DDR besonderer Schutzmaßnahmen bedarf, zumal seit vielen Jahren intensiv gesellschaftlich, politisch gegen solche Sachen, gegen solche Gefährdung erzogen und abgeschirmt wird mehr als irgendwo anders. Sind Sie der Ansicht, daß die akademische Bürgerschaft von Ihnen solcher Kontrollmaßnahmen bedarf?

**Girrus:**

Ich bin der Meinung, daß hier besondere Schutzmaßnahmen angebracht sind, weil von seiten der Bundesorgane besondere Anschläge auf sie geplant sind. - Ich hoffe, Herr G., daß Sie den Inhalt dieser Pressekonferenz richtig wiedergeben. Der letzte Artikel, den Sie über mich geschrieben haben, ist von A bis Z unwahr. Weder habe ich an Versammlungen teilgenommen, die Sie zitieren, noch habe ich etwas über den Prozeß (?) gesagt, was Sie da geschrieben hatten; nicht ein einziges Wort war wahr. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Gelegenheit wahrnehmen würden, endlich mal etwas Richtiges über die Deutsche Demokratische Republik zu schreiben. (Beifall)

**Leiter:**

Gibt es noch Fragen von Pressevertretern?

**Vertr[eterin] Süddeutsche Zeitung:**

Ich wollte fragen, ob die Studenten des dritten Studienjahres hier im Saal alle dabei sind.

**Leiter:**

Sie brauchen nicht zu befürchten, daß ich als Statistiker fungiere. Es sind Vertreter aller Universitäten der DDR anwesend, ferner sind außer der Presse Vertreter einiger Betriebe da und es sind aus der vet[erinar]-med[izinischen] Fakultät und aus der medizinischen Fakultät einige Gruppen anwesend sowie auch einige Vertreter der übrigen Fakultäten und Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen. Das ist im wesentlichen die Zusammensetzung des Gremiums.

Gestern ist vereinbart worden, daß die Studenten eine ganz genaue Information darüber erhalten, was hier diskutiert und behandelt wurde. Diese Information geschieht um 16 Uhr und es ist alles dazu vorbereitet.

**Vertreter des "Spiegel":**

Herr Staatssekretär Girnus, Sie haben meinen Bericht dementiert, in diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß Sie persönlich gesagt haben: Wenn Herr G. um eine Einreise-Erlaubnis nach Leipzig nachsuchen würde, um Recherchen für den Fall Bloch<sup>90</sup> einzuholen, würden Sie es nicht gestatten.

**Staatssekr[etär] Girnus:**

Weil Sie einen Artikel über mich geschrieben haben, von dem nicht ein einziges Wort wahr war. (Wissen Sie, daß ich ihn geschrieben habe ...) Sie

<sup>90</sup> Ernst Bloch (1885-1977), Philosoph, 1908 Promotion, Journalist und freier Publizist, 1933 Emigration über Zürich, Wien und Paris in die USA, 1948 Berufung an die Universität Leipzig, bis 1957 Direktor des dortigen Instituts für Philosophie, 1953 Mitbegründer und bis 1956 Mitherausgeber der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie", 1955 Nationalpreis, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, ab 1956 mehrere scharfe ideologische und philosophische Kampagnen gegen Bloch, 1957 Zwangsemeritierung; während des Mauerbaus gerade zu Vorträgen in Westdeutschland weilend, kehrte er nicht in die DDR zurück. Bis 1966 Gastprofessor in Tübingen, 1962 Ausschluß aus der Deutschen Akademie der Wissenschaft. Vom MfS wurde Ernst Bloch im OV "Wild" bearbeitet, wobei eine Reihe weiterer Kollegen und Assistenten in diesem OV erfaßt waren, vgl. dazu: Guntolf Herzberg: Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie. Berlin 1996, S. 52-80.

machen das doch immer, einer von Ihnen beiden, die hier anwesend sind, kann es nur gewesen sein ...

**Leiter:**

Ich möchte feststellen, daß wir die Tagesordnung hiermit behandelt haben. Es ist notwendig, daß die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, die zur Sicherung des Arbeitsfriedens erfolgt sind und um unsere Studenten zu wichtigen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu machen.

Ich fordere aber auch die Eltern auf, uns dabei zu helfen bei der Erziehung unserer Studenten und schließe mit dem Wunsch, daß es bald Schluß sei mit den Agentenzentralen in Westberlin.

Die Konferenz ist geschlossen.

**Dokument Nr. 11**  
**ZK-Abteilung Wissenschaften, Information über Diskussionen**  
**und Erklärungen nach der Pressekonferenz an der Humboldt-**  
**Universität Berlin, 17. Mai 1957<sup>91</sup>**

1. Die Parteileitung der Berliner Humboldt-Universität ist der Meinung, daß insgesamt gesehen die Tatsachen und Argumentationen der Pressekonferenz auf den Lehrkörper eine tiefe Wirkung haben. Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß die bisherigen Versäumnisse in der Massenarbeit der Parteiorganisation nicht innerhalb weniger Stunden aufgeholt werden können. So verhält sich ein großer Teil von Studenten und des Lehrkörpers immer noch passiv und hat keine öffentlichen Erklärungen abgegeben. Heute findet jedoch unter Leitung des Rektors und mit Unterstützung der Parteiorganisation an allen Fakultäten und Fachrichtungen sowie [im] Lehrkörper Versammlungen statt.

2. Auf eine Reihe von parteilosen Professoren hatte die Pressekonferenz eine außerordentlich starke Wirkung. So erklärte der parteilose Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Baumann,<sup>92</sup> der bisher politisch sehr zurückhaltend war, vor seinen Studenten sinngemäß folgendes: "Die heutige Pressekonferenz hat eine 100 %ige Banditentätigkeit an der Humboldt-Universität nachgewiesen. Als Dekan verwahre ich mich gegen diese schmutzigen Machenschaften. Wir alle waren viel zu naiv vorher. Die einzige Möglichkeit besteht darin, daß Lehrkörper und Studenten unserer Fakultät sich fest zusammenschließen, um solche Dinge unmöglich zu machen. Ich bin entsetzt über das teilweise mangelnde Interesse vieler Studenten an der Thaerfeier der Fakultät (Jubiläum),<sup>93</sup> auf der hervorragende Wissenschaftler und Nationalpreisträger sprachen, [daran] hat sich nur ein Teil der Studenten beteiligt. Die Studenten sind aber keine stundenweise Leute, sondern die Avantgarde des akademischen Nachwuchses. Ich muß für mei-

<sup>91</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 338, Bl. 144-146.

<sup>92</sup> Der Agrarwissenschaftler Hans Baumann (geb. 1907) beschäftigte sich vor allem mit Pflanzenanbau. Er war Dekan seit 1956.

<sup>93</sup> Im Original steht: Teerfeier. Albrecht Daniel Thaer (1752-1828) gilt als Begründer der modernen Agrarwissenschaft in Deutschland, deren Geburtsstunde in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts lag. Thaer gründete das erste agrarwissenschaftliche Lehrinstitut in Deutschland und war von 1810 bis 1819 außerordentlicher Professor an der neugegründeten Universität zu Berlin.

ne Person feststellen, daß ich in der Haltung und Erziehung der Studenten auch zu lasch war. Meine persönliche Haltung wird sich in Zukunft nach der Haltung der Studenten richten.“ (Ein ND-Korrespondent hat sich bereits mit Prof. Baumann wegen seiner Erklärung in Verbindung gesetzt.<sup>94</sup>)

Prof. Schäperclaus<sup>95</sup>, ebenfalls parteilos und bisher sehr zurückhaltend, erklärte vor Studenten: “Ich wollte bisher selbst nach Westdeutschland in Urlaub fahren. Erkläre aber angesichts dieser Tatsachen, daß ich nicht nach Westdeutschland fahre und fordere hiermit alle Studenten auf, gleichfalls nicht Urlaubsreisen nach Westdeutschland zu unternehmen.”

Es gibt noch eine Reihe ähnlicher klarer Stellungnahmen von Wissenschaftlern und Studenten.

2 Seminargruppen der Fachrichtung Germanisten sprachen in einem Schreiben dem Ministerium für Staatssicherheit ihren Dank aus und versicherten ihre Mithilfe und Mitarbeit beim Unschädlichmachen feindlicher Agenturen an der Universität. In weiteren Briefen wandten sie sich an den Staatssekretär Girnus und erklärten, daß sie seine Argumentationen zu den Westreisen unterstützten und nicht nach Westdeutschland fahren werden.

3. Gegenwärtig gibt es sehr viele Diskussionen über die Westreisen unter den Studenten, ohne die Tatsachen der Pressekonferenz zu berücksichtigen.

<sup>94</sup> Am 19. und 21. Mai 1957 erschienen im “*Neuen Deutschland*” die “*üblichen*” Ergebniseadressen, in denen die Abscheu gegenüber den Schandtaten der imperialistischen Geheimdienste an den Universitäten der DDR bekundet und in denen bekräftigt wurde, daß Reisen für Studierende in NATO-Länder mit der Ehre der Studenten unvereinbar seien. Am 21. Mai 1957 hieß es u.a. auf Seite 2 des “*Neuen Deutschland*” unter der Überschrift “*Ein Professor schrieb uns*”, daß der Dekan Prof. Dr. Baumann nach der Pressekonferenz der Zeitung einen Brief zur Veröffentlichung zukommen ließ. Baumann schrieb, nachdem er sein Entsetzen über die Offenbarungen der Pressekonferenz ausgedrückt hatte, u.a.: “*Es scheint notwendig, nach Wegen zu suchen, die unsere studentische Jugend in den Stand versetzen, eine feste Haltung zu beziehen, die sie gegen das Treiben gewissenloser Politiker immunisiert. (...) Es kann kein Zweifel sein, daß für unsere Jugend in der DDR der Platz hier ist, wo ihnen das Volk mit den von ihm geschaffenen Werten ein von materiellen Sorgen freies Studium ermöglicht.*”

<sup>95</sup> Wilhelm Schäperclaus (1899-1995) gilt als einer der international bedeutendsten Fischereiwissenschaftler; seine Arbeiten über Fischkrankheiten, Teichwirtschaft und Fischzucht sind weltweit Standardwerke. Er war u.a. seit 1952 nebenamtlich Professor an der Humboldt-Universität, seit 1956 ordentlicher Professor.

Das liegt ganz in der Linie der feindlichen Propaganda. Auf der gestrigen Aktivtagung wurde dazu Stellung genommen.

4. Die größten Schwierigkeiten gibt es nach wie vor an der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät. Nur das 1. Studienjahr hat sich bisher eindeutig abgegrenzt. In anderen Studienjahren gibt es eine breite Diskussion über die Studenten, die gestern auf der Pressekonferenz als Rückkehrer die gegnerischen Machenschaften entlarvten.

Es wurde gefragt: wer garantiert uns, daß die Hauptzeugen der feindlichen Arbeit auf der Pressekonferenz auch wirklich die Wahrheit gesagt haben. Die beiden zurückgekehrten Studenten werden als Subjekte bezeichnet, die sofort die Fakultät verlassen müßten. In der gestrigen Parteiversammlung der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät haben starke sektiererische Kräfte versucht, den Ausschluß dieser beiden zurückgekehrten Studenten aus der Partei und vom Studium sofort durchzusetzen. Die gestrige Parteiaktivtagung der Humboldt-Universität hat diese Versuche entschieden zurückgewiesen. Der Rektor wurde von uns angewiesen, das ungestörte Studium der beiden Studenten zu garantieren und diese vor Verleumdungen durch andere Studenten zu schützen.

5. Der Vet[erinär]-Med[izin]-Professor Urban, der sich gestern mit Schützer in provokatorischer Weise solidarisch erklärte, wurde vom Staatssekretär sofort beurlaubt. In der heutigen Versammlung des Lehrkörpers der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fakultät wird eine Auseinandersetzung geführt.<sup>96</sup>

<sup>96</sup> Mit einem Brief vom 24. Mai 1957 an Wilhelm Gimus entschuldigte sich Prof. Urban für sein Verhalten, womit er sein Verbleiben an der Humboldt-Universität rettete (BAP R 3, 389).

## **Dokument Nr. 12**

### **Anweisung des Staatssekretariats für Hochschulwesen über die Befürwortung von Reisen der Studierenden der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in Mitgliedstaaten der NATO**

**vom 24. Mai 1957<sup>97</sup>**

1. Reisen von Studierenden der Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik nach NATO-Staaten bedürfen einer besonderen Befürwortung. Diese Bestimmung gilt für Reisen in alle NATO-Staaten ohne Ausnahme.
2. Die Befürwortung gibt für Studierende der Universitäten und Hochschulen der Prorektor für Studienangelegenheiten, für Studierende der Fachschulen der Direktor. Die Befürwortung erfolgt schriftlich.
3. Die Befürwortung kann gegeben werden:
  - a) für Studienreisen, deren Notwendigkeit vom Rektor bestätigt ist und die im Rahmen des allgemeinen Studienplanes liegen,
  - b) für Reisen, die von gesellschaftlichen Organisationen oder staatlichen Organen der Deutschen Demokratischen Republik im Dienste der friedlichen Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem betreffenden Staat durchgeführt werden,
  - c) für Reisen bei dringenden familiären Anlässen, sofern es sich um nächste Verwandte handelt (Eltern, Großeltern, Kinder, Geschwister).
4. Der Antrag auf Befürwortung einer Reise ist 4 Wochen vor Antritt schriftlich beim Prorektor für Studienangelegenheiten bzw. beim Direktor einzureichen. Bei dringenden Anlässen kann auch ein später eingereichter Antrag berücksichtigt werden. Vor Antritt der Reise ist der Studentenausweis beim Prorektor für Studienangelegenheiten bzw. beim Direktor einzureichen. Bei dringenden Anlässen kann auch ein später eingereichter Antrag berücksichtigt werden. Vor Antritt der Reise ist der Studentenausweis beim Prorektor für Studienangelegenheiten bzw. beim Direktor zu hinterlegen.
5. Bei Verstößen gegen die Bestimmungen dieser Anweisung ist den Betref-

<sup>97</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 39, Bl. 14.



fenden die Unterstützung der staatlichen Organe für die Durchführung des Studiums zu entziehen; dazu gehören: Entzug der Stipendien, Entzug der Studierlaubnis auf begrenzte oder unbegrenzte Zeit.

Der Rektor bzw. Direktor verfügt diese Maßnahmen im Verwaltungswege, an Universitäten und Hochschulen auf Vorschlag des Prorektors für Studienangelegenheiten.

6. Die Bestimmungen dieser Anweisung verlieren für Reisen in diejenigen Staaten ihre Gültigkeit, die aus der NATO ausgeschieden sind und die diskriminierenden Maßnahmen gegen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aufgehoben haben.

7. Diese Anweisung tritt am 1. Juni 1957 in Kraft.

gez. Dr. Wilhelm Girnus  
Staatssekretär

**Dokument Nr. 13**  
**Fernschreiben-Telegramm, Büro Hager an die 1. Sekretäre der**  
**Bezirksleitung der SED, 28. Mai 1957<sup>98</sup>**

Die feindliche Presse und Rundfunkstationen verbreiten in den letzten Tagen im verstärkten Maße Meldungen über angebliche Unruhen und Streikdrohungen an den Universitäten und Hochschulen der Republik. Diese Meldungen werden besonders im Zusammenhang mit den Vorkommnissen an der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fak[ultät] in Berlin und mit der Diskussion über die Feriengestaltung unserer Studenten verbreitet. Von feindlichen Kräften an den Universitäten wird versucht, diese Gerüchte in die Masse der Studenten zu tragen. Durch diese Zweckmeldungen versucht der Gegner, die Diskussion über die Feriengestaltung und den Arbeitseinsatz der Studenten zu Provokationen auszunutzen. Diese Meldungen sind frei erfunden. In Wirklichkeit gibt es an keiner Stelle, auch nicht an der Vet[erinär]-Med[izinischen] Fak[ultät] Berlin, Unruhen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Feriengestaltung ist es deshalb ratsam, besonders die Partei- und FDJ-Leitungen von den Absichten des Gegners zu informieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Wir bitten Euch, die Parteileitungen der Hoch- und Fachschulen zu informieren.

<sup>98</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 39, Bl. 12.

## **Dokument Nr. 14**

**Auszug: ZK-Abteilung Wissenschaften, Argumente, die unter der wissenschaftlichen Intelligenz zur Zeit stark diskutiert werden, 31. Mai 1957<sup>99</sup>**

(...)

### II. Zu Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands

Nach dem 30. Plenum des ZK sind eine Anzahl Argumente unter der wissenschaftlichen Intelligenz aufgetreten, die sehr breit diskutiert werden:

1. Nach dem 30. Plenum des ZK ist es klar, daß beide Staaten in Deutschland in ihren Forderungen nicht nachgeben werden. Wir und unsere Kinder werden die Wiedervereinigung nicht mehr erleben.
2. In der Wiedervereinigungsfrage müßte die DDR mehr Konzessionen machen und stärker entgegenkommen.
3. Ohne die Einigung der Großmächte in der Wiedervereinigungsfrage gibt es keine Wiedervereinigung Deutschlands.
4. Es zeigen sich aber in größerem Maße auch solche Stimmen: "Was in Westdeutschland geschieht, das kann wirklich kein Mensch mehr vertreten. Obwohl ich von Politik nichts wissen möchte, aber dazu kann man nicht 'ja' sagen."

Besondere Bedeutung erlangen in diesem Zusammenhang die Diskussionen um die Westreisen der Studenten in den Ferien.

(...)<sup>100</sup>

1. Die Einführung der Genehmigungspflicht für Studenten bei Westreisen durchkreuze die Bemühungen zur Wiedervereinigung.
2. Das Verbot der Westreisen ist die Bankrotterklärung der sozialistischen Erziehung.
3. Man will die Jugend in einen Käfig einsperren und ihr größere Erfahrungen im Kennenlernen der Welt unmöglich machen.
4. Mit dem Reiseverbot zeigt sich, daß die Deutsche Demokratische Republik kein Vertrauen zu ihren Studenten hat. Es stimmt nicht, daß alle Studenten, die bisher in Westdeutschland ihre Ferien verlebt haben, Agenten geworden sind.

<sup>99</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 427, Bl. 212-218.

<sup>100</sup> Der ausgelassene erste Punkt betrifft die Äußerung von Wilhelm Schäperclaus, die bereits im hier abgedruckten Dokument Nr. 11 wiedergegeben wurde.

5. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion verstärkt sich die Unzufriedenheit in vielen Kreisen der Intelligenz über die Beschränkung der Reisen in die befreundeten Länder. Hierbei werden die Schwierigkeiten bei der Erlangung eines Reisepasses besonders kritisiert und die Tatsache hervorgehoben, daß jeder westdeutsche Bürger eher in die volksdemokratischen Länder reisen kann als Bürger der DDR. Z.B. annoncieren zahlreiche ungarische und tschechoslowakische Reisegesellschaften in westdeutschen Zeitungen und werben für Urlaubsreisen in diese volksdemokratischen Länder.

## Dokument Nr. 15

**Auszug: ZK-Abteilung Wissenschaften, Erste Zusammenfassung der Analyse der Berichte der Hochschulparteleitungen über die Arbeit im Frühjahrssemester 1956/57, 22. Juli 1957<sup>101</sup>**

(...)

### 2. Westreisen

Die fast an allen Universitäten aufgetauchten Argumente gegen die Anordnung Nr. 94 des Staatssekretariats für Hochschulwesen über Reisen der Studenten in die NATO-Länder sind im wesentlichen folgende:<sup>102</sup>

- a) Die Notwendigkeit von Fahrten nach Westdeutschland wird damit begründet, daß man die Menschen in Westdeutschland über die Lage und Fehler in ihrer Politik aufklären müsse. Daher sei es politisch falsch zu verhindern, daß unsere "fortschrittlichen" Studenten nach Westdeutschland fahren.
- b) Fast überall wurde die Frage des Vertrauens der Regierung zu unseren Studenten gestellt, die sich doch zum Sozialismus bekennen und ganz sicher für unsere Politik in Westdeutschland auftreten werden.
- c) Es wurde überall die Frage der menschlichen Beziehungen, der Kontaktaufnahme in den Vordergrund gestellt, die jetzt zerschlagen werden.
- d) Es wurde behauptet, daß die Studenten, wenn sie nach Westdeutschland fahren, doch überhaupt erst ein anschauliches Bild über den Kapitalismus bekämen und damit in ihrer sozialistischen Anschauung gefestigt würden.
- e) An einigen Fachhochschulen wurde besonders das Argument der notwendigen "fachlichen Anregung" durch Westreisen in den Vordergrund geschoben.

Diese ... vom Gegner eingeschleusten Argumente gab es fast in allen Fachrichtungen, wobei jedoch der Schwerpunkt bei den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten liegt. Bei den gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen sind diese Argumente vor allem bei den Sprachwissenschaftlern und Kunsthistorikern zu bemerken. (...)

<sup>101</sup> BArch DY 30, IV 2/ 904/ 427, Bl. 224-244.

<sup>102</sup> Vgl. im vorliegenden Band Dokument Nr. 12. Die mir vorliegenden Dokumente zeichnen als Anweisung Nr. 94 die Bestimmung über die Auswahl und die Zulassung zum Studium aus (vgl. Fußnote 76). Die gemeinte Anweisung hat demgegenüber in der hier abgedruckten Fassung keine Numerierung erfahren.

## Literaturauswahl

Die folgende Liste ist bewußt knappgehalten. Sie bietet jenen, die nicht im engeren Sinne zu den Fachwissenschaftlern zählen, Leseempfehlungen, die die vorliegende Dokumentation ergänzen.

- **Ammer**, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969 (Nachdruck 1994)
- Ders.: Die Gedanken sind frei. Widerstand an den Universitäten 1945 bis 1961, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/ Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 142-161
- **Conelly**, John: Zur "Republikflucht" von DDR-Wissenschaftlern in den fünfziger Jahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 331-352
- **Eckert**, Rainer/ **Günther**, Mechthild/ **Wolle**, Stefan: "Klassengegner gelungen einzudringen ..." Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1 (1993), S. 197-225
- **Feige**, Hans-Uwe: Hans Mayers Vertreibung von der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: Deutschland Archiv 24 (1991), S. 730-733
- **Fricke**, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report. Köln 1984
- **Jänicke**, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln 1964
- **Jessen**, Ralph: Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. Kaelble, Hartmut/ Kocka, Jürgen/ Zwahr, Hartmut, Stuttgart 1994, S. 217-253
- Ders.: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDDR, 1945-1969, in: Bessel, Richard/ Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 76-107

- **Kowalczyk**, Ilko-Sascha: Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997
- **Krönig**, Waldemar/ **Müller**, Klaus-Dieter: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR. 1945-1961. Köln 1994
- Dies.: Der Greifswalder Studentenstreik 1955, in: Deutschland Archiv 27 (1994), S. 517-525
- **Lange**, Max Gustav: Totalitäre Erziehung. Frankfurt 1954
- Ders.: Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum "Stalinismus". Stuttgart, Düsseldorf 1955
- **Mitter**, Armin/ **Wolle**, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993
- **Müller**, Marianne u. Egon Erwin: "... stürmt die Festung Wissenschaft!" Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953
- **Richert**, Ernst: "Sozialistische Universität". Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967
- **Schuster**, Ulrike: Wissen ist Macht. FDJ, Studenten und die Zeitschrift FORUM in der SBZ/DDR. Eine Dokumentation. Berlin 1997
- **SED** und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle. Hrsg. Heider, Magdalena/ Thöns, Kerstin, Köln 1990
- **Stallmann**, Herbert: Hochschulzugang in der SBZ/DDR 1945-1959. Sankt Augustin 1980
- **Vergangenheitsklärung** an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Beiträge zur Tagung "Unrecht und Aufarbeitung" am 19. und 20.6.1992. Hrsg. Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Leipzig 1994

## **Zum Autor**

ILKO-SASCHA KOWALCZUK

geboren 1967 in Ostberlin; 1983-85 Lehre zum Baufacharbeiter, 1986-88 Pförtner, während dieser Zeit Abitur an einer Abendschule, 1988-89 Grundwehrdienst, 1990-95 Studium der Geschichte an der HUB (Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung), seit 1990 Mitglied des Unabhängigen Historiker-Verbandes, seit 1995 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung an der Universität Potsdam, seit 1995 sachverständiges Mitglied der vom 13. Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"; lebt in Berlin in einer Lebensgemeinschaft, ein Sohn.

### Veröffentlichungen:

Neben zahlreichen Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden zur DDR-Geschichte und zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit u.a.: (Mithrsg.), Berlin - Mainzer Straße. "Wohnen ist wichtiger als das Gesetz." Berlin 1992; (Hrsg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Berlin 1994; (Hrsg. gem. m. R. Eckert u. I. Stark), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Berlin 1994; (Hrsg. gem. m. A. Mitter u. S. Wolle), Der Tag X - 17. Juni 1953. Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1995 (2. Aufl. 1996); (Hrsg. gem. m. U. Poppe u. R. Eckert), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995; Legitimation eines neuen Staates: Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 1997.